

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase

Die Ausgangslage für die Bundestagswahl
am 25. Januar 1987

Rolf Stadié

Grunddaten zum politischen Verhalten
älterer Menschen

Dieter Jaufmann/Ernst Kistler

Technikfreundlich? — Technikfeindlich?

Empirische Ergebnisse im nationalen und internationalen Vergleich

B 48/86

29. November 1986

Wolfgang G. Gibowski, Dipl.-Volksw., geb. 1942; Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim; Lehrbeauftragter an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Wahlsoziologie, Massenkommunikation und Methoden der Empirischen Sozialforschung.

Max Kaase, Dr. rer. pol., geb. 1935; o. Professor für Politische Wissenschaft und International Vergleichende Sozialforschung an der Universität Mannheim; von 1974 bis 1980 Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim, einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Hilfseinrichtung der Forschung für die Sozialwissenschaften.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Wahlsoziologie, politische Partizipation, Demokratietheorie, vergleichende Regierungslehre (im Sinne der comparative politics), Massenkommunikation und Methoden der Empirischen Sozialforschung.

Rolf Stadié, Dipl.-Kfm., geb. 1948; seit 1975 wiss. Angestellter beim Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin bei Bonn.

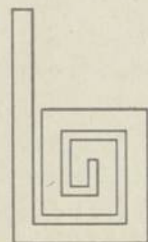
Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit Klaus Heinemann und Peter Röhrig) Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld zwischen Erwerbstätigkeit und Hausfrauenrolle; Melle 1980; (zusammen mit Herbert Metzger) Altsein zwischen Integration und Isolation. Empirische Ergebnisse zur Lebenssituation und Befindlichkeit alter Menschen (erscheint in Kürze).

Dieter Jaufmann, Dipl. oec., geb. 1953; seit 1979 wiss. Mitarbeiter beim Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES), Stadtbergen-Leitershofen.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit E. Kistler) Sind wir „Computermuffel“ — oder: gibt es eine spezifisch deutsche Computerfeindlichkeit?, in: R. Fauser/N. Schreiber (Hrsg.), Sozialwissenschaftliche Überlegungen, empirische Untersuchungen und Unterrichtskonzepte zur informationstechnischen Bildung, Konstanz 1986; (zus. mit K. Deimer) Nutzerpräferenzen und Erwartungen an sozialpolitische Träger — Staat, Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe aus der Sicht Betroffener, in: Soziale Sicherheit, (1986) 8/9.

Ernst Kistler, Dr. rer. pol., geb. 1952; Akad. Rat a. Z. an der Universität Augsburg; Gesellschafter des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (INIFES), Stadtbergen-Leitershofen.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitautor) Vergleich von Niveau und Entwicklung der Arbeitsunfähigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in ausgewählten Ländern, Schriftenreihe „Forschungsberichte“ des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bd. 137, Bonn 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987

I. Vorbemerkung

Wahlen sind institutionell dramatisierte Zäsuren im demokratischen politischen Prozeß, die nicht zuletzt wegen ihres Wettbewerbscharakters, selbstverständlich aber auch wegen der ihnen immanenten Chance, einen Machtwechsel mit allen seinen Folgen herbeizuführen, ein Höchstmaß an öffentlichem Interesse auf sich ziehen. In dieser kurzfristig angelegten Perspektive dominiert die einzelne Wahl. Für die Politische Soziologie hingegen sind Wahlen darüber hinaus und insbesondere Markierungszeichen, deren volle Bedeutung nur als Elemente im langfristigen politischen Prozeß erschlossen werden kann. Die sich aus einem solchen analytischen Ansatz zwangsläufig ergebende Forderung nach Kontinuität und Kumulativität der Forschung kann durch die zeitgenössische deutsche Wahlsoziologie nach fast dreißigjähriger Arbeit als einigermaßen angemessen eingelöst gelten; damit sind auch die Grundlagen der folgenden Überlegungen bestimmt.

Es gehört mittlerweile zu den Selbstverständlichkeiten der Empirischen Wahlforschung, festzustellen, daß die seit den sechziger Jahren relativ stabilen Wähleranteile von CDU/CSU und SPD entscheidend auf die trotz erheblichen sozialen Wandels nach wie vor starke Verankerung beider Parteien in sozialstrukturell bestimmten Kernbereichen der Gesellschaft zurückzuführen sind:

— die CDU/CSU im kirchlich gebundenen Katholizismus, im alten Mittelstand der Selbständigen und bei den Bauern;

— die SPD im klassischen Arbeitermilieu und dort wie in anderen Berufskategorien ganz besonders bei Zugehörigkeit zu einer Mitgliedsgewerkschaft des DGB.

Natürlich darf diese schwerpunktmäßige Verankerung der beiden großen Parteien in der Sozialstruktur nicht zu einer mechanistischen Gleichsetzung der Stärke von Milieus und Parteien führen. Vielmehr sind die genannten Milieus durch Koalitionen von Partei- und Organisationseliten, durch wertmäßige Prägungen und Akzentuierungen und nicht zuletzt durch konkrete Thematisierungen milieurelevanter politischer Streitfragen¹⁾ immer wieder neu auf Dauer zu stellen und für spezifische Wahlen zu mobilisieren.

Mobilisierungschancen und Mobilisierungserfolge, so wie sie sich letztlich in einem konkreten Wahlergebnis ausdrücken, bemessen sich langfristig jedoch zusätzlich in entscheidender Weise durch das Gewicht, das die „etablierten“ Sozialmilieus relativ zu neuen, den klassischen sozialen Spannungslinien nicht mehr in gleicher Weise verbundenen, Milieus behalten. Die in der Forschung ihrer Tendenz — wenn auch nicht ihres Umfangs — nach unumstrittene Abnahme der Prägekraft der alten sozialen Spaltungslinien, die in der Fachdiskussion unter dem Begriff des dealignment (Entkoppelung) erscheint, hat in den westlichen Demokratien zur Erhöhung der Wählerverfügungsmasse in der Reaktion auf genuin politische Ereignisse und Sachverhalte geführt²⁾.

Für die Bundesrepublik hat Hans-Dieter Klingemann³⁾ die bislang fundierteste und zeitlich umfassendste Verlaufsanalyse wechselnden Wahlverhaltens in bezug auf die klassischen sozialen Spaltungslinien (cleavages) vorgelegt. Für diese Analyse hat er eine aus elf Kategorien bestehende Wählertypologie in der Kombination der vier

¹⁾ Darauf weist Franz Urban Pappi zu Recht hin; vgl. ders., Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986 (erscheint demnächst).

²⁾ Russel J. Dalton/Scott C. Flanagan/Paul Allen Beck (Eds.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment, Princeton 1984.

³⁾ Hans-Dieter Klingemann, West Germany, in: Ivor Crewe/David Denver (Eds.), Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility, London-Sydney 1985, S. 230—263.

Eine leicht veränderte, erweiterte Fassung erscheint in Kürze in Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986. Die Verfasser danken Klaus-Peter Schöppner, EMNID-Institut, für die Freigabe von durch EMNID erhobene Daten sowie den Mitarbeitern der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, für kollegiale Unterstützung bei der Bereitstellung der Analysen.

Merkmale soziale Klasse, Konfession, Kirchengangshäufigkeit und Gewerkschaftsmitgliedschaft gebildet. Das Verhalten der Wähler in diesen elf Kategorien von 1953 bis 1983 belegt zum einen die erstaunlich hohe zeitliche Kontinuität der Wählerbindungen an die den alten Spaltungslinien eindeutig zugeordneten Parteien, zum anderen aber auch einen erheblichen Wandel im Wählerverhalten in denjenigen Kategorien, die keine historisch etablierten Bindungen an bestimmte Parteien aufweisen (z. B. die Angehörigen der kirchlich und gewerkschaftlich ungebundenen neuen Mittelklasse). Die Analyse Klingemanns verdeutlicht ferner, daß Veränderungen der Stimmanteile von Parteien durch zwei ganz unterschiedliche Prozesse bewirkt werden können: durch individuellen Wechsel von Wahlverhalten (die Wechselwähler im eigentlichen Sinne) und durch Veränderungen in der Zusammensetzung des Wahlkörpers durch das Hinzutreten junger und das Sterben älterer Wähler.

Darüber hinaus betont Klingemann aber auch, daß sich über die allgemeine Politisierung der Bevölkerung⁴⁾ eine Politisierung der Wahlentscheidungen im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung politischer Sachfragen (issue voting) vollzogen habe. Daraus lasse sich die Vermutung ableiten, daß das künftige Wahlverhalten einem stärkeren Wechsel als bisher unterliegen werde⁵⁾.

Noch eine Anmerkung zum allgemeinen Umfeld der Wahl: Die Krisendiskussion der siebziger Jahre hat vielfach den Eindruck erweckt, daß das Legitimitätseinverständnis der Bürger mit den po-

litischen Institutionen und demokratischen Verfahrensweisen in der Bundesrepublik wenn nicht gering, so doch in Abnahme begriffen sei. Diese Spekulation findet jedoch keine Bestätigung in den vielfältigen empirischen Informationen, die zu diesem Problemkreis vorliegen⁶⁾. Daraus ergibt sich vielmehr, daß sich die Bundesrepublik knapp vierzig Jahre nach ihrer Gründung in dem hohen Ausmaß an Akzeptanz der Demokratie als politischer Herrschaftsform nicht mehr von wesentlich traditionsreicheren Demokratien unterscheidet.

Allerdings erscheinen hier zwei Akzentuierungen am Platze. Zum ersten sollte nicht vergessen werden, daß eine entscheidende Voraussetzung dieser Akzeptanz der Ausbau der Bundesrepublik zu einer modernen Gesellschaft wohlfahrtsstaatlicher Prägung war; daran hat sich bis heute nichts geändert⁷⁾. Zum zweiten hat die Politisierung der westdeutschen Bevölkerung seit den sechziger Jahren, zusammen mit der massenmedienbedingten Veränderung der Struktur des politischen Prozesses, die Distanz der Bürger zur Politik verringert und gleichzeitig deren Bild von Politik unzulässig vereinfacht⁸⁾; beides führt zu einer zunehmend skeptischeren Einschätzung von Parteien und Politikern durch die Wählerschaft. Setzt sich dieser Prozeß, gefördert durch politische Ereignisse wie den Parteienfinanzierungsskandal, fort, ist es nur eine Frage der Zeit, bis seine Auswirkungen auch die bislang positive Bewertung der parteiunabhängigen demokratischen Institutionen in Mitleidschaft ziehen.

II. Die Bundestagswahl 1983 — eine besondere Wahl?

In der Fachöffentlichkeit wurde nach der letzten Bundestagswahl gelegentlich die Auffassung vertreten, bei dieser Wahl handele es sich (in der Terminologie von V. O. Key und Angus Camp-

⁴⁾ Siehe dazu Max Kaase, Zur Legitimität des politischen Systems in den westlichen Demokratien, in: Albrecht Ranzelzhofer/Werner Süß (Hrsg.), Konsens und Konflikt. 35 Jahre Grundgesetz, Berlin-New York 1986, S. 463—494.

⁵⁾ Vgl. Hans-Dieter Klingemann (Anm. 3), S. 252—253.

⁶⁾ Für eine zusammenfassende Darstellung siehe Max Kaase (Anm. 4).

⁷⁾ Siehe dazu Max Kaase/Gisela Maag/Edeltraud Roller/Bettina Westle, Zur Rolle des Staates in hochentwickelten westlichen Demokratien, in: Hans-Jürgen Krupp/Ute Hanefeld/Brigitte Preißl (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel. Analysen zum Sozialstaat, Frankfurt-New York 1987 (in Vorbereitung); vorab veröffentlicht 1986 als Arbeitspapier 210 des Sonderforschungsbereichs 3, Frankfurt/Mannheim.

⁸⁾ Max Kaase, Massenkommunikation und politischer Prozeß, in: ders. (Hrsg.), Politische Wissenschaft und

bell) um eine kritische, weil die Bindung bestimmter Bevölkerungsgruppen an spezifische Parteien dauerhaft verändernde Wahl⁹⁾. Zu dieser Einschätzung dürfte nicht zuletzt der spektakuläre Abfall der SPD auf 38,2 Prozent der Zweitstimmen beigetragen haben — ein Ergebnis, das nur wenig über dem von 1961 und knapp acht Prozentpunkte unter ihrem bisher besten Wahlergebnis (1972) lag.

Natürlich kann über diese Hypothese angemessen erst nach der Bundestagswahl 1987 (und den nachfolgenden Wahlen) entschieden werden. Dennoch weisen die Befunde der politischen

politische Ordnung — Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise, Opladen 1986, S. 357—374.

⁹⁾ Werner Kaltefleiter, Eine kritische Wahl. Anmerkungen zur Bundestagswahl 1983, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/83, S. 3—17.

Dauerbeobachtung (in Form des für das Zweite Deutsche Fernsehen von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen e. V. monatlich erstellten „Politbarometer“) aus, daß die theoretisch ohnehin unplausible Annahme der Wahl vom 6. März 1983 als einer kritischen Wahl empirisch nicht bestätigt werden kann.

In die Geschichte der Bundestagswahlen dürfte die Wahl von 1983 vielmehr wegen der besonderen Umstände ihres Zustandekommens eingehen¹⁰⁾. Die vorgezogene Wahl als Instrument der Legitimationsbeschaffung für die neue konservativ-liberale Bundesregierung unter Helmut Kohl, die durch ein am 1. Oktober 1982 erfolgreiches konstruktives Mißtrauensvotum an die Macht gelangt war, trägt viele Züge des Ungewöhnlichen:

— eine Wahl, die verfassungsmäßig nicht vorgesehen war und daher nur durch gewagte Verfassungsinterpretationen ermöglicht, durch ein zunehmend partizipatorisch-plebiszitäres Demokratieverständnis der Bürger aber faktisch erzwungen wurde;

— ein SPD-Kanzlerkandidat Vogel, der in seiner Qualitäts- und Sympathieeinschätzung weit hinter dem von seiner eigenen Partei demontierten früheren Bundeskanzler Schmidt zurücklag;

— eine FDP, die nach dem zweiten Parforce-Ritt eines Koalitionswechsels seit 1969 ums politische Überleben kämpfte;

— mit den GRÜNEN der Auftritt einer jungen politischen Kraft auf der Bühne des bundesrepublikanischen Parteiensystems, die mit den Vorschußlorbeeren sehr guter Wahlergebnisse bei Landtagswahlen im Rücken die Beschaulichkeit des etablierten Dreiparteienkartells im Deutschen Bundestag zu einem Ende zu bringen versprach.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 1983 sind heute bereits Geschichte; eine Vielzahl wahlsoziologischer Analysen dazu liegt bereits vor¹¹⁾. Es mag daher genügen, einige der Aspekte besonders hervorzuheben, die auch für die Bundestagswahl 1987 voraussichtlich ein besonderes Gewicht gewinnen werden.

Langfristig besonders bedeutsam für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems war zweifelsohne der Einzug der GRÜNEN in den Bundestag. Mit der auf diese Weise symbolisch wie poli-

tisch-praktisch vollzogenen Etablierung eines Vierparteiensystems hat sich vor allem die Konstellation möglicher Regierungskoalitionen nachhaltig verändert. Darüber hinaus kann man die Transformation der Antikernkraft-Bewegung in eine politische Partei auch als eine Entwicklung betrachten, die der SPD langfristig ihre Monopolstellung auf der linken Seite des politischen Spektrums streitig machen wird.

Schon früh wurde mit Daten aus dem Jahre 1974 nachgewiesen, daß die SPD mit ihren Wähler-schwerpunkten bei der Arbeiterschaft und post-materialistisch orientierten Teilen des Neuen Mittelstandes faktisch zwei Parteien in einer war¹²⁾; die Umschichtung zentraler innerparteilicher Elitepositionen zuungunsten der klassischen Arbeiterklientel¹³⁾ hatte diesen Prozeß verfestigt und akzentuiert, wie z. B. die innerparteiliche Diskussion der SPD über den NATO-Doppelbeschluß und die Außenpolitik allgemein belegt.

Dieses Dilemma zwischen der alten und neuen Politik, das sich übrigens für fast alle europäischen sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien gleichermaßen stellt¹⁴⁾, bietet für diese Parteien wenig erfreuliche Perspektiven: entweder die Rückgewinnung eines klaren politischen Profils auf Kosten eines für die Mehrheitsbeschaffung unverzichtbaren Teils der Wählerschaft, oder aber die Institutionalisierung einer innerparteilichen Spaltungsbedrohung. Damit ergeben sich jedoch möglicherweise auch gravierende Probleme der internen Parteiorganisation, die ihrerseits wiederum eine wichtige Voraussetzung für die Mobilisierungsfähigkeit einer Partei darstellt.

Ein zweiter Aspekt der Bundestagswahl 1983 — ebenfalls in bezug auf die Entwicklung des deutschen Parteiensystems — ist die Frage nach den Überlebenschancen der FDP. Ihre Schlüsselposition für die Koalitionsbildung auf Bundesebene hat es ihr seit 1969 gestattet, auch zwei spektakuläre koalitionspolitische Umorientierungen zu überleben.

¹²⁾ Vgl. Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann, Sozialstruktur, Wertorientierung und Parteiensystem: Zum Problem der Interessenvermittlung in westlichen Demokratien, in: Joachim Matthes (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages Berlin 1979, Frankfurt-New York 1979, S. 544—573.

¹³⁾ Ursula Feist/Manfred Güllner/Klaus Liepelt, Strukturelle Angleichung und ideologische Polarisierung, in: Max Kaase (Hrsg.), Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, in: Politische Vierteljahresschrift, 18 (1977) 2/3, S. 257—278.

¹⁴⁾ Ronald Inglehart, The Decline of Marxism: The Diminishing Marginal Utility of Economic Determinism, in: American Political Science Review 1987 (erscheint demnächst).

¹⁰⁾ Für Einzelheiten siehe Manfred Berger/Wolfgang G. Gibowski/Dieter Roth/Wolfgang Schulte, Legitimierung des Regierungswechsels: Eine Analyse der Bundestagswahl 1983, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.) (Anm. 1); ferner Max Kaase, The West German General Election of March 6, 1983, in: Electoral Studies, 2 (1983), S. 158—166.

¹¹⁾ Umfassende Literaturverweise hierzu können der ausführlichen Fassung (vgl. Anm. 1) entnommen werden.

Die fehlende Absicherung der FDP in klar definierten sozialstrukturellen Milieus, die sich in einer hohen Umschichtung der FDP-Wählerschaft von Wahl zu Wahl ausdrückt, vor allem aber die Schwäche und u. a. koalitionspolitisch bedingte teilweise Zerstörung ihrer lokalen Parteiorganisationen legen die Frage nahe, ob auch eine in Opposition befindliche oder überhaupt nicht im Parlament vertretene FDP (sie ist zur Zeit in fünf von elf Landtagen nicht repräsentiert) organisatorisch und politisch überleben kann. Dies gilt um so mehr, als durch die mit einer sozialstrukturell und wertmäßig weitaus eindeutiger definierten Partei der GRÜNEN ein korporativer politischer Akteur entstanden ist, welcher der FDP ihre bisher einmalige Verhandlungsposition als Mehrheitsbeschaffer direkt und indirekt (durch Erweiterung der koalitionspolitischen Handlungsmöglichkeiten der Wähler) nachhaltig streitig machen wird. Schließlich soll als drittes der Aspekt der politischen Probleme hervorgehoben werden, die die Wählerentscheidung bei der Bundestagswahl 1983 dominiert haben. Hier sind sich alle Betrachter und Analytiker einig, daß der Wahlerfolg der Union mit ihrem FDP-Juniorpartner 1983 entscheidend durch die im Vergleich zu anderen politischen Themen absolute Dominanz wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Probleme auf der politischen Agenda der Wähler bei gleichzeitig deutlichem Kompetenzvorsprung der konservativ-liberalen Bundesregierung beeinflußt worden ist.

Das fast völlige Fehlen anderer, insbesondere wertbezogener Themen macht einerseits verständlich, warum Pappi¹⁵⁾ unter längsschnittlicher Perspektive für 1983 einen stark reduzierten Einfluß der Konfessionszugehörigkeit auf das Wahlverhalten allgemein, besonders aber auf das Wahlverhalten der Arbeiter feststellt. Andererseits macht die starke Betroffenheit der Arbeiterschicht durch beschäftigungspolitische Probleme verständlich, warum die Wahlforschung dort besonders intensiv nach Schwerpunkten im Wechsel des Wählerverhaltens gesucht hat¹⁶⁾. Diese Kontroverse wird in ihren Befunden erkennbar unter anderem durch eine nicht völlig übereinstimmende Abgrenzung der Arbeiterschicht beeinflußt. Unzweifelhaft dürfte jedoch feststehen, daß die Arbeiter — im weitesten Sinne — sich über ihr „Normalwahlverhalten“ hinaus 1983 vor allem aus wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Gründen der Union zugewandt haben. Auf diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach dem vermutlichen Wahlverhalten dieser Gruppierung 1987 ihre besondere Bedeutung.

Insgesamt weist die Bundestagswahl 1983, vor allem unter langfristiger Perspektive, eine angesichts der bereits kurz angesprochenen äußeren politischen Umstände bemerkenswerte Kontinuität auf. Hätten DIE GRÜNEN nicht zur Wahl gestanden, wäre es mit Sicherheit angesichts der bekannten Affinitäten der GRÜNEN-Wähler zur SPD zu einem als völlig im Rahmen des Normalen wahrgenommenen Stimmenergebnis gekommen.

III. Die Bundestagswahl am 25. Januar 1987^{16a)}

1. Methodische Vorbemerkung

Wenn eingangs gesagt wurde, daß Wahlen lediglich institutionalisierte und damit dramatisierte Einschnitte im ständigen Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung darstellen, so ergibt sich aus dieser Perspektive zwangsläufig, daß für die Erklärung eines besonderen Wahlergebnisses sowohl mittel- bis langfristige Einflußgrößen als auch die spezifischen politischen Entwicklungen zwischen Wahlen herangezogen werden müssen. Es liegt in der Logik von demokratischen Massenwahlen auf der Grundlage des „one person one vote“ Prinzips, daß zu ihrer Erforschung das klassische sozialwissenschaftliche Instrument der Befragung eines repräsentativen Querschnitts der Wahlbevölkerung — bevorzugt in Form von Längsschnittuntersuchungen als Panelstudien oder als unverbundene Abfolge von Querschnittsuntersuchungen — besonders gut geeignet ist.

An dieser Stelle soll nicht weiter thematisiert werden, warum rein wählerbezogene, d. h. einebenen-

begrenzte Untersuchungsansätze zur Analyse des politischen Prozesses nicht ausreichen¹⁷⁾. Gesagt

¹⁵⁾ Vgl. Franz Urban Pappi (Anm. 1).

¹⁶⁾ Siehe dazu die Kontroverse zwischen Infas und der Forschungsgruppe Wahlen: Ursula Feist/Hubert Krieger/Menno Smid, Das „kritische“ Potential bei der Bundestagswahl 1983: Die bewußte Arbeitnehmerschaft. Eine Antwort auf die Forschungsgruppe Wahlen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 15 (1984), S. 124—136.; Manfred Berger/Wolfgang G. Gibowski/Dieter Roth/Wolfgang Schulte, Das Eis schmilzt zuerst an den Rändern ... Zur Infas-These von den Stammwählerverlusten der SPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 15 (1984), S. 305—312.

^{16a)} Wahlsoziologische Modelle zur Erklärung von Wählerverhalten berücksichtigen in der Regel drei Dimensionen von unabhängigen Variablen: 1. sozialstrukturelle Determinanten, die gelegentlich im Konzept der Parteiidentifikation gebündelt werden; 2. politische Sachfragen (Issues); 3. Politiker und Kandidaten. Von diesen drei Dimensionen wird aus Platzgründen in diesem Beitrag nur die der politischen Sachfragen behandelt. Die beiden anderen genannten Dimensionen sind in der erweiterten Fassung dieses Aufsatzes (in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983) berücksichtigt.

¹⁷⁾ Siehe dazu Max Kaase u. a. (Anm. 7).

werden muß jedoch, daß entgegen manchen Auffassungen in Wissenschaft und Öffentlichkeit Repräsentativbefragungen bei Wahlberechtigten außerhalb des institutionell fixierten Wahlkontextes, d. h. nicht ganz kurz vor und/oder vor allem nach einer Wahl, *nicht* geeignet sind, ohne eine komplexe und fundierte theoretische Einbettung einigermaßen zuverlässige Vorhersagen eines zukünftigen Wahlergebnisses zu ermöglichen.

In der privatwirtschaftlich verfaßten Wahlforschung ist seit mehr als zehn Jahren die Unsitte eingerissen, die Ergebnisse der fiktiven „Sonntagswahlfrage“ (Was würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?) künstlich auf eine Art Quasi-Wahlergebnis umzurechnen. Das Verfahren der sogenannten „politischen Gewichtung“, d. h. einer Anpassung auf der Grundlage der in der spezifischen Untersuchung gefundenen Differenz zwischen aggregiertem Vorwahlergebnis mittels Rückerinnerungsfrage einerseits und dem tatsächlichem Ergebnis dieser Wahl andererseits, ist jedoch *theoretisch* unfundiert. Es ist im wesentlichen auf den Druck der politischen Auftraggeber zurückzuführen, in den in Auftrag gegebenen Untersuchungen die Schwankungsbreite der aktuellen Parteipräferenzen einzuengen. Tatsächlich gestatten diese Schwankungen jedoch gerade die Einschätzung der politischen *Stimmungslage* der Bevölkerung, eine wahlsoziologische wie politisch-praktisch höchst relevante Information. Natürlich wird diese Information unter normalen Umständen mit zunehmender Nähe zum Wahltermin immer stärker mit dem „wahren“ Wahlergebnis konvergieren.

2. Die politischen Streitfragen der 10. Legislaturperiode in der Wahrnehmung durch die Bevölkerung

Politische Themen kommen und gehen; sie durchlaufen häufig — im Sinne von Niklas Luhmann — Stadien einer Karriere. Natürlich können manche Themen — bei entsprechendem zeitlichen Zusammenfallen und großer mobilisierender Kraft — Wahlergebnisse stark beeinflussen (so z. B. der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 im Vorfeld der Bundestagswahl 1961). Andere Themen zeichnen sich hingegen nicht durch solche kurvenartigen Verläufe, sondern durch ein mehr oder weniger gleichbleibendes Niveau aus.

Wie die folgende Grafik belegt, gab es in der Bundesrepublik drei solcher Themen, die die Bevölkerung im zeitlichen Verlauf 1984—1986 ständig beschäftigt haben: die Arbeitslosigkeit als mit Abstand wichtigstes Thema, die Friedenssicherung und die Umweltpolitik. Hinzu kommt als ein

spektakuläres Ereignis und Thema der erstgenannten Art die Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl. Dieses Thema weist einen sehr typischen Karriereverlauf auf, wobei allerdings bemerkenswerterweise das Abklingen der unmittelbaren Erregung über Tschernobyl mit einem Bedeutungsanstieg der *allgemeinen* Umweltproblematik verbunden zu sein scheint¹⁸).

Die Art von Frage, die in den hier zugrunde gelegten Untersuchungen zur Informationsgewinnung verwendet wird, besitzt im Zusammenhang mit den Forschungen zur Thematisierungs- bzw. Themenstrukturierungsfunktion der Massenmedien (Agenda Setting) eine gewisse Tradition. Die in der Grafik nicht enthaltenen Einzelangaben zu allen überhaupt genannten Themen verdeutlichen, daß die Bevölkerung weitgehend unabhängig vom Ausmaß an persönlicher Betroffenheit in erster Linie und schnell solche Themen aufgreift, die durch die Massenmedien in die Öffentlichkeit transportiert werden.

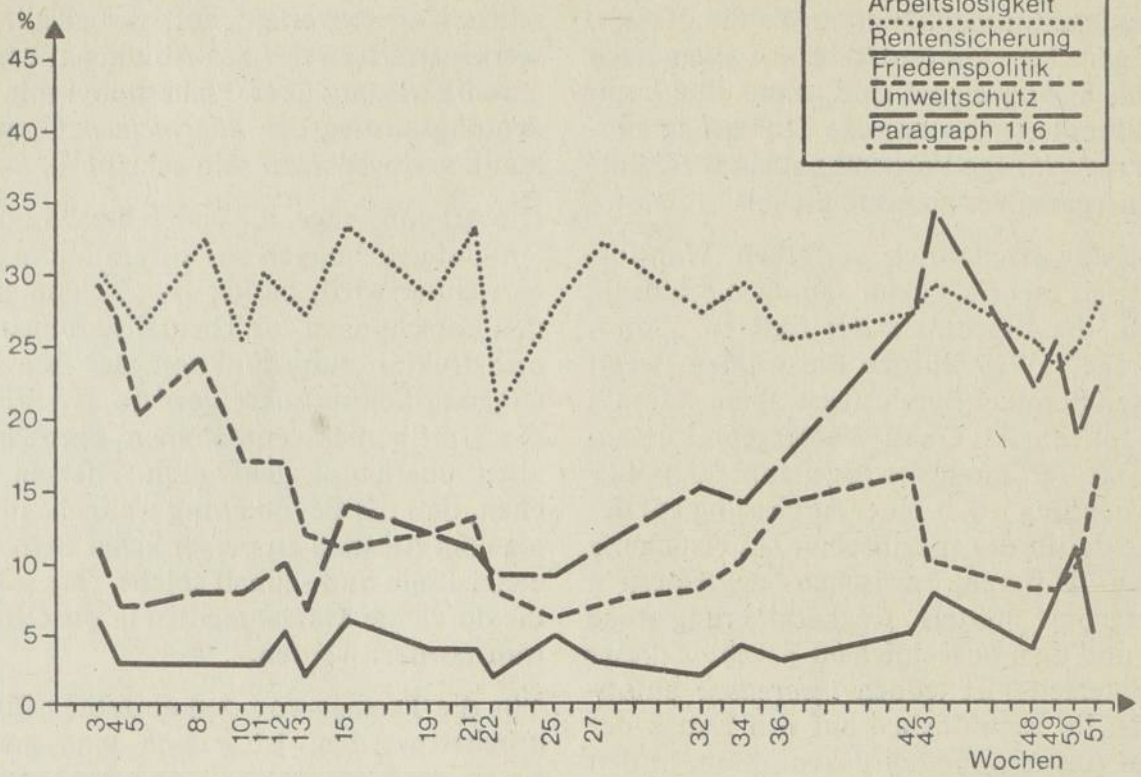
Wie die Themen von den einzelnen Bürgern verarbeitet werden, ist jedoch eine ganz andere Frage, der hier nicht weiter nachgegangen werden soll; dem entspricht die „Volksweisheit“ der Agenda-Setting-Forschung, daß die Massenmedien den Bürgern nicht sagen können, *was* sie denken sollen, wohl aber, *worüber* sie nachdenken sollen. In diesem Sinne hat die Forschung auch gezeigt, daß Regierungen eine sehr gute Chance haben, „ihre“ Themen auf die Agenda der öffentlichen Diskussion zu bringen, ohne damit allerdings in einem pluralistisch organisierten Mediensystem auch umfassend beeinflussen zu können, in welcher Richtung diese Diskussion schließlich verläuft und wie sie von den Wählern intern verarbeitet wird.

Auf der Grundlage des weiter vorne Gesagten kann nicht überraschen, daß das Thema der Arbeitslosigkeit mittel- und langfristig alle anderen politischen Themen „erdrückt“. Insofern liegt die Vermutung nahe, daß die Bundestagswahl 1987 in Wahlkampf und Ergebnis entscheidend durch dieses Thema bestimmt werden wird; keine Oppositionspartei wird die Chance auslassen, eine Regierung mit der bitteren Realität der Arbeitslosigkeit zu konfrontieren. Natürlich sind, zumindest der Sache nach, Wirtschaftspolitik und Beschäftigungspolitik untrennbar miteinander verbunden.

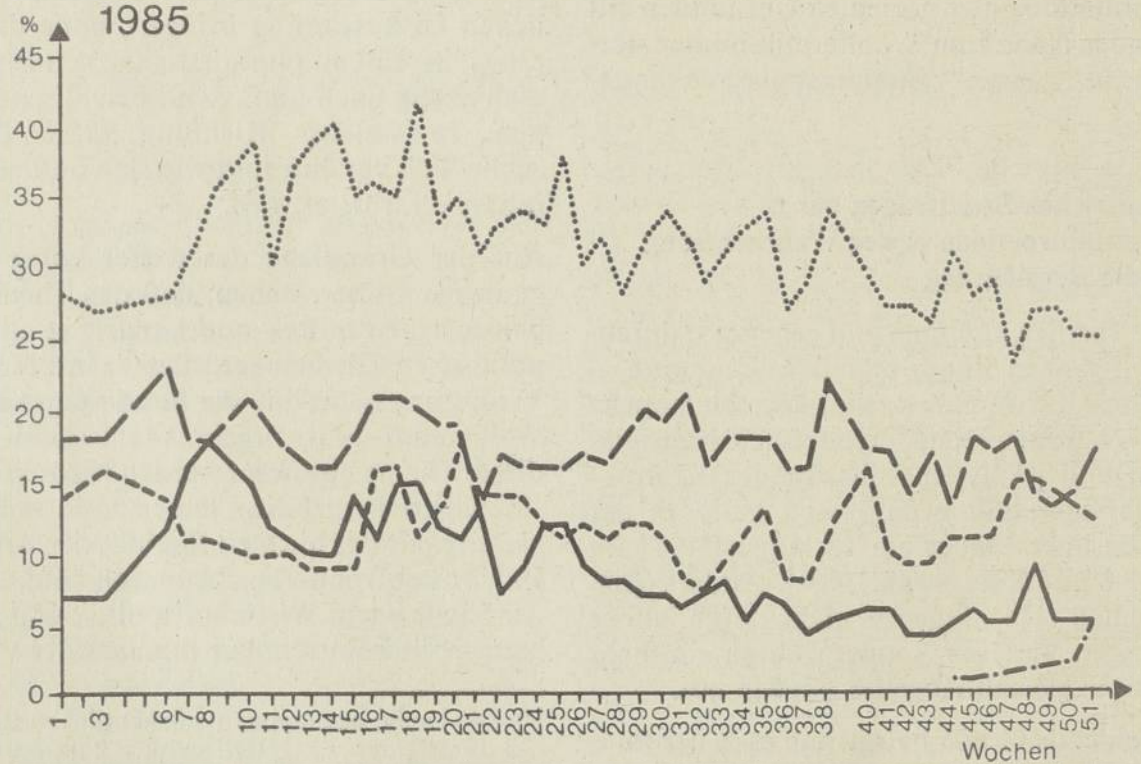
¹⁸) Die Daten entstammen wöchentlichen Befragungen des Bielefelder EMNID-Instituts bei repräsentativen Stichproben von ca. 1000 Wahlberechtigten. Geantwortet wurde auf die offen gestellte Frage: „Was sind für Sie zur Zeit die wichtigsten Themen und Ereignisse?“ Im langfristigen Durchschnitt wurden pro Befragten 1,5 bis 2 Probleme genannt. Einbezogen werden konnten die Befragungsergebnisse bis zur 30. Woche des Jahres 1986.

Wichtigste Themen und Ereignisse (Prozentanteile)

1984



1985



Quelle: Erhebungen des EMNID-Instituts bei einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung der Bundesrepublik und West-Berlins ab 14 Jahren

Tabelle 1: Lösungskompetenz unterschiedlicher Regierungskoalitionen für ausgesuchte politische Probleme: 1982–1986

Den Regierungen zugewiesene Problemlösungskompetenz im zeitlichen Verlauf	Probleme				
	Die Arbeitslosigkeit bekämpfen	Für wirksamen Umweltschutz sorgen	Die Renten sichern	Die Staatsschulden abbauen	Die Wirtschaft ankurbeln
CDU/CSU-FDP-Bundesregierung					
November 1982	37	19	34	43	—
Februar 1983	45	23	41	51	—
August 1984	33	17	32	41	45
Dezember 1984	30	17	29	—	45
März 1985	29	23	29	47	47
September 1985	32	24	34	50	51
April 1986	34	23	36	52	50
September 1986	36	27	37	41	47
SPD-geführte Bundesregierung					
November 1982	24	25	28	13	—
Februar 1983	27	24	27	13	—
August 1984	22	23	25	11	15
Dezember 1984	23	22	25	—	16
März 1985	29	30	31	16	21
September 1985	32	35	29	16	21
April 1986	30	30	31	12	20
September 1986	34	41	31	18	23

tung für die Wähler einnehmen¹⁹⁾. Die beiden wirtschaftspolitischen Themen der Liste — Ankurbelung der Wirtschaft und Verringerung der Staatsverschuldung — weisen demgegenüber einen sogar vom gegnerischen Lager weitgehend konzidierten, im Vorwahlkampf allerdings bei den Anhängern des Oppositionslagers schon leicht reduzierten Kompetenzvorsprung für die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung, gleichzeitig jedoch eine — besonders hinsichtlich des Abbaus der Staatsverschuldung — deutlich geringere Priorität für die Wähler auf.

In wesentlichen Politikbereichen ist es der jetzigen Bundesregierung also nicht gelungen, ihren Handlungsspielraum überzeugend in eine vom Bürger wahrgenommene Problemlösungskompetenz umzusetzen; sie hat vielmehr seit 1983 deut-

liche Kompetenzverluste erlitten. Besonders schmerzlich ist dies im Falle der Beschäftigungspolitik, in dem der der neuen Bundesregierung gewährte Vertrauensvorschuß schon bald nach der Wahl aufgezehrt war. Angesichts der Bedeutung dieses Umstandes sind hier einige weiterführende Überlegungen am Platze.

Laut Angaben der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg²⁰⁾ bewegt sich die Zahl der Arbeitslosen seit 1982 kontinuierlich in der Größenordnung von mehr als zwei Millionen und liegt damit bei ca. 9% der Erwerbspersonen; es besteht wenig Hoffnung, daß sich kurz- und mittelfristig an dieser Situation etwas Grundlegendes ändern wird²¹⁾. Sehr wohl im Zeitverlauf geändert hat

¹⁹⁾ Für den Umweltschutz siehe auch Max Kaase, Die Entwicklung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Umwelt—Wirtschaft—Gesellschaft: Wege zu einem neuen Grundverständnis, Stuttgart 1986 (erscheint demnächst).

²⁰⁾ Bundesanstalt, Arbeitsstatistik 1984 — Jahreszahlen, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 33 (1985) Sondernummer vom 18. Juli; Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 34 (1986) 3, vom 27. März 1986.

²¹⁾ Siehe dazu Bernd Reissert/Fritz W. Scharpf/Ronald Schettkat, Eine Strategie zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/86, S. 3—21.

Tabelle 2: Kompetenzvorsprung der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung bezüglich ausgewählter politischer Probleme 1982–1986 bei den Anhängern der politischen Parteien (Wahlabsichtsfrage): Prozentpunktdifferenz zwischen einer Präferenz für eine CDU/CSU-FDP- bzw. SPD-geführte Bundesregierung

Zeitpunkt	Die Arbeitslosigkeit bekämpfen				Für wirksamen Umweltschutz sorgen				Die Renten sichern			
	CDU/CSU-Wähler	SPD-Wähler	FDP-Wähler	Grüne-Wähler	CDU/CSU-Wähler	SPD-Wähler	FDP-Wähler	Grüne-Wähler	CDU/CSU-Wähler	SPD-Wähler	FDP-Wähler	Grüne-Wähler
November 1982	+71	-39	+63	-12	+32	-40	+25	-26	+65	-46	+33	-29
Februar 1983	+87	-43	+79	-29	+46	-46	+28	-26	+79	-47	+41	-26
August 1984	+67	-46	+28	-25	+29	-46	+10	-20	+54	-44	+49	-25
Dezember 1984	+66	-45	+21	-19	+32	-41	+18	-16	+57	-45	+27	-18
März 1985	+56	-57	+56	-44	+40	-51	+35	-47	+54	-59	+50	-41
September 1985	+65	-58	+30	-43	+46	-59	+17	-60	+65	-47	+38	-32
April 1986	+71	-54	+35	-36	+43	-54	+32	-26	+70	-47	+52	-25
September 1986	+72	-60	+41	-10	+47	-67	+13	-64	+71	-53	+47	-42
	Die Staatsschulden abbauen				Die Wirtschaft ankurbeln							
November 1982	+76	-10	+65	+13	—	—	—	—				
Februar 1983	+87	-8	+83	+6	—	—	—	—				
August 1984	+64	-6	+40	+16	+73	-12	+34	+13				
Dezember 1984	—	—	—	—	+79	-14	+42	+18				
März 1985	+76	-14	+64	+5	+78	-29	+73	-7				
September 1985	+80	-5	+64	+8	+85	-17	+64	+9				
April 1986	+84	-16	+78	+10	+83	-5	+77	+26				
September 1986	+75	-22	+56	-9	+82	-30	+63	-10				

sich jedoch die Dauer, für die einzelne Bürger von dem schweren Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffen sind: Die Zahl der über ein Jahr beschäftigungslosen Personen stieg von knapp 9% im September 1970 über 17% im September 1980 auf knapp 35% im September 1985²²⁾. Es gibt nun jeden Grund zu der Annahme, daß eine Dauerarbeitslosigkeit für einen Menschen *und sein persönliches Umfeld* eine wesentlich folgenreichere und tiefgreifendere Erfahrung darstellt als nur eine kurzzeitige Arbeitslosigkeit. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit von Konsequenzen für das politische Verhalten.

Weiter zu bedenken ist der Aspekt der Kurzarbeit, insbesondere aber auch ein subjektives Moment

²²⁾ Bundesanstalt (Anm. 20), 1985 S. 79; 1986, S. 342. Leider sind die Zahlen 1984 und 1985 wegen einer Veränderung der Berechnungsgrundlage nicht direkt vergleichbar. Die nach der neuen Berechnungsmethode ausgewiesenen Zahlen liegen ca. 4 Prozentpunkte unter den alten Zahlen. Entsprechend wurde der für 1985 angegebene Wert von 31% auf 35% angehoben. 1984 waren die Werte 32,8% (alt) bzw. 28,8% (neu).

der Beschäftigungsproblematik: die Angst vor einem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes. Nach einer Analyse von Hubert Krieger²³⁾ sahen im 1. Halbjahr 1985 13% der abhängig Beschäftigten ihren Arbeitsplatz stärker gefährdet als im Vorjahr; nur 9% nahmen gegenüber dem Vorjahr eine geringere Gefährdung wahr. Krieger berechnet auf dieser Grundlage eine Zahl von 2,5 Millionen Wählern, die sich von einem Arbeitsplatzverlust bedroht fühlen. Wenn man dieser Zahl die ca. 2 Millionen tatsächlich Arbeitsloser hinzufügt und — konservativ überlegt — berücksichtigt, daß im Durchschnitt je ein Familienangehöriger direkt — gleich insgesamt 9 Millionen Wähler — und zwei Familienangehörige indirekt — gleich weitere 9 Millionen Wähler — betroffen sind, und wenn man darüber hinaus bedenkt, daß sich hinter der Zahl von 2 Millionen Arbeitslosen durch den Übergang zwischen Beschäftigung und Arbeitslo-

²³⁾ Hubert Krieger, Arbeitsmarktsituation und politische Stabilität. Reaktionsformen abhängig Beschäftigter auf die Arbeitsmarktentwicklung 1975—1985, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/86, S. 3—18.

sigkeit im *Aggregat* eine deutlich höhere Zahl von Personen verbirgt, die *individuell* Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe erfahren haben, dann kommt man auf eine Betroffenheitsquote von Arbeitslosigkeit, die im Durchschnitt der Wählerschaft bei um die 50%, in Problemgebieten sogar deutlich darüber liegen dürfte.

Die im zeitlichen Längsschnitt²⁴⁾ unter Einbeziehung des Regierungswechsels 1982 vorgelegten Einzelanalysen der politischen Orientierungen von Arbeitslosen bzw. sich subjektiv von Arbeitsplatzverlust bedroht fühlenden Personen führen zu der eindeutigen Schlußfolgerung, daß der Union — FDP-Wähler sind von der Arbeitslosigkeitsproblematik persönlich kaum berührt — wegen der Arbeitslosigkeit bei der kommenden Bundestagswahl erhebliche Stimmenverluste ins Haus stehen, Stimmenverluste, die durch die Diskussion um den § 116 Arbeitsförderungsgesetz — den sogenannten Streikparagraphen — sicherlich tendenziell noch gefördert werden dürften. Von besonderem Interesse wird daher sein, zu verfolgen, in welchem Umfang es der Union gelingen wird, den *Zusammenhang* zwischen Wirtschaftspolitik — mit einer hohen Kompetenzzuschreibung — und Beschäftigungspolitik — mit einer ambivalenten Kompetenzzuschreibung — herzustellen; je mehr ihr dies gelingt, desto größer ist ihre Chance, die Arbeitslosenproblematik zumindest insoweit in den Griff zu bekommen, daß sie Einbrüche bei der für sie grundsätzlich erreichbaren Gruppe der nicht organisierten katholischen Arbeiter vermeiden kann.

Berücksichtigt man allerdings die Überlegung von Pappi²⁵⁾, daß es zur Aktivierung der konfessionellen Dimension der Thematisierung entsprechender (in seiner Terminologie: ideeller) Issues bedarf, die zur Zeit als Wahlkampfthemen jedoch nicht erkennbar sind, dann ist hier für die Union eher Skepsis angebracht. Dies gilt auch deswegen, weil die primären Umwelten der Wähler nach wie vor eine außerordentliche Prägestkraft und Abschirmungsfunktion nach außen besitzen²⁶⁾. Schließlich kommt hinzu, daß nach dem augenblicklichen Kenntnisstand die unbestrittene wirtschaftspolitische Kompetenz der Bundesregie-

rung, die sich überwiegend bei den Wählern durchweg in einer über die Zeit deutlich verbesserten Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage äußert, bis zum Frühherbst 1986 noch nicht — wie bei früheren Bundesregierungen — in eine entsprechend positive Leistungsbewertung der Regierung *insgesamt* umgesetzt hatte²⁷⁾.

Drei Monate vor der Bundestagswahl ist es schwer, zu antizipieren, welche politischen Themen neben der Beschäftigungspolitik den Wahlkampf bestimmen werden. Die EMNID Agenda Setting-Zeitreihe hatte grundsätzlich die beiden Themen „Friedenssicherung“ und „Umweltpolitik“ gleichgewichtig als zweitwichtigste Themenbereiche nach der Beschäftigungspolitik ausgewiesen. Bezüglich der Friedenssicherung sind für die Koalition angesichts ihrer klaren Westorientierung bei gleichzeitiger Offenheit gegenüber seriösen Friedensinitiativen der Sowjetunion und deren Partnern keine Stimmenverluste zu erwarten; eher besteht für die Koalition angesichts der ambivalenten und unklaren Position beider Oppositionsparteien in diesem Bereich die Chance, mit diesem Thema Wähler zu sich herüberzuziehen.

Anders stellt sich die Situation im Bereich der Umweltpolitik dar, wo man vermutlich in Zukunft zu einer Zeitrechnung vor und nach dem Reaktorunglück im ukrainischen Tschernobyl übergehen wird. Allerdings zeigt das Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl vom 15. Juni mit einem gegenüber der Vorwahl lediglich um 0,6% verbesserten Ergebnis von 7,1% für die GRÜNEN, daß dieses entfernte Ereignis nicht in dem erwarteten Umfang seine direkten (Wahl-)Spuren in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen hat. Daß das „grüne“ Ergebnis so deutlich unter den Erwartungen liegt, ist vermutlich nicht zuletzt auf die Entscheidung der Bundesregierung zurückzuführen, Anfang Juni 1986 ein Bundesministerium für Umwelt, Reaktorsicherheit und Landschaftsschutz unter Walter Wallmann einzurichten und damit Handlungsfähigkeit zu zeigen. Der Verlauf der EMNID-Zeitreihe (siehe dazu Grafik 1) sowie der Ergebnisse des Politbarometers September 1986 lassen es allerdings fraglich erscheinen, ob es der Bundesregierung bis zur Wahl gelingen wird,

24) Hubert Krieger, „Anti-Regierungs-“ oder „Klientelthese“? Wirkungen persönlicher Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Rahmen des etablierten Parteispektrums (1980—1985), in: Politische Vierteljahresschrift, 26 (1985), S. 357—380; Hubert Krieger (Anm. 23); Ursula Feist/Dieter Fröhlich/Hubert Krieger, Die politischen Einstellungen von Arbeitslosen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/84, S. 3—17.

25) Franz Urban Pappi (Anm. 1).

26) Ursula Feist/Klaus Liepelt, Vom Primat des Primären. Massenkommunikation im Wahlkampf, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.) (Anm. 1).

27) Siehe dazu Marktforschungsreport 1986: 15; im Mai-Politbarometer 1986 erreichte die Bundesregierung auf einer von +5 bis -5 reichenden Zufriedenheitsskala einen Durchschnittswert von +0,2, die SPD-Opposition hingegen einen Wert von +0,7. Das Oktober-Politbarometer 1986 weist allerdings einen für die Bundesregierung um 0,7 Punkte auf +0,9 gestiegenen und für die SPD-Opposition einen unveränderten Wert von +0,7 aus.

den Bereich des Umweltschutzes für sich politisch zu neutralisieren.

In den Überlegungen zu den für die Bundestagswahl 1987 zentralen politischen Themen ist die Landwirtschaftspolitik bisher nicht aufgetaucht. Dabei handelt es sich insofern um ein extrem gruppenspezifisches Thema, als es schon wegen der geringen zahlenmäßigen Größe der Gruppierung kaum eine Chance hat, prominent auf der allgemeinen öffentlichen Agenda und im Problembewußtsein der Gesamtbevölkerung zu erscheinen. Angesichts möglicher geringer Stimmenunterschiede bei der kommenden Bundestagswahl zwischen den großen Parteien und den beiden Parteiblöcken handelt es sich beim Landwirtschaftsbereich, der bislang der Union bei Wahlen in großer Eindeutigkeit zugeneigt war, um eine strategisch höchst wichtige Wählerkategorie, zumal die Stimmungsverschlechterung nicht auf die Gruppe der Bauern beschränkt ist. In der Bundesrepublik hat die rasche Abnahme der voll-erwerbstätigen Landwirte zu einer starken Zunahme von Nebenerwerbslandwirtschaft geführt. Aber auch diejenigen, die im ländlichen Raum wohnen, ohne direkt oder indirekt mit der Landwirtschaft zu tun zu haben, werden erfahrungsgemäß von Veränderungen des Meinungsklimas bei den Bauern erfaßt. Dies zeigte sich sowohl in Niedersachsen als auch in Bayern, wo die CDU bzw. die CSU in den ländlichen Gegenden Verluste erlitten, die nicht alleine auf die Bauern zurückgeführt werden können. Da die bäuerlichen Wähler außerdem über ihre Interessenvertretung, den Deutschen Bauernverband, besser als vielleicht irgendeine andere Gruppierung in der Bundesrepublik Deutschland erreichbar und steuerbar sind, wird auch der Bereich der Landwirtschaftspolitik, insbesondere der Sicherung der bäuerlichen Ein-

kommen, eine wichtige Rolle für die Bundestagswahl 1987 spielen. Laut der Politbarometerbefragung vom April 1986 besitzt die Union in diesem Bereich zwar einen gewissen, aber nicht eindrucksvollen Vorsprung: 27,9 % der Wähler halten eine CDU/CSU-FDP-Bundesregierung für kompetenter, die Landwirtschaftsprobleme zu lösen, 21 % eine SPD-geführte Bundesregierung.

Schon die Politbarometer-Befragung vom März 1986 hatte auf die große Unzufriedenheit der Bauern hingewiesen. Auf die Frage, ob es mit der wirtschaftlichen Lage der Bauern seit der Bundestagswahl 1983 besser geworden, gleich geblieben oder schlechter geworden ist, antworteten 82 % der befragten Bauern, es sei schlechter geworden; im Bevölkerungsdurchschnitt teilten 50 % diese Meinung. In der Wahrnehmung der Bevölkerung hatte sich die Situation für keine andere gesellschaftliche Gruppe schlechter entwickelt als für die Bauern.

Faßt man an dieser Stelle die bisherigen Überlegungen zum Gesamtfeld der politischen Probleme zusammen, so stellt sich die Situation für die konservativ-liberale Bundesregierung leicht, jedoch nicht entscheidend verschlechtert gegenüber dem Klima bei der Bundestagswahl 1983 dar. Wir vertreten die Auffassung, daß für das Votum der Wähler am 25. Januar 1987 erneut beschäftigungs- und wirtschaftspolitische Themen im Mittelpunkt stehen; zu schwer noch hängt das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit über der Bundesrepublik Deutschland. Die Folgen für den Wahlausgang werden entscheidend durch die Fähigkeit der Bundesregierung bestimmt werden, zwischen Beschäftigungspolitik und Wirtschaftspolitik eine klare Verbindung herzustellen. Dies ist ihr bislang nicht gelungen.

IV. Die Landtagswahlen zwischen 1983 und 1986: die „wahren“ Tests — wofür?

In Umfragen erhobene Einstellungen, Verhaltensdispositionen und Verhaltensrückenrinnerungen sind wegen ihrer auf die Einzelperson beziehbaren Angaben ein unverzichtbares Rüstzeug der Wahlsoziologie, ja geradezu ihre Voraussetzung. Der gravierendste Nachteil dieses Datentypus besteht in seiner zweifelhaften Zuverlässigkeit und Gültigkeit²⁸⁾; als institutionell festgelegte Bekun-

dungen von Zustimmung oder Ablehnung und von politischem Engagement behalten die tatsächlichen Wahlergebnisse eine unstrittige Position.

In einem föderalistisch organisierten politischen System wie dem der Bundesrepublik liegt es nahe, die Ergebnisse der zwischen zwei Bundestagswahlen liegenden Landtagswahlen auch als Popularitätstest für eine amtierende Bundesregierung zu deuten. Bezogen auf den einzelnen Wähler muß dabei offen bleiben, in welchem Umfang die Stimmabgabe bei einer spezifischen Landtags-

²⁸⁾ Max Kaase, Das Mikro-Makro-Puzzle der Empirischen Sozialforschung: Anmerkungen zum Problem der Aggregatstabilität bei individueller Instabilität in Panelbefragungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie, 38 (1986), S. 209—222.

wahl zuverlässig in bundespolitische und landespolitische Elemente aufgeteilt werden kann. Daß bundespolitische Gesichtspunkte *in der Wahrnehmung der Wähler* stets auch eine wichtige Rolle für ihre Landtagswahlstimmabgabe spielen, ist durch viele Untersuchungen belegt.

In der Periode zwischen April 1983²⁹⁾ und November 1986 fanden in der Bundesrepublik neun Landtagswahlen statt; die Termine und Ergeb-

²⁹⁾ Die Landtagswahlen vom 6. März 1983 in Rheinland-Pfalz und vom 13. März 1983 in Schleswig-Holstein sind wegen ihrer großen zeitlichen Nähe zur Bundestagswahl nicht zu berücksichtigen; siehe dazu Max Kaase (Anm. 10).

nisse der beiden letzten Landtagswahlen in allen elf Bundesländern sind in nebenstehender Tabelle 3 dargestellt.

Betrachtet man zunächst einmal auf der Grundlage der Prozentpunktdifferenzen zwischen vorvorletzter und vorletzter Landtagswahl die Periode zwischen 1974 und 1982, so liefern diese Wahlergebnisse keinen Hinweis auf die Anti-Bundesregierungs-Wahlthese, wobei zusätzlich zu bedenken ist, daß in jene Periode die Etablierung der GRÜNEN als politische Partei in den Landesparlamenten fällt, die weitgehend auf Kosten der SPD-Wählerschaft erfolgte. Die massiven Verluste der SPD in den beiden Stadtstaaten

Tabelle 3: Wahlergebnisse der beiden letzten Landtagswahlen in den elf Bundesländern

Bundesländer und Termin der letzten Landtagswahl, Europawahl, Bundestagswahl	Vorwahl I						Neuwahl: %					
	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Sonstige	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Sonstige
Rheinland-Pfalz: 6. März 1983	81,4	50,1	42,3	6,4	—	1,2	90,4	51,9	39,6	3,5	4,5	0,5
Schleswig-Holstein: 13. März 1983	83,3	48,3	41,7	5,7	2,4	1,9	84,8	49,0	43,7	2,2	3,6	1,5
Bremen: 25. September 1983	78,5	31,9	49,4	10,8	5,1	2,8	79,7	33,3	51,3	4,6	7,8	3,0
Hessen: 25. September 1983	86,4	45,6	42,8	3,1	8,0	0,5	83,5	39,4	46,2	7,6	5,9	0,8
Baden-Württemberg: 25. März 1984	72,0	53,4	32,5	9,3	5,3	0,5	71,2	51,9	32,4	7,2	8,0	0,5
Saarland: 10. März 1985	85,0	44,0	45,4	6,9	2,9	0,8	85,0	37,3	49,2	10,0	2,5	1,0
Berlin: 10. März 1985	85,3	43,0	38,3	5,6	7,2	0,9	83,6	46,4	32,4	8,5	10,6	2,1
Nordrhein-Westfalen: 12. Mai 1985	80,0	43,2	48,4	4,98	3,0	0,4	75,2	36,5	52,1	6,0	4,6	0,8
Niedersachsen: 15. Juni 1986	77,7	50,7	36,5	5,9	6,5	0,4	77,4	44,3	42,1	6,0	7,1	0,5
Bayern: 12. Oktober 1986	78,0	58,3	31,9	3,5	4,6	1,7	70,1	55,8	27,5	3,8	7,5	5,4
Hamburg: 9. November 1986	84,0	38,6	51,3	2,6	6,8	0,7	77,8	41,9	41,7	4,8	10,4	1,2
Europawahl: 17. Juni 1984	65,7	49,2	40,8	6,0	3,2	0,8	56,8	45,9	37,4	4,8	8,2	3,7
Bundestagswahl: 6. März 1983	88,6	44,5	42,9	10,6	1,5	0,5	89,1	48,8	38,2	7,0	5,6	0,5

Hamburg (1982) und Berlin (1981) spiegeln jeweils die besonderen politischen Verhältnisse dort wider, bilden also eine weitere Bestätigung für die These, daß ein einfaches Anti-Bundesregierungs-Wahlmodell für Landtagswahlen der Komplexität der politischen Gegebenheiten in den Bundesländern nicht gerecht wird³⁰⁾.

Analysen der beiden Landtagswahlen des Jahres 1983 in Bremen und Hessen belegen, daß diese Wahlergebnisse entscheidend durch landespoli-

tische Gegebenheiten bestimmt wurden, sieht man einmal von der nachträglichen Quittung für die koalitionspolitische Umorientierung im Bund ab, die die FDP in Bremen erhielt. Die einzige Landtagswahl des Jahres 1984 — in Baden-Württemberg — ließ angesichts des hohen Ansehens von Ministerpräsident Späth und der Stärke der CDU im „Ländle“ von Anfang an keine sensationellen Veränderungen der Parteistärken erwarten; dennoch überraschte das weitere Abschmelzen der absoluten CDU-Mehrheit.

Die Landtagswahlen des Jahres 1985 in den beiden Flächenstaaten Saarland (März) und Nordrhein-Westfalen (Mai) brachten dann für die

³⁰⁾ So Wolfgang G. Gibowski, Sind Landtagswahlen politischer als Bundestagswahlen?, Mannheim 1986 (als Manuskript vervielfältigt).

noch Tabelle 3:

Wahlbeteiligung	Prozentdifferenz Neuwahl ./ Vorwahl 1					Prozentdifferenz Vorwahl 1 — Vorwahl 2						Zeitliche Sequenz der drei Wahlen
	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	Son- stige	Wahl- beteili- gung	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	Son- stige	
+9,0	+1,8	-2,7	-2,9	+4,5	+0,7	+0,6	-3,8	+3,8	+0,8	—	-0,7	1975/1979/1983
+1,5	+0,7	+2,0	-3,5	+1,2	-0,4	+1,0	-2,1	+1,6	-1,4	+2,4	-0,5	1975/1979/1983
+1,2	+1,4	+1,9	-6,2	+2,7	+0,2	-3,7	-1,9	+0,7	-2,2	+5,1	-1,7	1975/1979/1983
-2,9	-6,2	+3,4	+4,5	-2,1	+0,3	-1,3	-0,4	-1,5	-3,5	+6,0	-0,6	1978/1982/1983
-0,8	-1,5	-0,1	-1,1	+2,7	±0,0	-3,5	-3,3	-0,8	+0,5	+5,3	-1,7	1976/1980/1984
±0,0	-6,1	+3,8	+3,1	-0,4	+0,2	-3,8	-5,1	+3,6	-0,5	+2,9	-0,9	1975/1980/1985
-1,7	-1,6	-5,9	+2,9	+3,4	+1,2	-0,1	+3,6	-4,4	-2,5	+3,5	-0,3	1979/1981/1985
-4,8	-6,7	+3,7	+1,0	+1,6	+0,4	-6,1	-3,9	+3,3	-1,7	+3,0	-0,7	1975/1980/1985
-0,3	-6,4	+5,6	+0,1	+0,6	+0,1	-0,8	+2,0	-5,7	+1,7	+2,6	-0,8	1978/1982/1986
-7,7	-2,5	-4,4	+0,3	+2,9	+3,7	+1,4	-0,8	+0,5	-2,7	+4,6	-1,6	1978/1982/1986
-6,2	+3,3	-9,6	+2,2	+3,6	+0,5	+6,2	-4,6	+8,6	-2,3	-0,9	-0,8	1982/1982/1986
-8,9	-3,3	-3,4	-1,2	+5,0	+2,9	entfällt						1979/1984
+0,5	+4,3	-4,7	-3,6	+4,1	±0,0	-2,1	-4,1	+0,3	+2,7	+1,5	-0,4	1976/1980/1983

Union als Seniorpartner der konservativ-liberalen Koalition einen eklatanten Einbruch an Wählerstimmen³¹⁾. Diese Bewertung gilt selbst dann, wenn man das recht gute Abschneiden des Junior-Koalitionspartners FDP in beiden Landtagswahlen berücksichtigt. Auch bundespolitisch blies der Union in dieser Zeit der Wind heftig ins Gesicht (im Mai 1985 lag die SPD bundesweit 14 Prozentpunkte (!) vor der Union). Die Analysen in diesem Beitrag wie auch die gerade zitierten Spezialanalysen bestätigen ohne jeden Zweifel, daß bundespolitische Gesichtspunkte einen wichtigen Einfluß auf das Ergebnis beider Wahlen gehabt haben, und dokumentieren auch, daß die Reorientierung der Arbeiterschaft zur SPD ihren Niederschlag nicht nur in Stimmungen, sondern auch in Stimmen gefunden hat.

Auf den ersten Blick entspricht das Ergebnis der mit der Landtagswahl im Saarland zeitgleichen Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin nicht dem gezeichneten Bild. Diese Wahl hatte nur zu einem geringen Stimmenrückgang der CDU geführt und der CDU/FDP-Koalition insgesamt sogar einen leichten Zuwachs gebracht. Berliner Wahlen unterliegen jedoch besonderen Gesetzmäßigkeiten; insbesondere dürfen sich die Berliner bekanntlich an Bundestagswahlen nicht beteiligen, so daß die Wahl zum Abgeordnetenhaus für die Berliner wichtiger ist als Landtagswahlen für die Wähler in anderen Bundesländern. Das Ergebnis der Berliner Wahl spiegelt denn auch, wie die vorliegenden Analysen zeigen, überwiegend die politischen Gegebenheiten West-Berlins wider.

Die Landtagswahlen des Jahres 1986 in Niedersachsen (15. Juni), Bayern (12. Oktober) und Hamburg (9. November) standen unter jeweils unterschiedlichen bundespolitischen Einflüssen. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen waren diese Bedingungen für SPD und DIE GRÜNEN günstiger als für CDU und FDP. Die Diskussionen um den § 116 AFG und Otto Schilys Strafanzeigen gegen den Kanzler drückten die Stimmung bei den Unionsparteien; für die FDP war die Stimmung seit der Bundestagswahl 1983 schwach. Zudem hatte der Kernkraftunfall von Tschernobyl die deutsche Bevölkerung verunsichert und das für die Regierungsparteien ungünstige Thema „Kernkraft“ massiv aktiviert. Nach der Politbarometer-Befragung vom Mai 1986 (20. Woche), die laut den EMNID-Daten (s. Grafik 1) kurz nach dem Höhepunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit für den Reaktorunfall durchgeführt wurde,

³¹⁾ Für Analysen dieser Wahlen siehe Manfred Berger/Wolfgang G. Gibowski/Dieter Roth/Wolfgang Schulte, Stärkere Wählerbewegungen und stabile Strukturen, kein Test für Bonn — Landtagswahlen 1985, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 16 (1985), S. 411—430.

profitierten die GRÜNEN vermutlich von der Thematisierung der Unfallfolgen für die Bevölkerung sowohl zu Lasten der Unionsparteien als auch zu Lasten der SPD. Die Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vor der Wahl (24. Woche) zeigt allerdings, daß die zunächst zu beobachtende Angst vor den Folgen des Unglücks wieder zurückgegangen war, so daß der Zugewinn der GRÜNEN am Wahltag schließlich geringer ausfiel, als von zahlreichen Beobachtern, nicht zu letzt den GRÜNEN selbst, erwartet worden war.

Allein von der landespolitischen Ausgangslage her wären die Chancen der CDU in Niedersachsen besser gewesen als das dann tatsächlich erreichte Wahlergebnis. Die vor der Wahl durchgeführte Umfrage wies die CDU beim direkten Vergleich der Spitzenkandidaten und in allen sachpolitischen Themen mit Ausnahme des Umweltschutzes als der SPD überlegen aus. Die Erwartung, die neue Landesregierung könne nur eine Koalitionsregierung sein, fand unter CDU-Wählern mehr Akzeptanz als in den Reihen der SPD und machte die FDP sichtbarer.

Das Wahlergebnis vom 15. Juni (CDU: 44,3 %, -6,7 %; SPD: 42,1 %, +5,6 %; DIE GRÜNEN: 7,1 %, +0,6 %; FDP: 6,0 %, +0,1 %) lag für die SPD in der Größenordnung der Wahlentscheidungen der siebziger Jahre. Da die GRÜNEN ihre Wähler allerdings aus einem Reservoir rekrutieren, das auch der SPD zuneigt, bedeutet das Abschneiden beider Parteien zusammen (49,2 %) eine markante Ausdehnung des linken Lagers in Niedersachsen. Der Vorsprung der CDU-FDP-Koalition war denkbar gering (50,3 %). In Niedersachsen sind geringe Regierungsmehrheiten aber durchaus an der Tagesordnung und Ausdruck dafür, daß die Strukturen des Landes keine der beiden Volksparteien entscheidend begünstigen.

Auf den ersten Blick schienen die Verluste der CDU in allen Strukturen des Landes in fast gleichem Ausmaß aufgetreten zu sein. Die Analyse der Wahlergebnisse im einzelnen zeigt dann aber, daß die CDU in den ländlichen Regionen überdurchschnittlich hoch verloren hat, und zwar unabhängig davon, ob die Bevölkerung überwiegend katholisch oder evangelisch war. Die in diesen Regionen neben dem erheblichen Wechsel von der CDU zur SPD ebenfalls feststellbare Wahlenthaltung zu Lasten der CDU weist darauf hin, daß es der Union nicht oder zumindest nicht vollständig gelungen war, die Bauern, die unter den EG-Beschlüssen und unter den Folgen von Tschernobyl litten, zu besänftigen. Daß dies der CDU auch nicht in den katholischen Gebieten gelang, wo ihre Wahlchancen besonders gut sind, verdeutlicht, wie existenziell die genannten Probleme für die ländliche Bevölkerung waren.

Die Bandbreite der Gewinne der SPD war in allen Strukturen des Landes relativ gering, wobei die Zugewinne der SPD in Beziehung zu den Wahlchancen der GRÜNEN stehen; offensichtlich begrenzt die relativ stärkere Anziehungskraft der GRÜNEN in Großstädten die Chancen der SPD. Insgesamt belegt das Wahlergebnis in Niedersachsen die für CDU und FDP im Vorfeld der Wahl festgestellte bundesweite schwache Stimmung, die im bäuerlichen Milieu einen berufsgruppen- und regionenspezifischen Kristallisationspunkt aufwies. Das Wahlergebnis von Niedersachsen lag damit im Trend der Landtagswahlen 1985 im Saarland und in Nordrhein-Westfalen.

Trotz des hauchdünnen Vorsprungs bei der Wahl in Niedersachsen wirkte der Wahlausgang auf die CDU/CSU stabilisierend, während das Klima für die FDP nach wie vor verhalten blieb. Hinzu kommt, daß sich die Effekte von Tschernobyl weiter abgeschwächt hatten. Seit der 28. Woche (Mitte Juli) rangierte in den wöchentlichen EMNID-Untersuchungen bei der Frage nach den wichtigsten Ereignissen (s. Grafik 1) Tschernobyl wieder hinter den Themen Arbeitslosigkeit und Umweltschutz; allerdings hatte der Reaktorunfall von Tschernobyl die öffentliche Meinung für Umweltschutz aufs neue sensibilisiert, wie das Ansteigen der Bedeutung der allgemeine Dimension Umweltschutz synchron mit dem Rückgang der Wichtigkeit des speziellen Ereignisses zeigt. Daß Umweltschutz zusätzlich an Bedeutung gewonnen hatte, wobei einer SPD-geführten Bundesregierung besonders viele Problemlösungskompetenzen zuerkannt wurden, wird auch durch die Ergebnisse der im September 1986 durchgeführten Politbarometer-Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen belegt (s. Tabellen 1 und 2 in Abschnitt III. 2).

Im Verlauf des Sommers baute sich das bundespolitische Stimmungstief der Union ab, die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik ganz allgemein und die der Bürger wurde zunehmend besser gesehen, die Zukunftserwartungen positiver beurteilt. Im September und Oktober glaubten jeweils rund 65% der Befragten, es gehe mit der Wirtschaft in der Bundesrepublik wieder aufwärts, wobei rund die Hälfte *aller* Interviewten — darunter war auch jeweils ein gutes Viertel der Anhänger von SPD und GRÜNEN — diesen Aufschwung der Bonner Regierung zugute hielten. Dieses Klima beeinflusste ebenfalls die Erwartungen, wer die kommende Bundestagswahl gewinnen wird: 60% aller Befragten waren im September der Ansicht, die CDU und FDP würden die Wahl gewinnen, 33% nannten dagegen SPD und DIE GRÜNEN. Die entsprechenden Zahlen für

Oktober sind 70% und 26%. Die Sympathien für die Unionsparteien und besonders für die FDP blieben allerdings hinter diesen positiven Signalen zurück.

Dennoch mußte die CSU im Hinblick auf die Landtagswahl am 12. Oktober eine Belastung durch die Bundespolitik nicht mehr befürchten. Offen war allerdings, ob und wenn ja, wie sich die Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und die immer noch nicht abgeklungene Unzufriedenheit der Bauern auswirken würden. Gerade im Hinblick auf die Bauern durfte man auf das Abschneiden der FVP des ehemaligen CSU-Abgeordneten Handlos und der Republikaner Schönhubers gespannt sein. Fraglich waren von vornherein die Chancen der FDP. Ihr bei bisherigen Wahlen wichtigstes Argument der Notwendigkeit einer Koalitionsbildung entfiel in Bayern offensichtlich.

Nichtsdestoweniger überraschte das Wahlergebnis vom 12. Oktober 1986 (CSU: 55,8%, -2,5%; SPD: 27,5%, -4,4%; DIE GRÜNEN: 7,5%, +2,9%; FDP: 3,8%, +0,3%; Republikaner: 3%) in mancherlei Hinsicht. Dies gilt vor allem für die hohen Verluste der SPD, die überwiegend den GRÜNEN zugute kamen. Die größten Einbußen hat die SPD in den Dienstleistungszentren, in den Wohnvierteln der Angestellten und Beamten hinnehmen müssen (-7,6%). Zwar haben genau hier die GRÜNEN auch besonders viele Stimmen dazugewinnen können (+4,7%), doch übersteigen die Verluste der SPD die Zugewinne der GRÜNEN bei weitem. Offensichtlich hat die SPD auch an die CSU verloren, womit diese Verluste an die Republikaner ausgleichen konnte.

In den verschiedenen Bereichen des aktuellen politischen Geschehens in Bayern war die CSU eindeutig im Vorteil. Franz Josef Strauß war als Ministerpräsident nicht nur für die Anhänger der CSU, sondern auch für viele Anhänger der anderen Parteien attraktiv. Bei der Lösung der wichtigsten Probleme des Landes sahen viele Wähler keine Alternative zur CSU. Das galt auch für Umweltschutzfragen, bei denen einer SPD-geführten Bundesregierung bundesweit mehr Kompetenzen zugebilligt werden als der jetzigen Bundesregierung. Zudem schätzte eine deutliche Mehrheit der Wähler die wirtschaftliche Situation in Bayern besser ein als im Bundesgebiet insgesamt.

Dennoch hat die CSU Stimmen verloren, und zwar überwiegend in ländlichen Wohngebieten mit hohen Anteilen landwirtschaftlicher katholischer Bevölkerung. Genau hier kam es zu besonders großen Erfolgen der Republikaner.

Der landesweite Erfolg der Republikaner von 3% war sicher eine der weiteren Überraschungen die-

ser Wahl und erklärt sich überwiegend aus den Proteststimmen der bäuerlichen Bevölkerung gegen die CSU. Obwohl beide großen Parteien auf ihren Flügeln verloren haben — die SPD links und die CSU rechts —, sind die Verluste der CSU weniger gravierend. Bei einer politisch wichtigeren Wahl als der Landtagswahl, wo die Annahme einer grundsätzlichen Gefährdung der Mehrheit der CSU realistisch ist, wird die CSU ihre Wähler auf dem rechten Flügel auch wieder besser erreichen können.

Die Verluste der SPD bei der bayerischen Landtagswahl führten zu einer Klimaverschlechterung für die Sozialdemokraten. Der Anspruch von Johannes Rau auf eine eigene Mehrheit hatte durch den Wahlausgang auch für die eigenen Anhänger an Glaubwürdigkeit verloren. Im Oktober vergrößerte sich der Vorsprung der CDU/CSU in der Parteipräferenz vor der SPD, gleichzeitig nahm die Meinung zu, daß die Unionsparteien und die FDP die Bundestagswahl gewinnen werden.

Trotz der für die CDU/CSU günstigen Stimmung kam der Wahlausgang in Hamburg am 9. November 1986 überraschend (SPD: 41,7%, -9,6%; CDU: 41,9%, +3,3%; DIE GRÜNEN/GAL: 10,4%, +3,6%; FDP: 4,8%, +2,2%). Verluste der SPD waren zu erwarten gewesen, doch wohl kaum jemand hatte damit gerechnet, daß die CDU sogar noch mehr Stimmen erhalten würde als die Sozialdemokraten. Die Umfrage vor der Wahl hatte allerdings gezeigt, daß die Hamburger SPD außer ihrem Ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi über nur wenig Attraktivität verfügte.

Die für eine Landtagswahl ungewöhnlich hohen Verluste der SPD fielen in den vom Stadtzentrum nicht zu weitab liegenden Arbeiterwohngebieten noch etwas höher aus (-11%) als insgesamt im Stadtstaat. In diesen Wohngebieten gewannen DIE GRÜNEN/GAL (+4,4%) und vor allem die CDU (+4,6%) besonders viele Stimmenanteile. Diese Ergebnisveränderungen sind jedoch noch

kein Beleg dafür, daß DIE GRÜNEN ihre Position unter den Arbeitern verbessern konnten. Naheliegender ist vielmehr, daß DIE GRÜNEN in diesen Wohngebieten von ihrer typischen Klientel profitierten, jungen, formal hochgebildeten Wählern, die den billigen Wohnraum der Arbeiterwohngebiete nutzen. Der starke Rückgang der Wahlbeteiligung von 84% auf 77,8% erschwert die Analyse der Austauschbeziehungen; die Schwerpunkte der Verluste der SPD und der Gewinne der CDU sprechen jedoch dafür, daß die Sozialdemokraten ähnlich wie in Bayern auch in Hamburg direkt Stimmen an die CDU abgegeben haben.

Die FDP ist in Hamburg ohne Koalitionsaussage angetreten und hat zum vierten Mal in Folge den Einzug in die Bürgerschaft nicht geschafft. Die in diesem Aufsatz mehrfach angesprochene Abhängigkeit der FDP von der Mitwirkung an einer Koalition spricht allerdings dafür, daß es der FDP mit einer Koalitionsaussage gelungen wäre, die wenigen für ein Überwinden der 5%-Hürde noch fehlenden Stimmen zu gewinnen.

Diese wahlsoziologischen Befunde bestätigen noch einmal das schon länger diagnostizierte Dilemma der SPD, die faktisch aus zwei Parteien, der traditionellen Arbeiterpartei und dem urbanen, konfessionell nicht gebundenen neuen Mittelstand, mit sehr unterschiedlichen Politikpräferenzen, besteht³²). Da die SPD mit dem Umweltschutz in einem zentralen Bereich der politischen Auseinandersetzung Probleme thematisiert, die mit eindeutigen Vertrauensvorschuß auch von den GRÜNEN aufgegriffen werden, ohne daß die SPD aber andere Antworten als die GRÜNEN zu finden vermag, fällt es ihr zunehmend schwer, beide Flügel ihrer Wählerschaft zu integrieren. Wenn sie dann politisch keine überzeugende Alternative zu den GRÜNEN und wie in Bayern und Hamburg zur CSU und CDU bildet, ist die Abwanderung eines Teils ihrer Wähler vor allem zu den GRÜNEN und vermutlich auch zu den Unionsparteien quasi vorprogrammiert.

V. Schlußbemerkung

Die vergleichsweise geringere Wichtigkeit von Landtagswahlen gegenüber Bundestagswahlen erweitert den Verhaltensspielraum der Wähler bei Landtagswahlen, so daß Landtagswahlergebnisse nicht einfach auf Bundestagswahlergebnisse umgerechnet werden können. Wohl aber sind Rück-

schlüsse erlaubt. Das Wahlergebnis vom 15. Juni in Niedersachsen hatte ähnlich wie die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1985 die in den Meinungsumfragen festgestellte ungünstige Stimmungslage für die Bonner Koalitionsparteien bestätigt. Die in diesem Beitrag aufgezeigten politischen Probleme und ihre Wahrnehmung durch bestimmte Gruppen der Bevölkerung lassen er-

³²) Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Anm. 12).

kennen, auf welcher strukturellen Grundlage das Meinungsklima zu jener Zeit beruhte. Aus damaliger Sicht war der Wahlausgang vom 25. Januar 1987 deswegen offener, als man dies nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl vom 6. März 1983 für möglich gehalten hätte.

Der Ausgang der Landtagswahlen in Bayern und Hamburg hat über die landespolitischen Belange hinaus noch einmal die Optionen der Wähler und ihre möglichen Reaktionen verdeutlicht. Die Gewinne und Verluste der GRÜNEN und der SPD einerseits sowie das Scheitern der FDP andererseits bestätigen dabei die Gültigkeit der in diesem Beitrag formulierten Lagerthese und die damit in Zusammenhang stehenden koalitionspolitischen Überlegungen. Wenn die SPD keine überzeugende politische Alternative zu anderen Parteien des linken Lagers darstellt, steigen die Chancen,

daß sich dort die Gewichte zugunsten der GRÜNEN verschieben.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl wird man den Erwartungen des SPD-Kanzlerkandidaten Rau von einer eigenen Mehrheit (als absoluter Mehrheit der Mandate) keine Realisierungschance zubilligen können. Im anderen Lager dokumentieren die Landtagswahlergebnisse erneut die zur Zeit bestehende Abhängigkeit der FDP von ihrer Mitwirkung in Koalitionsregierungen. Das Scheitern der Liberalen in Bayern und Hamburg kann deshalb auch nicht als Belastung für die Bundestagswahl gedeutet werden, die unter ganz anderen koalitionspolitischen Vorzeichen steht. Im Hinblick auf den Wahlausgang im Januar spricht aus heutiger Sicht somit viel für ein Ergebnis, das den politischen Status quo fort-schreibt.

Grunddaten zum politischen Verhalten älterer Menschen

Im Rahmen der empirischen Sozialforschung ist es gang und gäbe, sich mit den Formen und Beweggründen des politischen Protestes der Jugend auseinanderzusetzen¹⁾, sich mit dem ‚angepaßten‘ politischen Verhalten und der politischen Kultur von Heranwachsenden zu beschäftigen²⁾ oder auf Probleme der politischen Sozialisation von Jugendlichen einzugehen³⁾. Für die Kontrastgruppe zu den Jugendlichen, d. h. die älteren Menschen, gibt es indessen noch keine vergleichbare Untersuchung⁴⁾. Auch in der Wahlforschung wird das politische Verhalten der älteren Mitbürger nicht gruppenspezifisch bzw. eigenständig behandelt. Wenn von Unterschieden zwischen Altersgruppen die Rede ist, dann werden diese beispielsweise unter dem Aspekt von unterschiedlichen Werthaltungen⁵⁾ oder unterschiedlichen (historischen) Erfahrungen der verschiedenen Generationen⁶⁾ behandelt.

Daß das politische Verhalten der älteren Generation nicht in gleicher Weise Gegenstand wissenschaftlichen Interesses gewesen ist wie das der Jugendlichen mag daran liegen, daß diese Gruppe nie politischen Protest gezeigt und nur wenig Aufhebens um ihre Situation gemacht hat⁷⁾. Heute stellt sich jedoch die Frage, ob sich die älteren Menschen als Gruppe weiterhin so verhalten werden, denn weitgreifende Änderungen stehen an.

Zur Zeit stellen die älteren Menschen einen gewichtigen politischen Block dar. Von der Gesamtbevölkerung waren Ende 1985 21,4% 60 Jahre oder älter. Nach Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes⁸⁾ wird bis zum Jahr 2000 dieser Anteil auf 25,7% anwachsen. Ursache für die Veränderungen im Bevölkerungsaufbau ist die niedrige Geburtenrate und die steigende Lebenserwartung. Dies wird Veränderungen und Probleme mit sich bringen.

Zunächst einmal wird der Anteil der älteren Menschen an der wahlberechtigten Bevölkerung zunehmen; die Bedeutung dieser Gruppe als Wählerpotential wird also steigen. Aufgrund der bisherigen niedrigen Geburtenrate sinkt der Anteil des jüngeren Bevölkerungsteils. Das heißt, die Zahl der Beitragszahler in die Rentenversicherung, die im Rahmen des ‚Generationenvertrages‘ als Berufstätige jetzt die Alterseinkommen der heutigen Rentner in dem Wissen sichern, daß ihre eigene künftige Rente ebenso von der dann berufstätigen Generation aufgebracht wird, nimmt ab. Gleichzeitig werden Anzahl und Anteil der alten Menschen steigen, weil die Lebenserwartung weiterhin zunimmt. Dies hat eine Steigerung der Zahl der Rentenbezieher zur Folge⁹⁾;

1) Siehe M. Wissmann/R. Hauck (Hrsg.), *Jugendprotest im demokratischen Staat*, Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Stuttgart 1983; *Infratest Wirtschaftsforschung, Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland*. Beiträge zur sozioempirischen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart 1980.

2) Siehe die Zusammenstellung der Jugendstudien der letzten fünf Jahre bei H.-J. Veen, *Lebensperspektiven, Arbeitsorientierungen und politische Kultur Jugendlicher in der Mitte der 80er Jahre*, in: R. v. Voss/K. Friederich (Hrsg.), *Die Jungwähler*. Was sie denken und wie sie entscheiden, Stuttgart 1986, S. 35—72.

3) K. J. Does, *Die Instabilität politischer Einstellungen Jugendlicher: Ein Problem politischer Sozialisation und Sozialisationsforschung*. Eine empirische Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes der Konrad-Adenauer-Stiftung, hektographiertes Manuskript, St. Augustin 1978.

4) Siehe die Auswahlbibliographie zum Bereich ‚Organisation‘, Partizipation und politisches Verhalten älterer Menschen, in: K. Thewkow, *Basisliteratur zur Gerontologie und Altenarbeit — Eine Literaturdokumentation mit Inhaltsangaben und Auswahlbibliographie*, Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit, 39, Berlin 1981, S. 100—109.

5) K. Hildebrandt/R. J. Dalton, *Die neue Politik*, in: M. Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute*. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, in: PVS, (1977) 2/3, S. 230—256.

6) Vgl. P. Gluchowski, *Wahlerfahrung und Parteiidentifikation zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik*, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System*. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 42, Opladen 1983, S. 442—447.

7) Die einzige Untersuchung, die sich ausführlich mit dem politischen Verhalten älterer Menschen auseinandersetzt, stammt nicht aus dem Bereich der Wahlforschung, sondern wurde von einem Institut durchgeführt, das sich überwiegend mit sozialpolitischen Fragestellungen beschäftigt. Diese Studie fragt nach der politischen Partizipation der älteren Generation sowie nach Möglichkeiten der Verbesserung, siehe: W. Plum/E. Schleussner, *Das politische Verhalten älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland*, Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e. V., Köln 1981.

8) Siehe Statistisches Jahrbuch 1986, S. 67.

9) Vgl. M. Miegel, *Einheitliche Grundsicherung — Die gesetzliche Altersversorgung der Zukunft: Einführungs-*

die Relation von Einzahlern und Zahlungsempfängern wird sich verschlechtern. Die Rentenversicherung steht vor großen Problemen. Werden diese nicht hinreichend gelöst, ist der soziale Friede zwischen den Generationen für die Zukunft in Frage gestellt. Bereits heute gibt es Stimmen, die das Ende des politischen Friedens innerhalb der älteren Generation vorhersehen: „Es könnte sein, daß das Altenproblem für unsere Zukunft viel wichtiger sein wird, als es die Jugendrevolte je war.“¹⁰⁾

referat auf dem gemeinsamen Symposium des Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik e. V., Bonn, und der Wochenzeitung DIE ZEIT, Hamburg, am 30. Oktober 1985 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg, vervielf. Manuskript, S. 7.

¹⁰⁾ So L. Rosenmayr, zitiert nach dem Kölner Stadtanzeiger vom 28. 10. 1985: Revolution der Alten kann die Welt verändern. Rentenprobleme bedrohen Zusammenleben der Generationen.

So entscheidend mögliche Veränderungen gesellschaftlicher und politischer Normen und Werte auch sein können, über das politische Verhalten und die grundlegenden Einstellungen älterer Menschen in der Bundesrepublik ist noch wenig bekannt. Im folgenden sollen daher — basierend auf empirischen Daten — einige wichtige Aspekte behandelt werden und eine Bestandsaufnahme erfolgen. Die Daten stammen aus zwei Studien des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, die 1983 und 1986 durchgeführt wurden. Bei der ersten Studie handelt es sich um eine repräsentative Erhebung unter ca. 2 000 älteren Menschen im Alter ab 60 Jahre, bei der zweiten um eine repräsentative Erhebung unter der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung, im Rahmen derer im Frühjahr 1986 mehr als 5 000 Interviews durchgeführt wurden. Durch diese große Fallzahl ist eine ausreichende Anzahl in der Altersgruppe über 60 Jahre gewährleistet

Tabelle 1:

Sozialökonomische Variablen im Altersvergleich

	Generationenvergleich			Altersgruppen älterer Menschen				
	18—29	30—59	60 und älter	60—64	65—69	70—74	75—79	80 und älter
<i>Schulbildung</i>								
Volksschule	36	62	76	75	76	77	79	78
mittlere Reife	32	22	15	16	16	16	12	15
Abitur	32	16	9	10	9	8	9	7
<i>Beruf</i>								
nie (noch nicht) erwerbstätig gewesen	28	5	18	15	16	23	21	27
ungelernte Arbeiter	6	11	15	14	18	12	21	15
Facharbeiter	17	21	17	19	18	15	15	13
Angestellte	22	25	16	19	15	16	13	11
höhere Angestellte	3	8	6	7	5	7	4	5
Beamte	11	21	16	15	18	19	15	12
Landwirte	1	1	2	2	2	3	0	3
Freiberufler	0	1	1	1	1	2	3	2
Selbständige	1	7	7	7	7	4	7	9
mithelfende Familienangehörige	0	1	1	2	1	1	1	2
in Ausbildung	10	0	0					
<i>Schicht</i>								
Arbeiterschicht	26	31	39	43	37	35	42	38
Mittelschicht	71	66	58	54	61	63	55	56
Oberschicht	3	4	3	4	2	3	3	6

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

(ca. 1 300). Die Tabellendarstellung erfolgt mit zwei Altersvergleichen: Ein Generationsvergleich und ein Vergleich innerhalb der älteren Generation. Zum einen wird der älteren Generation — 60 Jahre und älter — die jüngere — 18 bis 29

Jahre — und die mittlere Generation — 30 bis 59 Jahre — gegenübergestellt. Zum anderen erfolgt innerhalb der älteren Generation eine weitere Altersunterscheidung. Damit soll eine differenzierte Darstellung angestrebt werden.

I. Der soziokulturelle Hintergrund

Wenn man von der älteren Bevölkerung in der Bundesrepublik spricht, sind damit mehrheitlich Frauen gemeint. Während nämlich bis zu einem Alter von ungefähr 55 Jahren der Bevölkerungsaufbau noch einen leichten „Männerüberschuß“¹¹⁾ aufweist, sind schon in der Altersklasse von 60 bis 65 Jahren — statistisch gesehen — von zehn Menschen sechs Frauen und vier Männer. Je höher die Altersklasse, desto höher ist auch der Anteil der Frauen. Unter den 65- bis 69jährigen beträgt der Frauenanteil 62%, unter den 70- bis 74jährigen 64%, unter den 75- bis 79jährigen 66% und unter den 80jährigen und älteren 71%¹²⁾.

Neben diesen demographischen, geschlechtsspezifischen Besonderheiten unterscheidet sich die ältere Generation von der übrigen Bevölkerung im Hinblick auf den formalen Bildungsabschluß. Das wird vor allem im Verhältnis zur jüngeren Generation deutlich. Unter den befragten 18- bis 29jährigen haben etwa je ein Drittel ihre Schulbildung mit dem Hauptschulabschluß, mit der mittleren Reife oder mit dem Abitur abgeschlossen. Dagegen überwiegt in der älteren Generation eindeutig der Volksschulabschluß (etwa mit dem heutigen Hauptschulabschluß vergleichbar). Von den befragten älteren Menschen haben 76% die Volksschule, aber nur ein Viertel eine weiterführende Schule besucht (vgl. Tabelle 1). Zwischen den einzelnen Altersgruppen innerhalb der älteren Bevölkerungsgruppe variieren die Anteile nur geringfügig. Erst beim Vergleich zwischen den Generationen wird somit der riesige soziale Wandel deutlich, der sich in diesem Jahrhundert in der schulischen Bildung vollzogen hat.

Bei den Angaben zum Beruf fällt der hohe Anteil jener unter der jüngeren und unter der älteren Generation auf, die noch nicht oder nie erwerbstätig gewesen sind. In der jüngsten Altersklasse (18 bis 29 Jahre) beträgt dieser Anteil 28% und ist

z. T. bedingt durch diejenigen, die ihre schulische oder universitäre Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben. Unter den Bürgern ab sechzig Jahren beträgt der Anteil 18% und ist fast ausschließlich auf jene Frauen zurückzuführen, die in ihrem Leben nie erwerbstätig waren. Entsprechend dem weit höherem Alter steigt auch der Anteil derer, die nie erwerbstätig gewesen sind. Unter den befragten 60- bis 64jährigen Menschen waren 15% nie erwerbstätig, in der Altersklasse 80 Jahre und älter 27%.

Beim Generationenvergleich zeigt sich darüber hinaus noch, daß es unter den älteren Menschen mehr ungelernete Arbeiter gibt, während in der mittleren Altersgruppe (30 bis 59 Jahre) die Anteile der Facharbeiter, der Angestellten und der Beamten höher liegen. Dies hat auch Auswirkungen auf die Schichteinstufung. Aus der vorliegenden Untersuchung ergibt sich, daß die ältere Generation entsprechend ihrem Bildungsabschluß und dem Berufsstatus eher geneigt ist als andere Bevölkerungsteile, sich der Arbeiterschicht zuzurechnen; 38% fühlen sich zur Arbeiterschicht gehörig und nur 58% zur Mittelschicht. Demgegenüber zählen sich in der jüngsten Altersklasse nur 26% zur Arbeiterschicht und 71% zur Mittelschicht.

Konfession, Kirchengangshäufigkeit und Kirchenverbundenheit auf der einen Seite und Gewerkschaftsmitgliedschaft bzw. -verbundenheit auf der anderen Seite sind Sozialstrukturmerkmale, die Indikatoren für politische Einstellungen, Verhaltensdispositionen und politisches Verhalten darstellen¹³⁾. Obwohl allgemein den ‚Milieus‘ keine mehr so bestimmende Rolle zugebilligt wird¹⁴⁾, lassen sich Wirkungen von Gewerkschaftsmitgliedschaft und Kirchenverbundenheit

¹¹⁾ Vgl. Statistisches Jahrbuch 1986, „Altersaufbau der Bevölkerung am 31. 12. 1984“, S. 63.

¹²⁾ Berechnet aus Tabelle 3.9 „Bevölkerung 1984 nach dem Alter“, Statistisches Jahrbuch 1986, S. 61.

¹³⁾ Siehe F. U. Pappi, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: PVS, (1977) 2/3, S. 195 ff.

¹⁴⁾ Siehe E. Scheuch, Politische und demographische Trends, in: H. Rühle/H.-J. Veen/W. F. Hahn (Hrsg.), Der Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz, Melle 1982, S. 150.

Tabelle 2:

Religionszugehörigkeit, Kirchengangshäufigkeit und Kirchenverbundenheit im Altersvergleich (in %)

	Generationenvergleich			Altersvergleich alter Menschen				
	18—29	30—59	60 und älter	60—64	65—69	70—74	75—79	80 und älter
<i>Religionszugehörigkeit</i>								
evangelisch	47	46	51	52	48	56	49	51
katholisch	45	44	42	39	46	40	47	43
andere	1	2	2	2	1	1	2	0
keine	6	8	5	7	4	3	2	5
<i>Kirchengangshäufigkeit</i>								
mehrmals, einmal in der Woche	11	19	33	28	32	34	39	40
einmal im Monat	10	14	18	16	17	23	22	17
mehrmals im Jahr	23	28	23	25	27	22	16	19
seltener	38	29	19	24	19	13	16	13
nie	18	10	8	8	6	9	8	12
<i>Kirchenverbundenheit</i>								
stark	9	19	37	31	34	39	46	49
etwas	45	51	46	47	50	46	43	35
überhaupt nicht	46	29	17	22	16	15	11	16

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

nachweisen¹⁵). Hier ist zunächst einmal festzustellen, daß mit zunehmendem Alter die Bedeutung von Kirche und Religion wächst, wohingegen die Gewerkschaftsorientierung abnimmt.

Bei der Religionszugehörigkeit gibt es keine eindeutigen Unterschiede zwischen den Generationen. Jedoch zeigt sich bei der Kirchengangshäufigkeit ein sehr unterschiedliches Verhalten. Von den Befragten der jüngeren Generation sucht mehr als die Hälfte so gut wie nie eine Kirche auf (vgl. Tabelle 2). Bei den befragten über 60jährigen Bundesbürgern sind dies nur 27%, während ein Drittel von ihnen sagt, man gehe mindestens einmal in der Woche zur Kirche. Mit steigendem Alter nimmt — so die Untersuchungsergebnisse — die Kirchengangshäufigkeit innerhalb der älteren Generation weiter zu. Unter den 60 bis 64 Jahre alten Menschen gehen 28% mindestens einmal in der Woche in die Kirche. Unter den 80jäh-

rigen und älteren Mitbürgern liegt dieser Anteil bei 40%. In der ältesten Bevölkerungsgruppe findet man jedoch auch einen geringfügig höheren Anteil derer, die nie in die Kirche gehen. Dies scheint weniger ein Anzeichen für eine geringere ‚Kirchlichkeit‘¹⁶), sondern eher die Folge einer eingeschränkten — gesundheitsbedingten — Mobilität zu sein. Dafür spricht auch, daß bei der Kirchenverbundenheit ein stetiger Anstieg mit zunehmender Altersklasse festzustellen ist. Von den befragten 18- bis 29jährigen äußerte nur jeder zehnte eine starke Kirchenverbundenheit. Unter den 80jährigen und älteren beträgt der entsprechende Anteil dagegen etwa die Hälfte.

Darüber hinaus geht aus dem erhobenen Datenmaterial hervor, daß mit steigendem Alter die Arbeitnehmerorganisationen unter den älteren Menschen an Bedeutung verlieren. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft ist — aus verständlichen Gründen — bei den 30- bis 59jährigen am stärksten verbreitet. In dieser Altersgruppe sind, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, 22% Mitglied in

¹⁵) Siehe D. Noetzel, Der Wandel des Wahlverhaltens der Frauen, in: Die Frau in unserer Zeit, (1986) 3, S. 21 ff. Die Wirkungen, die immer noch gelten, sind: 1. Je stärker die Kirchenbindung, desto häufiger wird die Union präferiert (S. 21), 2. im industriell-gewerkschaftlichen Milieu wird die SPD bevorzugt (S. 22).

¹⁶) K. F. Becker, Je älter — desto frommer?, in: Evangelische Impulse, (1979) 3, S. 18.

einer Gewerkschaft (vgl. Tabelle 3). In 13% der Fälle ist ein anderer aus dem Haushalt Gewerkschaftsmitglied. 65% der Haushalte sind dagegen ohne jegliche formale gewerkschaftliche Bindung. Unter der älteren Bevölkerung ist nur noch jeder zehnte Mitglied in einer Gewerkschaft, doch bleibt innerhalb der älteren Generation der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder ziemlich konstant. Er schwankt zwischen 6% und 11%.

Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Distanz zur Gewerkschaft in der Gesamtbevölkerung mit zunehmendem Alter größer wird. Die Hälfte der befragten 18- bis 29jährigen antwor-

tete auf die Frage nach der Stärke ihrer Gewerkschaftsverbundenheit mit ‚kaum‘. Bei den über 60jährigen beträgt der vergleichbare Anteil insgesamt 65%. Dabei ist jedoch der Prozentsatz unter den jüngeren Alten niedriger (62%) als unter den ältesten (70%).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich der soziodemographische Hintergrund der älteren Bevölkerung durch einen hohen Frauenanteil, niedrigere formale schulische Qualifikation, höheren Arbeiterschichtanteil, geringere Gewerkschaftsorientierung und stärkere Kirchenverbundenheit auszeichnet.

II. Der pflichtbewußte Bürger

Legt man Quoten für die Wahlbeteiligung der einzelnen Altersgruppen zugrunde, dann zählt die ältere Bevölkerung seit Jahrzehnten zu den Gruppen mit einer der höchsten Wahlbeteiligungen. Von 1957 an weist beispielsweise die Altersgruppe von 60 bis unter 70 Jahre laut amtlicher Wahlstatistik stets überproportionale Wahlbeteiligungsquoten auf. Bei der Bundestagswahl 1983 lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung insgesamt bei 88,4%. Für die Altersgruppe der 60- bis unter 70jährigen Wähler wurde dagegen eine Quote von 92,3% ausgewiesen¹⁷⁾. Damit liegt

diese Rate fast elf Prozentpunkte über der der Jungwähler im Alter zwischen 21 und 25 Jahren. In der Altersgruppe der 70jährigen und älteren Personen sinkt die Wahlbeteiligung dann jedoch deutlich auf 84,9%. Hier muß aber berücksichtigt werden, daß unter den ältesten Mitbürgern die Briefwahl am häufigsten genutzt wird¹⁸⁾. Betrachtet man die Anteile der Wahlberechtigten mit Wahlschein nach Altersgruppen, so liegt, wie schon 1980, der höchste Anteil in der Alters-

¹⁷⁾ Statistisches Bundesamt, Repräsentative Bundeswahlstatistiken, Fachserie 1, Heft 4, 1983, S. 20.

¹⁸⁾ Die Wahlbeteiligungsraten in den repräsentativen Bundeswahlstatistiken werden ohne Personen mit Wahlschein ausgewiesen. Das bedeutet, daß darin keine Briefwähler enthalten sind.

Tabelle 3:

Gewerkschaftsmitgliedschaft und Gewerkschaftsverbundenheit im Altersvergleich (in %)

	Generationenvergleich			Altersvergleich alter Menschen				
	18—29	30—59	60 und älter	60—64	65—69	70—74	75—79	80 und älter
<i>Gewerkschaftsmitgliedschaft der Haushaltmitglieder</i>								
selbst	9	17	9	9	9	9	9	6
selbst und jemand anderes	5	5	1	2	1	0	0	0
nur jemand anderes	17	13	7	10	10	3	1	5
niemand	69	65	83	78	81	89	90	89
<i>Gewerkschaftsverbundenheit</i>								
stark	8	9	6	6	5	6	7	9
etwas	41	39	29	32	27	27	32	22
kaum	51	53	65	62	68	67	61	70

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

Tabelle 4:

Politisches Interesse im Altersvergleich (in %)

	Generationenvergleich			Altersvergleich alter Menschen				
	18—29	30—59	60 und älter	60—64	65—69	70—74	75—79	80 und älter
sehr stark	7	8	9	10	7	11	9	8
stark	22	23	19	19	19	20	19	14
etwas	44	46	38	40	42	34	32	31
kaum	20	15	20	20	18	21	25	25
überhaupt nicht	8	8	14	11	14	15	16	22

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

gruppe der 70jährigen und älteren Personen. Für diese Gruppe von Wahlberechtigten, in der Männer zu 14,1% (1980: 16,3%) und Frauen sogar zu 18,2% (1980: 20,4%) einen Wahlschein erhielten, wird man in der Hauptsache Gebrechlichkeiten und Krankheiten als Antragsgründe für die Briefwahl vermuten können. Damit dürfte insgesamt die tatsächliche Wahlbeteiligung der ältesten Mitbürger ähnlich hoch sein wie in der Altersgruppe der 60 bis unter 70 Jahre alten Menschen. Die niedrigsten Anteile der Wahlberechtigten mit Wahlschein — d. h. der Briefwähler — liegen 1983 — wie auch 1980 — bei den unter 21jährigen und in den Altersgruppen von 30 bis unter 60 Jahren¹⁹⁾.

Daß Politik für die älteren Menschen keine untergeordnete Rolle spielt, läßt sich auch am politischen Interesse, d. h. der Bereitschaft, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen, ablesen. Von den Befragten der älteren Generation äußern 28% ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik. Dieses politische Interesse ist damit nur wenig geringer als das der jüngeren und der mittleren Generation. In der Mittelkategorie des politischen Interesses („etwas“ interessiert) ist unter den älteren Menschen der Anteil deutlich geringer als in den beiden anderen Altersgruppen (vgl. Tabelle 4). Entsprechend höher ist deshalb der Anteil der politisch Desinteressierten (34%). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß es große geschlechtsspezifische Unterschiede gibt. Von den befragten älteren Männern sind 41%²⁰⁾ politisch interessiert. Dies ist in fast allen Altersgruppen der älteren Männer zu beobachten; erst ab 80 Jahre zeigt sich ein deutlicher Rückgang des Interesses. Bei den befragten älteren Frauen ist das politische Interesse weit geringer ausgeprägt. Lediglich 20% sagen, sie seien politisch interes-

siert. Je älter die Frauen sind, desto distanzierter ist ihr Verhältnis zum politischen Geschehen. In den Altersklassen ab dem 75. Lebensjahr sind weit mehr als die Hälfte der älteren Frauen nicht an Politik interessiert.

Eine aktive Teilnahme am politischen Prozeß ist unter älteren Menschen nicht sonderlich stark ausgeprägt. Darin unterscheiden sie sich jedoch nicht erheblich von anderen Bevölkerungsgruppen. Von den befragten älteren Menschen geben 5% an, Mitglied in einer Partei zu sein. Ein Amt in der Partei hat kaum jemand von ihnen inne (1%). Unter der jüngeren Generation und in der mittleren Altersgruppe weichen die Zahlen nur unwesentlich ab (vgl. Tabelle 5). Bürgerinitiati-

Tabelle 5:

**Mitgliedschaften in Vereinen,
Bürgerinitiativen und Parteien**
(in %)

	bis 29	30—59	60 und älter
<i>Verein</i>			
Mitglied	37	30	22
Amt	7	9	5
<i>Bürgerinitiative</i>			
Mitglied	3	2	0
Amt	1	1	0
<i>Partei</i>			
Mitglied	3	5	4
Amt	2	2	1
<i>Berufsvereinigung</i>			
Mitglied	4	8	5
Amt	0	1	1

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

¹⁹⁾ Statistisches Bundesamt, Wahl zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983; Textliche Auswertung der Wahlergebnisse, Fachserie 1, Heft 5, 1984, S. 22.

²⁰⁾ Die folgenden Zahlen sind ohne Tabelle.

ven haben, so ein Ergebnis der Untersuchungen, für das Engagement der älteren Menschen keine Bedeutung. Zahlenmäßig höher liegen dagegen die Mitgliedschaften in Berufsvereinigungen und in Vereinen. Von den Befragten der älteren Generation sind insgesamt 27% Mitglied in einem Verein, d. h. die gesellschaftliche Teilhabe alter Menschen findet in erster Linie im kirchlichen Rahmen, in geselligen Vereinen und in Sportvereinen statt²¹⁾.

Obwohl die aktive politische Teilhabe nur gering ausgeprägt ist, gibt es zur Beteiligung am politischen Leben unter den älteren Mitbürgern eine „latente“ Bereitschaft²²⁾. Angesprochen auf mögliche Interessenorganisationen für ältere Menschen innerhalb der bestehenden Parteien, wie beispielsweise auf die „Senioren-Union“, die gegenwärtig innerhalb der CDU eingerichtet wird, äußerten sich insgesamt mehr als zwei Drittel (68%) der 60jährigen und älteren Befragten positiv (vgl. Tabelle 6). Auf die Frage nach einer eventuellen Mitgliedschaft reagierte immer noch fast ein Drittel (30%) der gesamten älteren Befragten positiv. Zur aktiven Mitarbeit in einer Interessengruppe für alte Menschen in den Parteien ist immerhin noch jeder sechste bereit. Dies deutet auf eine starke prinzipielle Bereitschaft unter den älteren Menschen hin, sich in der Politik zu engagieren.

Offensichtlich sind hierbei jedoch nicht neuere Formen politischer Partizipation — wie beispiels-

Tabelle 6:

Einstellungen zu Interessengruppen für alte Menschen in den Parteien, Beitrittsbereitschaft und Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit bei alten Menschen (in %)

	Beitrittsbereitschaft			
	ja		nein	
	würde aktiv mitarbeiten		würde aktiv mitarbeiten	
	ja	nein	ja	nein
fänden gut	16	12	2	38
fänden nicht gut	1	0	0	30

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, „Altenstudie“, 1983, Archiv-Nr. 8210.

weise Bürgerinitiativen — oder eine Interessenvertretung in speziellen „Alten“-Organisationen — wie die Grauen Panther oder die Aktionsgemeinschaft deutscher Rentner- und Seniorenverbände — gefragt. Vielmehr sucht man einen Anschluß innerhalb von größeren, nicht allein auf Seniorenprobleme beschränkten Organisationen. Diese Aktivitätsbereitschaft sollte von den Parteien nicht unterschätzt werden, da Ruheständler über ein größeres frei verfügbares Zeitbudget verfügen als Personen aus anderen Bevölkerungsgruppen.

III. Systemakzeptanz

Wertet man die Reaktionen auf die Frage nach der Demokratiezufriedenheit als allgemeine Systemakzeptanz, dann ist die ältere Generation derjenige Teil der Bevölkerung, in dem das derzeit bestehende und praktizierte politische System den größten Rückhalt findet. Unter den Befragten der älteren Generation äußern 31% eine uneingeschränkte Zufriedenheit. In der Kontrast-

gruppe der Jüngeren ist zwar auch noch ein großes Zufriedenheitspotential vorhanden, es ist jedoch mit 23% deutlich geringer. Zufriedenheit mit Einschränkung kann man als den Normalfall bezeichnen, denn sie macht in allen Altersgruppen den weitaus größten Teil der Nennungen aus. Äußerungen der Unzufriedenheit treten bei der älteren Bevölkerung in geringerem Maße auf als in den beiden anderen Generationsgruppen. Innerhalb der Altersgruppen unterscheiden sich die älteren Menschen kaum in ihrem Antwortverhalten zur Demokratiezufriedenheit.

Zufriedenheit heißt nicht einfach, eine Sache zu akzeptieren wie sie ist. Zufriedenheit ist vielmehr das Produkt zweier Größen, nämlich der Wahrnehmung von Realität und der persönlichen Erwartung. Gerade im Hinblick auf die Erwartung an das demokratische Geschehen unterscheidet

²¹⁾ Zur genaueren Struktur der Vereinsmitgliedschaften siehe H. Metzger/R. Stadie, Altsein — Zwischen Integration und Isolation. Empirische Ergebnisse zur Lebenssituation und Befindlichkeit alter Menschen (in Vorbereitung).

²²⁾ Die Einschränkung „latent“ erfolgt deshalb, weil die zugrundeliegenden Zahlen aufgrund von Verhaltensabsichten erhoben wurden. Absichtserklärung und tatsächliches Verhalten müssen nicht unbedingt identisch sein. Aber dennoch stellen die in Tabelle 6 dargestellten Zahlen einen anschaulichen Indikator für die Partizipationsbereitschaft älterer Menschen dar.

Tabelle 7:

Einstellungen zur Demokratie im Altersvergleich

(in %)

	Generationenvergleich			Altersgruppen älterer Menschen				
	18—29	30—59	60 und älter	60—64	65—69	70—74	75—79	80 und älter
<i>Demokratiezufriedenheit</i>								
sehr zufrieden	23	27	31	31	30	31	32	36
einigermaßen zufrieden	67	65	62	61	65	63	61	60
nicht zufrieden	11	8	7	8	6	6	7	5
<i>Einstellungen zur Demokratie</i>								
Auseinandersetzungen innerhalb einer Partei sind ein gutes Zeichen; das gehört zur Demokratie dazu	76	75	67	69	69	66	66	55
Leute wie ich haben keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut	60	65	73	69	72	76	79	77
Ich finde, daß es sich lohnt, sich für unseren Staat einzusetzen	73	82	81	80	84	82	79	81
Der Staat fordert immer mehr Gelder, ohne daß die Leistungen für den Bürger besser werden	67	61	63	63	62	64	58	66
Es genügt, wenn man regelmäßig zur Wahl geht; mehr braucht man eigentlich in einer Demokratie nicht zu tun	26	34	47	41	47	49	51	61
Ich bin gegen eine Diktatur; aber eine starke Hand müßte doch wieder Ordnung in unseren Staat bringen	33	46	68	64	70	69	68	69
Alles in allem kann man darauf vertrauen, daß der Staat das Richtige für die Bürger tut	47	60	70	66	73	69	73	69
Ich sehe keine ernsthafte Bedrohung für die Zukunft der Bundesrepublik; wir werden mit unseren Problemen schon fertig werden	57	65	70	68	72	69	70	77
Wenn die Bürger sich stärker politisch beteiligen, nehmen die Politiker auch mehr Rücksicht auf die Meinung der Bevölkerung	76	75	70	71	74	70	64	68

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

sich die befragte ältere Bevölkerung sowohl von den anderen Altersgruppen als auch untereinander.

Von den möglichen Formen des Partizipationsverhaltens beschränkt sich die Aktivität unter der älteren Generation zunächst einmal auf die Wahlteilnahme, denn verbreitet ist unter den älteren Menschen die Meinung, daß es ausreicht, wenn man nur zur Wahl geht. Das Statement „Es genügt, wenn man regelmäßig zur Wahl geht; mehr braucht man eigentlich in einer Demokratie nicht zu tun“ wird von 26% der Befragten in der Altersklasse von 18 bis 29 Jahren geteilt. Unter

denjenigen, die 60 Jahre und älter sind, vertreten dagegen 47% diese Auffassung. Mit zunehmendem Alter nimmt diese Einstellung zu; unter den 80 Jahre und älteren Befragten beträgt der Anteil 61%.

Auch ist unter den Älteren die Meinung häufiger verbreitet, daß der einzelne in der Politik sowieso nichts ausrichten kann. Der Aussage „Leute wie ich haben keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut“ wird von 73% der Befragten der älteren Generation zugestimmt. Und auch hier gilt, je älter die Menschen, desto größer die Zustimmungsrate. Unter den Jüngeren liegt der Anteil

derjenigen, die diese Meinung teilen, bei 60%. Aber obwohl man die persönlichen Einflußnahmen so gering erachtet und sich bei der politischen Teilhabe auf den Urnengang beschränkt, ist man dennoch mehrheitlich der Meinung, daß sich ein Einsatz für den Staat lohnt und daß man bei entsprechendem Engagement auf der politischen Bühne mehr erreichen könnte. Einsatz für den Staat wird von 81% der Befragten der älteren Bevölkerung als lohnend eingeschätzt, während dies von den Befragten der jüngeren Generation nur von 73% so gesehen wird. Daß eine stärkere politische Beteiligung die Politiker dazu veranlassen würde, stärker auf die Meinung der Bevölkerung zu achten, entspricht ebenfalls der Einstellung einer überwiegenden Mehrheit (70%) der befragten älteren Mitbürger. Vermutlich liegt hierin das Motiv für die beschriebene Partizipationsbereitschaft älterer Menschen. Im Alter scheint der Wunsch nach einer klaren und übersichtlichen politischen Welt zu bestehen.

Darüber hinaus ist die Konfliktbereitschaft gering ausgeprägt. Auseinandersetzungen innerhalb von Parteien finden hier weit geringere Zustimmung als bei Befragten aus anderen Altersgruppen. Dabei scheint der ausgeprägte Wunsch nach einer starken Hand (68%) in der Politik weniger ein Verlangen nach einer grundlegenden politischen Richtungsänderung auszudrücken als vielmehr von der Vorstellung nach einer schnelleren und effektiveren Problemlösung getragen zu sein. Denn insgesamt ist das Staatsvertrauen gerade unter den befragten älteren Mitbürgern groß. Das Statement „Alles in allem kann man darauf vertrauen, daß der Staat das Richtige für die Bürger tut“, wird von 70% der Befragten der älteren Generation geteilt, aber nur von 47% innerhalb der jüngsten Altersklasse. Auch haben ältere Menschen offensichtlich weniger Zukunftsangst als andere, denn: 70% der befragten Älteren sind der Meinung, daß man mit den zukünftigen Problemen schon fertig wird.

IV. Wahlverhalten und Parteipräferenzen

Die ältere Bevölkerung der Bundesrepublik hat seit Jahrzehnten mehrheitlich konservative Parteineigungen. Über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren hinweg haben sich bei Bundestagswahlen die Rangfolge der Parteien nicht und die Stimmenanteile nur geringfügig geändert (vgl. Tabelle 8). Seit der Bundestagswahl 1957 schwankt der Stimmenanteil für die Unionspar-

teien in der Bevölkerung ab 60 Jahren um die 50%-Marke. Das schlechteste Ergebnis wurde 1961 mit 49,1%, das beste in den Jahren 1957 und 1983 mit jeweils 52,6% erzielt.

Das Potential bzw. die Anhängerschaft unter den älteren Menschen für die SPD liegt bei ca. 40%. Zwar beliefen sich die Stimmenanteile für die SPD in den fünfziger Jahren nur auf ca. 28%, doch stieg mit dem Rückgang der Anteile verschiedener „anderer“ Parteien der Anteil für die SPD kontinuierlich an. Im Jahre 1953 konnten die „anderen“ Parteien noch 15,3% der Stimmen unter der älteren Bevölkerung erzielen. Knapp zwanzig Jahre später — im Jahre 1972 — votierte nur noch 1% nicht für eine der drei damals im Bundestag vertretenen Parteien. In demselben Jahr lag der Stimmenanteil für die SPD zum ersten Mal über der 40%-Marke.

Der Anteil für die FDP liegt in der älteren Bevölkerung bis auf wenige Ausnahmen zwischen 6% und 7%. Bei der Bundestagswahl 1983 gaben 5,9% von ihnen der FDP ihre Zweitstimme.

Die GRÜNEN finden bisher bei der älteren Bevölkerung politisch keine Resonanz. Zwar ist zwischen 1980 und 1983 ein geringer Anstieg der Wählerpräferenz für die GRÜNEN zu beobachten, aber mit 1,2% der Stimmen haben sie unter der Bevölkerung ab 60 Jahren nur einen minimalen Stimmenanteil.

Tabelle 8:

Stimmabgabe der älteren Bevölkerung bei den Bundestagswahlen 1953 bis 1983 (in %)

Wahljahr	Stimmenanteil der 60 Jahre alten und älteren Bevölkerung				
	CDU/CSU	SPD	FDP	DIE GRÜNEN	andere
1953	47,1	27,2	10,4		15,3
1957	52,6	28,3	7,4		11,7
1961	49,1	32,5	11,8		6,6
1965	50,7	36,3	9,4		3,6
1969	51,0	38,6	4,8		5,5
1972	50,6	42,2	6,1		1,0
1976	51,9	42,0	5,4		0,7
1980	49,8	42,1	7,4	0,4	0,4
1983	52,6	39,8	5,9	1,2	0,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Repräsentative Bundeswahlstatistiken, Fachserie 1, Heft 4, 1983, S. 27.

Betrachtet man nun den Einfluß der soziodemographischen Variablen auf die Parteipräferenz, dann zeigt sich innerhalb der älteren Generation kein weiterer Zusammenhang zwischen Alter und Parteipräferenz. In allen Altersklassen der über 60jährigen Bevölkerung liegen die Präferenzanteile nahezu gleich hoch. Auch gibt es keine unterschiedlichen Reaktionen zwischen älteren Männern und älteren Frauen (vgl. Tabelle 9). Bei der Schulbildung zeigt sich, je höher der formale Bildungsabschluß, desto höher ist der Unionsanteil. Auch der FDP-Anteil ist bei der älteren Generation mit mittlerer Reife und Abitur deutlich größer als bei einem Volksschulabschluß. Aber noch deutlicher wirkt sich der ehemalige Beruf aus. Ältere Personen, die nie erwerbstätig waren (57%) — also die Hausfrauen —, sowie die ehemaligen Angestellten (55%), Beamten (61%) und Selbständigen (71%) votieren mehrheitlich für die CDU/CSU, während unter den ehemaligen Arbeitern die SPD einen Anteil von 52% erreicht. Im katholischen Milieu (67%) oder bei stärkerer Kirchenverbundenheit (69%) wird eindeutig der Union der Vorzug gegeben, während Gewerkschaftsverbundenheit („stark“ 79%; „etwas“ 49%) zu einer mehrheitlichen SPD-Präferenz führt. Die FDP erzielt günstigere Werte in einem evangelischen Milieu (11%) oder bei großer Distanz zur Kirche (11%). Für die GRÜNEN sind ebenfalls bei großer Kirchendistanz — hier beträgt ihr Anteil 6% —, starker Gewerkschaftsbindung (5%) und bei höherem formalen Bildungsabschluß (4%) unter der älteren Generation vergleichsweise höhere Anteile festzustellen.

V. Werthaltungen älterer Menschen

Seit Anfang der siebziger Jahre kommt der Frage nach den Wertorientierungen in der empirischen Wahlforschung eine besondere Bedeutung zu²³⁾. Unter Bezugnahme auf das Werthierarchie-Modell von Abraham H. Maslow²⁴⁾ argumentierte

²³⁾ Siehe R. Inglehart, *The Silent Revolution in Europe*, in: *American Political Science Review*, (1971) Dezember, oder ders., *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*, 1977, und K. Hildebrandt/J. D. Dalton, *Die neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik*, in: M. Kaase (Hrsg.), *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*, in: *PVS*, (1977) 2/3, S. 230—256.

²⁴⁾ Vgl. A. H. Maslow, *Motivation und Persönlichkeit*, Olten 1978². Nach Maslow sind die Bedürfnisse der Menschen hierarchisch gegliedert. Erst mit der relativen Befriedigung von Bedürfnissen der unteren Stufe treten Bedürfnisse auf der nächsthöheren Stufe ver-

Tabelle 9:

Parteipräferenzen und soziodemographische Gruppen innerhalb der 60 Jahre alten und älteren Bevölkerung (in %)

	CDU/ CSU	SPD	FDP	DIE GRÜ- NEN
<i>Geschlecht</i>				
männlich	55	35	7	3
weiblich	54	36	8	1
<i>Alter</i>				
60—64 Jahre	50	38	8	4
65—69 Jahre	58	32	9	1
70—74 Jahre	55	38	7	1
75—79 Jahre	58	38	3	2
80 Jahre und älter	52	34	15	0
<i>Schulbildung</i>				
Volksschule	52	41	6	1
mittlere Reife	61	22	14	4
Abitur	64	19	14	4
<i>Beruf</i>				
nie erwerbstätig gewesen	57	34	8	2
Arbeiter	43	52	4	1
Angestellte	55	33	10	2
Beamte	61	28	9	2
Selbständige	71	18	9	3
<i>Religion</i>				
evangelisch	46	41	11	2
katholisch	67	28	3	2
<i>Kirchenverbundenheit</i>				
stark	69	27	5	1
etwas	49	40	10	2
überhaupt nicht	36	48	11	6
<i>Gewerkschaftsverbundenheit</i>				
stark	13	79	3	5
etwas	40	49	8	3
überhaupt nicht	65	26	8	1

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

man, daß nach der Befriedigung der elementaren Bedürfnisse allmählich sogenannte „materialistische“ Werte durch „postmaterialistische“ ersetzt werden. Beispiele für „materialistische“ Werte sind Fleiß, Disziplin, Pflichterfüllung, Leistungs-

stärkt hervor. Das heißt, erst nach einer gewissen Sättigung materieller Grundbedürfnisse kommen immaterielle bzw. postmaterielle Bedürfnisse zum Tragen.

bereitschaft, Anpassungsbereitschaft, Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Streben nach Karriere und Geld sowie Recht und Ordnung. Unter postmaterialistischen Werten versteht man gemeinhin Vorstellungen über Offenheit für neue Ideen, Streben nach individueller Selbstverwirklichung, nach Unabhängigkeit, Freizeitorientierung und nach Toleranz. Der Erfolg der GRÜNEN wird nicht zuletzt auf die stärkere Verbreitung von diesen nicht-materiellen Werten in allen Gruppen, insbesondere bei den jugendlichen Wählern, zurückgeführt²⁵⁾.

Wie sehen nun die Wertorientierungen der älteren Menschen aus? Um dies zu erfahren, wurden verschiedene Fragen aus einer Wertebatterie zu zwei entgegengesetzten Polen zusammengefaßt. Auf der einen Seite stehen Pflicht- und Akzeptanzwerte bzw. die „materiellen“ Werte. Auf dem Gegenpol stehen „Freiheits- und Entfaltungswerte“ oder „postmaterialistische“ Orientierungen, wie sie oben beschrieben wurden²⁶⁾.

Die Gesamtübersicht (vgl. Tabelle 10) zeigt, daß sich die überwiegende Mehrheit der Befragten nicht eindeutig in die vorgegebenen Pole einordnen läßt. Insgesamt 83 % besitzen keine eindeutigen „materiellen“ oder „postmateriellen“ Wertorientierungen, d. h., ihr Verhalten ist sowohl an Pflicht- und Akzeptanzwerten als auch an Selbstentfaltungswerten orientiert. Insgesamt haben nur 7 % eine „reine“ Pflicht- und Akzeptanzorientierung, und der Anteil derer, die eine „reine“ Selbstentfaltungorientierung haben, beträgt 10 %. Bei den Mischorientierungen betonen 46 %

stärker die „Pflicht- und Akzeptanzwerte“ und 38 % stärker die „Entfaltungswerte“.

Bei der Altersdifferenzierung der Befragten fallen die unterschiedlichen Werthaltungen der Generationen ins Auge. Bei den unter 30jährigen sind fast zwei Drittel „eher“ entfaltungsorientiert (46 %) bzw. zeigen eine „reine“ Entfaltungsorientierung (18 %), während bei den über 60jährigen mit 70 % die eher konservativen Werte dominieren. Von ihnen haben 12 % eine „reine“ Pflicht- und Akzeptanzorientierung und 59 % sind „eher“ pflicht- und akzeptanzorientiert.

Innerhalb der Befragten der älteren Bevölkerung zeigen sich keine eindeutigen Differenzierungen. Unter den älteren Männern ist die reine Pflicht- und Akzeptanzorientierung stärker ausgeprägt als unter den älteren Frauen. Auch gibt es unter den ältesten der alten Menschen häufiger eine „reine“ Pflicht- und Akzeptanzorientierung (16 %) als unter den 60- bis 64jährigen. Deutliche Unterschiede zeigen sich allerdings zwischen den Parteilagern. Unter älteren Menschen mit einer CDU/CSU-Präferenz und noch deutlicher bei denen mit einer FDP-Präferenz dominieren die Pflicht- und Akzeptanzorientierungen besonders stark. Unter den SPD-Anhängern stehen die Mischorientierungen stärker im Vordergrund, wobei auch hier die „eher“ konservativen Werte überwiegen. In der GRÜNEN-Anhängerschaft dagegen sind 30 % „eher“ entfaltungsorientiert und 41 % haben eine „reine“ Entfaltungsorientierung (vgl. Tabelle 11). Daran zeigt sich, daß die wenigen alten Menschen, die eine Präferenz für die GRÜNEN entwickelt haben, diese kaum aus irgendeiner kurzfristigen Protesthaltung heraus äußern. Vielmehr basiert ihre Haltung offensichtlich auf einer entsprechenden Grundeinstellung²⁷⁾.

²⁵⁾ Siehe H.-J. Veen, Wer wählt grün? Zum Profil der neuen Linken in der Wohlstandsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35—36/84, S. 10.
²⁶⁾ Die Aufbereitung der Daten und die Etikettierung geht auf K.-H. Dittrich, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, zurück, dem ich für die freundliche Überlassung der aufbereiteten Daten danke.

²⁷⁾ Vgl. in diesem Sinne H.-J. Veen (Anm. 25).

Tabelle 10:

Wertorientierung im Generationenvergleich
(in %)

	reine Pflicht- und Akzeptanzorientierung	Mischorientierungen		reine Entfaltungsorientierung
		eher pflicht- und akzeptanzorientiert	eher entfaltungsorientiert	
Insgesamt	7	46	38	10
<i>Altersgruppen</i>				
18—29 Jahre	3	33	46	18
30—59 Jahre	7	46	39	9
60 Jahre und älter	12	58	28	3

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

Tabelle 11:

Wertorientierung älterer Menschen
(in %)

	reine Pflicht- und Akzeptanzorientierung	Mischorientierungen		reine Entfaltungsorientierung
		eher pflicht- und akzeptanzorientiert	eher entfaltungsorientiert	
<i>Insgesamt</i>	12	58	38	3
Männer	15	54	30	2
Frauen	10	60	27	4
<i>Altersgruppen</i>				
60—64 Jahre	10	58	28	4
65—69 Jahre	12	57	28	3
70—74 Jahre	14	59	23	3
75—79 Jahre	8	59	33	1
80 Jahre und älter	16	55	25	4
<i>Parteipräferenz</i>				
CDU/CSU	14	62	23	1
SPD	8	54	34	4
FDP	23	57	19	1
GRÜNE	0	29	30	41

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

VI. Politische Sachthemen

Welche politischen Sachthemen sind aus der Sicht der älteren Bevölkerung vorrangig, welche Erwartungen stellt diese Gruppe an die Politiker? Nimmt man die Reaktionen auf die Frage nach der Wichtigkeit von politischen Aufgaben, dann zeigt sich, daß die älteren Menschen entsprechend ihrer grundsätzlichen Werthaltung deutlich sicherheitsorientierter sind als jüngere Bürger. Die Sicherung des Friedens, der Renten und der Arbeitsplätze, Sicherheit vor Verbrechen und die Preisstabilität stehen in der Rangfolge der Nennungshäufigkeiten obenan. Hier zeigt sich ein sehr entwickeltes Sicherheitsbedürfnis. Bei der jüngeren Generation spielen dagegen Renten, Preisstabilität und Schutz vor Verbrechen eine deutlich geringere Rolle. Dafür hat der Schutz der Umwelt eine weit größere Bedeutung (vgl. Tabelle 12).

Friedenssicherung und Arbeitsplatzsicherung haben über die Altersgruppen hinweg eine gleich hohe Nennungshäufigkeit. Von der Bevölkerung, die 60 Jahre und älter ist, nennen 87 % die Friedenssicherung als wichtigste politische Aufgabe. In der Generation der unter 30jährigen beträgt der Prozentsatz 88 %. In der jüngsten Altersgruppe nennen 81 % und in der höchsten 82 % die Sicherung der Arbeitsplätze als wichtigste politische Aufgabe.

Darüber hinaus zeigen sich jedoch bei anderen Fragen sehr große Einstellungsunterschiede zwi-

schen den Generationen. Während von den Jüngeren nur 58 % die Rentensicherung als eine sehr wichtige Aufgabe ansehen, betrachten 84 % der Älteren dies als sehr wichtig. Ein solches Ergebnis kann nicht verwundern, da eine gesicherte Rentenfinanzierung zugleich die Einkommensbasis für die Rentner darstellt, auf der erst eine Lebensplanung vorgenommen werden kann. Entsprechend heben die älteren Menschen im Gegensatz zu den anderen Altersklassen auch stabile wirtschaftliche Verhältnisse als sehr wichtig hervor. Sie bewirken nach ihrem Verständnis Berechenbarkeit.

Die ältere Bevölkerung sieht nach den Ergebnissen der zugrundeliegenden Befragung jedoch auch, daß ihr finanzielles Wohlergehen ebenso von anderen Faktoren abhängt. Nach dem erfahrungsbedingten Motto „Eine niedrige Inflationsrate ist die beste Sozialpolitik“ betonen deutlich mehr ältere Menschen, es sei sehr wichtig, die Preise stabil zu halten. Unter den befragten älteren Mitbürgern beträgt die Nennungshäufigkeit hier 68 %, unter den jüngeren nur 40 %. Darüber hinaus ist für die älteren Bürger der Schutz von Leib und Eigentum von besonderer Bedeutung. Die politische Aufgabe, den Bürger wirksamer vor Verbrechen zu schützen, halten 69 % der befragten 60 Jahre alten und älteren Menschen für sehr wichtig. Bei den unter 30jährigen sind es nur 47 %.

Tabelle 12:

Wichtigkeit politischer Aufgaben im Generationenvergleich

(in %)

politische Aufgaben	Wichtigkeit in den Altersgruppen		
	unter 30 Jahre	30 bis unter 60 Jahre	60 Jahre und älter
den Frieden sichern	88	88	87
die Renten sichern	58	73	84
die Arbeitsplätze sichern	81	84	82
die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	47	59	69
die Preise stabil halten	40	60	68
eine stabile Wirtschaftslage sichern	49	60	63
die Verschmutzung von Luft- und Wasser eindämmen	74	67	60
für den Umweltschutz sorgen	76	67	59
mehr für die Gesunderhaltung der Menschen tun	53	54	54
die Wirtschaft ankurbeln	36	43	47

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601

VII. Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem

Ausgangspunkt war die Frage, inwieweit sich unter der älteren Generation ein Protestpotential gebildet hat bzw. bilden könnte. Anhand der erhobenen Daten konnte festgestellt werden, daß man von relativ stabilen Parteibindungen ausgehen muß, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg gebildet und gefestigt haben. In bezug auf das Wahlverhalten bedeutet dies, daß bei der älteren Generation immer noch ein „Drei-Parteien-System“ dominiert, während die jüngere Generation inzwischen von einem „Vier-Parteien-System“ ausgeht.

Wie schätzt man nun unter der älteren Bevölkerung die Entwicklung einer vierten Partei ein? Während nach dieser Untersuchung in der jüngeren Generation 80 % die Tatsache begrüßen, daß die GRÜNEN im Bundestag vertreten sind, und in der mittleren Generation immer noch eine Mehrheit (60 %) diese Meinung teilt, spricht sich unter den Befragten der älteren Generation der überwiegende Teil gegen die GRÜNEN aus (vgl. Tabelle 13). Lediglich 42 % haben dazu eine positive Einstellung. Diese Meinung variiert indessen stark mit der jeweiligen politischen Grundeinstellung. Am positivsten beurteilen diese Entwicklung — wenn man einmal die GRÜNEN-Anhänger außer acht läßt — innerhalb der älteren Generation die Anhänger der SPD (59 %). Auch unter den älteren FDP-Anhängern ist die Zustimmung mit 48 % relativ hoch. Dagegen finden nur 25 % der älteren CDU/CSU-Anhänger es positiv,

Tabelle 13:

Einschätzung der GRÜNEN im Bundestag im Generationenvergleich

(%-Anteil derjenigen, die es gut finden, daß die GRÜNEN im Bundestag vertreten sind)

	18—29	30—59	60 und älter
Insgesamt	80	60	42
CDU/CSU-Anhänger	53	36	25
SPD-Anhänger	89	73	59
FDP-Anhänger	70	56	48
DIE GRÜNEN-Anhänger	99	96	96

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1986, Archiv-Nr. 8601.

daß die GRÜNEN im Bundestag vertreten sind. Offensichtlich ist das Erscheinungsbild der GRÜNEN und ihre Politik nicht mit den Grundeinstellungen der älteren CDU/CSU-Anhänger vereinbar, unter denen Pflicht- und Akzeptanzorientierungen besonders häufig anzutreffen sind. Entsprechend werden die GRÜNEN grundsätzlich abgelehnt. Unter SPD- und FDP-Anhängern zeigte sich häufiger eine Entfaltungsorientierung. Entsprechend weniger eindeutig ist dann auch die Ablehnung.

Zusammenfassend kann man aus dem erhobenen Datenmaterial folgern, daß die älteren Menschen zu den — politisch gesehen — pflichtbewußten Bürgern gehören, mit starker Milieuverankerung in der Wertgemeinschaft „Kirche“, und in der Ausrichtung auf Pflicht- und Akzeptanzwerte eine konservative Grundeinstellung zeigen. Sie haben außerdem ein großes Vertrauen in den Staat und zeigen Bereitschaft zu mehr Engagement. Obwohl bisher bei jedem Bundestagswahlkampf Rentner- oder Rentenprobleme eine Rolle gespielt haben und dies zu heftigem Streit zwischen den Parteien geführt hat, blieb das im Hinblick auf das Wahlverhalten der Älteren ohne ernsthafte Konsequenzen; ihre Parteibindungen sind weitgehend stabil. Ob das allerdings so bleibt, wenn diejenigen nachrücken, die nicht so stark in den traditionellen Milieus aufgewachsen sind und nur lockere Parteibindungen haben — darauf läßt sich jetzt noch keine schlüssige Antwort geben.

Die hier vorgestellten Daten lassen die Vermutung zu, daß die Lebenszyklusthese, die besagt, daß sich Einschätzungen und Werthaltungen mit Veränderungen der Lebenslage ändern²⁸⁾, auf absehbare Zeit ihre Geltung behalten wird. Im Alter, so der Eindruck, hat man einen Stand erreicht, den man nicht mehr aufs Spiel setzen möchte. Entsprechend korrespondieren die bewahrenden Grundeinstellungen mit den politischen Einstellungen. Geht man jedoch von der These aus, daß einmal erworbene Grundeinstellungen weitgehend erhalten bleiben, dann müßten sich in den nächsten Jahren deutliche Veränderungen unter der älteren Bevölkerung zeigen, wenn die heute jüngere Generation älter wird. Vermutlich werden sich aber auf dem Hintergrund des sozialen Wandels Veränderungen nur langsam ergeben.

²⁸⁾ H.-J. Veen (Anm. 2), S. 68.

Technikfreundlich? – Technikfeindlich?

Empirische Ergebnisse im nationalen und internationalen Vergleich

I. Gängige Argumente zur Notwendigkeit einer „Technikfreundlichkeit“

Die Einstellung der Bürger zum technischen Fortschritt und zur Technik ist unzweifelhaft eine für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft entscheidende Frage. Dies gilt sowohl für die Entwicklungs- und Schwellenländer als auch für hochindustrialisierte Nationen. Gleichgültig, ob bei vielfach vom Staat wesentlich mitgetragenen sogenannten Großtechnologien oder bei der Technik im Alltag: Technik oder technischer Fortschritt aus der Sicht der sie unmittelbar Erlebenden, Anwendenden und/oder der von ihr Betroffenen ist neben innovativem und inventionsgeneigtem Denken und Handeln von Unternehmen und Staat ein zentraler Faktor. Deshalb war die Diskussion um eine behauptete, angenommene bzw. belegte zunehmende „Technikfeindlichkeit“ der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland gegen Ende der siebziger Jahre auch so heftig.

Mittlerweile hat sich die Diskussion etwas gewandelt. Es wird häufig nicht mehr negativ — im Sinne einer angeblichen „Verweigerung“ der Bevölkerung gegenüber Technik und technischem Fortschritt — argumentiert, sondern eher mahnend, positiv aufmerksammachend und verstärkend im Sinne von: Wenn nicht, dann seht doch die Konsequenzen! Belege hierfür finden sich zuhauf. Hier nur einige Beispiele, die sich auf die Bundesrepublik beziehen:

— „Das ‚Nein-Danke-Verhalten‘ gegenüber modernen Technologien verhindert weltweit jedoch keineswegs deren Einsatz. Es wirkt sich dagegen

nachteilig auf die Wettbewerbschancen der deutschen Wirtschaft und damit auf das Wirtschaftswachstum allgemein aus. In alle Bereiche, in die wirtschaftlichen und die privaten, werden in naher Zukunft die modernen Technologien eindringen.“¹⁾

— „Die Besetzung dieses Themas (Ziele und Maßstäbe wissenschaftlich-technischer Entwicklung; Anm. d. Verf.) und die Formulierung der Antwort Ideologen zu überlassen, die heute Flucht oder gar Ausstieg fordern, wäre für die Politik, aber nicht nur für den Politiker, sondern für jeden bewußt lebenden Staatsbürger verantwortungslos. Und es wäre ganz gewiß für die Wissenschaft katastrophal. Dadurch geriete zuerst die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft in Gefahr, dann der soziale Frieden und endlich auch die außenpolitische Handlungsfähigkeit, und damit auch die Chance, einen Beitrag zum Frieden zu leisten.“²⁾

— „Jeder Versuch, die Entwicklung der Technik bei uns zu verlangsamen oder einseitig nach Zielen auszurichten, die die internationale Entwicklung negieren, würde zu sinkendem Wohlstand und zu einer verminderten sozialen Absicherung der Bevölkerung führen. Die Bundesrepublik hat nur dann Zukunftschancen, wenn sie die in neuen Technologien liegenden Möglichkeiten erkennt, deren Herausforderung offensiv aufgreift und sich im internationalen Wettbewerb mit Spitzenleistungen behaupten kann.“³⁾

— „Auf technischen Fortschritt zu verzichten oder ihn zu verleugnen, heißt aber, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verspielen. Sie wäre nur über niedrigere Löhne zurückzugewinnen — oder es entstünde Arbeitslosigkeit.

Der folgende Beitrag entstand im Zusammenhang mit einer Untersuchung für den Bundesminister für Forschung und Technologie zum Thema „Einstellungen der jüngeren Generationen zum technischen Fortschritt — Wandel und Stabilität im Zeitablauf und im internationalen Vergleich“. Einige Passagen sind dem Zwischenbericht zur Phase A entnommen. Für kritische und fruchtbare Diskussionen und Anregungen bedanken wir uns bei Herrn Prof. Dr. Martin Pfaff und Herrn Franz Kilzer. Bezüglich einiger angeführter Daten bedanken wir uns ferner beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Köln, und den verschiedenen Umfrageinstituten.

¹⁾ A. Probst, Zukunftsperspektiven und Chancen durch moderne Technologien, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, (1984) 48, S. 420.

²⁾ H. Kohl, Ethische Grundsätze und Maßstäbe für Forschung und Technik, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, (1984) 82, S. 730.

³⁾ W. Breitschwerdt, Das Automobil als Symbol für Fortschritt durch Technik? Ausführungen des Vorsitzenden des Vorstandes der Daimler-Benz AG auf dem Daimler-Benz-Seminar in Berlin am 21. 11. 1985, hekt. Ms., S. 12.

Denn es wäre falsch, anzunehmen, die Möglichkeit technischer Fortschritte schalte gleichzeitig ihre Risiken aus.“⁴⁾

Daß die Einstellung der Bevölkerung zur Technik, Wissenschaft und zum technischen Fortschritt nicht nur ein bundesrepublikanisches Thema ist, zeigt die internationale Perspektive:

— So wird beispielsweise in den USA beklagt und gewarnt: „Die Abnahme im Interesse an und der Beschäftigung mit Wissenschaft bei den Studenten in den USA sollte die Politiker und auch die Pädagogen stark beunruhigen.“⁵⁾ Geeignete Strategien für die Schaffung eines positiveren Meinungsklimas werden als notwendig erachtet: „Die Entwicklung einer effektiven Kommunikationsstrategie, die bei den Eliten ansetzt und sich hin auf die interessierte Öffentlichkeit bewegt, eröffnet die beste Möglichkeit, Wissenschaft und Technik weiterzuentwickeln und die Bedürfnisse der amerikanischen Bevölkerung zu befriedigen.“⁶⁾ Und bezogen auf die — möglicherweise — unterschiedlichen „Technikbilder“ merkt Kenneth Boulding an: „Die Wissenschaftler sollten sich bezüglich der verschiedenen Images von Wissenschaft, die außerhalb ihrer Gruppe, aber auch

innerhalb, verbreitet sind, in hohem Maße interessieren. Dies vor allem, da die Möglichkeit nachteiliger Veränderungen in diesen Einstellungen sehr groß ist und es unklug wäre, diese zu ignorieren... Es ist vollständig konsistent mit der Ethik der ‚scientific community‘, Illusionen darüber zu zerstreuen.“⁷⁾

— In Großbritannien sind die entsprechenden Aussagen etwas abgeklärter formuliert: „Wissenschaft und Technik spielen in den meisten Bereichen unseres täglichen Lebens, sowohl zu Hause als auch in der Arbeit, eine dominante Rolle. Unsere Industrie und damit die Wohlfahrt unseres Landes hängen davon ab. Nahezu alle Politikentscheidungen haben wissenschaftliche oder technologische Implikationen. Deshalb benötigt jeder einige Grundkenntnisse von Wissenschaft, ihren Anwendungsbereichen und ihren Begrenzungen.“⁸⁾

— Auch das bei uns häufig als industrielles Musterland gepriesene Japan bleibt von dieser Diskussion nicht verschont. Seit einigen Jahren entwickelt sich das Bewußsein für negative Folgen verschiedener Technologien⁹⁾ stärker und ein erstaunlicher Zukunftspessimismus hat sich herausgebildet¹⁰⁾.

II. Die Problemfragen im Detail

1. Technikakzeptanz — ein vielschichtiger Begriff

Technik und technischer Fortschritt sind unstrittig komplexe Phänomene. Die Einstellungen hierzu differieren mit großer Wahrscheinlichkeit je nach einzelnen Technikbereichen oder in bezug auf ganz konkrete technische Geräte. Man kann infolgedessen „... kein einfaches Bild von Technikfeindlichkeit oder Technikfreundlichkeit zeichnen. Denn beides existiert ja vermischt“¹¹⁾. Und: „Es gehört gerade zu der charakteristischen

Beschaffenheit dieses Feldes bei Einstellungen zur Technik, daß sie widerspruchsvoll sind“¹²⁾.

Offenkundig ist, daß sich bei den Befragten einer demoskopischen Untersuchung Einstellungen und Wissen zu — aber auch Erfahrungen mit — einzelnen Facetten und Bereichen des Phänomens Technik/technische Entwicklungen überlappen und wechselseitige Beeinflussungen stattfinden. Diese können sowohl positiver wie auch negativer Art sein, auch Widersprüchlichkeiten sind nicht auszuschließen. Zu beachten sind weiterhin die verschiedensten Aspekte der Einstellungen zu Technik und technischem Fortschritt: Neben der Dimension des Interesses sind ferner Erfahrungen, Akzeptanz und Faszination feststellbar.

4) M. Bangemann, Die Bedeutung neuer Technologien für Wirtschaft und Gesellschaft, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, (1986) 28, S. 211.

5) S. J. Hueftle/S. J. Rakow/W. W. Welch, Images of Science, Minneapolis 1983, S. 3. Die Übersetzung des Zitats erfolgte durch die Verfasser. Dies gilt auch für die im weiteren angeführten fremdsprachigen Belege, Zitate etc.

6) J. D. Miller, The Public's Understanding of Technical Issues: A Model and Some Communication Strategies, hekt. Ms., o. O. 1986 (10. Juni), S. 40.

7) K. E. Boulding, Science: Our Common Heritage, in: Science, 207 (1980) 4433, S. 833.

8) The Royal Society, The Public Understanding of Science, London 1985, S. 6. Ähnlich bereits früher: P. Barker, Whistling in the dark: Social attitudes as we enter the 80s, in: New Society, 50 (1979) 895, S. 485.

9) Vgl. z. B.: M. Fujino, Response of labour unions to technological progress, in: Japan Labour Bulletin, 21 (1982) 7, S. 5 ff.

10) Vgl. z. B.: Gallup International, The world facing the 21st century and the industrial revolution — survey conducted in 10 countries, Princeton (N. J.) 1984, S. 4.

11) E. Noelle-Neumann, Vorwort, in: Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Baden-Württemberg (Hrsg.), Institut für Demoskopie Allensbach (Durchführung), Kritik an der Technik und die Zukunft einer Industrialisation, Villingen-Schwenningen 1982, S. XXI.

12) Ebenda.

Technikakzeptanz — zumal geäußerter Natur — ist also gerade kein eindimensionaler Indikator, der die Einstellung zu Technik und technischem Fortschritt im Positiven über alle Bereiche hinweg in der Spannbreite von wohlmeinender Duldung bis hin zu positiver Bejahung und Unterstützung mißt.

2. Spezifische Technikfeindlichkeit der Bundesdeutschen?

Im Hinblick auf die praktische Relevanz von bundesrepublikanischen und international vergleichenden Untersuchungen zu Technikeinstellungen ist festzuhalten, daß der Bundesrepublik Deutschland von unterschiedlichster Seite eine Sonderstellung zugemessen wird¹³⁾. Dies gilt insbesondere für die Einstellung der Bundesdeutschen zur Erwerbsarbeit und dem damit in Zusammenhang stehenden technischen Fortschritt. Wenngleich die Diagnosen einer sinkenden Arbeitsfreude und -moral weitgehend identisch sind, so sind doch die Erklärungsansätze sehr unterschiedlich und kontrovers. Sie reichen vom „Zerfall der Protestantischen Ethik“ über die Massenmedien und den Wertewandel bis hin zu den konkreten Bedingungen, unter denen diese Arbeit geleistet wird. Sicher ist jedenfalls, daß technologische Invention und Innovation sowie die Einstellungen zu diesen Themenkomplexen beispielsweise die Arbeitszufriedenheit in starkem Ausmaße mitbeeinflussen — aber dies gilt wohl für alle Länder¹⁴⁾.

Eine besondere Bedeutung wird bei der Diskussion um die Einstellungen zur Technik und zum technischen Fortschritt dabei der Jugend und den jüngeren Generationen allgemein zugemessen. Dies zeigt(e) sich auch bei der Debatte dieses Themas in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, wobei die Äußerung: „Die Zukunft unseres Landes be-

ruht auf Jugend und sie beruht auf Technik“¹⁵⁾ geradezu exemplarischen Charakter hat. Die Betrachtung von „Jugend als Träger des Fortschritts und der Zukunft“ und die Angst vor deren „Ausstieg“ ist sicherlich als bedeutende Hintergrundvariable der Technikdebatte zu beachten.

3. Der politisch-praktische Hintergrund

„Seit den siebziger Jahren wurden die neuen Technologien in immer stärkerem Umfang durch ihre zunehmend umfassende Durchdringung und Unabänderlichkeit, ihr wachsendes Potential für Katastrophen charakterisiert.“¹⁶⁾ Die siebziger Jahre markieren denn auch genau den Zeitraum, in dem die Debatte über die Einstellung der Bevölkerung zur Technik, die spezifische Technikfeindlichkeit der Jugend und die Sonderrolle der Bundesrepublik begann. Verbunden war dies seitens der Bevölkerung mit einer abnehmenden zugeordneten Problemlösungsfähigkeit von als zuständig erachteten gesellschaftlichen Institutionen und Eliten.

„Die Technik“ wurde für viele etwas Fremdes, Anonymes, das bedrohliche Dimensionen enthielt. So wurde z. B. die Einführung und Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechniken verstärkt unter den Aspekten Arbeitsplatzeinsparungen, steigende Belastungen für Arbeitnehmer und Überwachungsstaat gesehen. Ausbildungsprofile verloren im Zuge rapider technischer Entwicklungen ihre Bedeutung bzw. wurden diffus; permanente Weiterbildung und -qualifikation wurde gefordert. Interessant ist hierzu auch der aus mehreren Quellen aufscheinende Hinweis, daß sich in Japan Gewerkschaften darum bemühen, bei bevorstehender Einführung neuer Techniken *allen* betroffenen Arbeitnehmern, d. h. inklusive der später in andere Bereiche umzusetzenden oder evtl. auch zu entlassenden Beschäftigten, eine entsprechende Weiterbildung zukommen zu lassen¹⁷⁾.

¹³⁾ Vgl. dazu z. B.: B. Strümpel, Zur Einführung, in: M. von Klipstein/B. Strümpel (Hrsg.), *Gewandelte Werte — Erstarrte Strukturen. Wie die Bürger Wirtschaft und Arbeit erleben*, Bonn 1985, S. 1; D. Yankelovich u. a., *Work and Human Values: An International Report*, in: dies., *The World at Work. An International Report on Jobs, Productivity and Human Values*, New York 1985, S. 55 ff. Eine derartige ‚Ausnahmestellung‘ im internationalen Vergleich wird häufig auch Japan zugemessen.

¹⁴⁾ Vgl. dazu z. B.: E. Noelle-Neumann, *Eine deutsche Sondersituation und keine gute. — Entgegnung an die Kritiker*, in: F. Gehrman (Hrsg.), *Arbeitsmoral und Technikfeindlichkeit*, Frankfurt/Main-New York 1986, S. 169 ff.

¹⁵⁾ K.-H. Beckurts, Vorwort, in: Th. Roser/W. Schlaffke (Hrsg.), *Jugend und Technik*, Köln 1983, S. 7.

¹⁶⁾ Th. Petermann/G. Thurn, *Polarisation and Consensus: Public Acceptance of New Technologies in the Federal Republic of Germany*, WZB, P 85-7, Berlin 1985, S. 1.

¹⁷⁾ Vgl. dazu: The Japan Institute of Labour, *Technological Innovation and Industrial Relations*, Tokyo 1985, S. 28. Insofern sind natürlich auch Mehrheitsmeinungen von Befragten, die bei Rationalisierungen ihren Arbeitsplatz behielten, methodisch und politisch-praktisch nur sehr begrenzt aussagefähig (so z. B. G. Schmidtchen, *Menschen im Wandel der Technik: Wie bewältigen die Mitarbeiter in der Metallindustrie die Veränderungen der Arbeitswelt?*, Köln 1986).

III. Die „alte“ und die „neue“ Technikfeindlichkeitsdebatte — Empirische Belege auf der Basis von Bilanzurteilen

Wollte man diesen Abschnitt unseres Beitrages sehr kurz und prägnant halten, so könnte man sich der Meinung bzw. dem Fazit von Jenny Bryan-Brown anschließen, die hinsichtlich der Thematik ‚Einstellungen zur Technik‘ formulierte: „Die allgemeine Einstellung der Bevölkerung in den fortgeschrittenen industrialisierten Ländern gegenüber Wissenschaft und Technik ist ambivalent.“¹⁸⁾ Im folgenden sollen nun beispielhaft verschiedene Arten und Facetten von Globalindikatoren vorgestellt werden — einerseits bezogen auf Zeitreihen und Ergebnisse aus der Bundesrepublik und andererseits beispielhaft bereits international vergleichend.

¹⁸⁾ J. A. Bryan-Brown, Evidence from Surveys of Public Attitudes to New Technologies, hekt. Ms., London 1984, S. 4. Wie spezifische Untersuchungen zeigen, mischen sich im Bild der Allgemeinheit die Begriffe „Technik“ und „Wissenschaft“ bzw. trennen nicht konsistent (vgl.

1. Bundesrepublik Deutschland

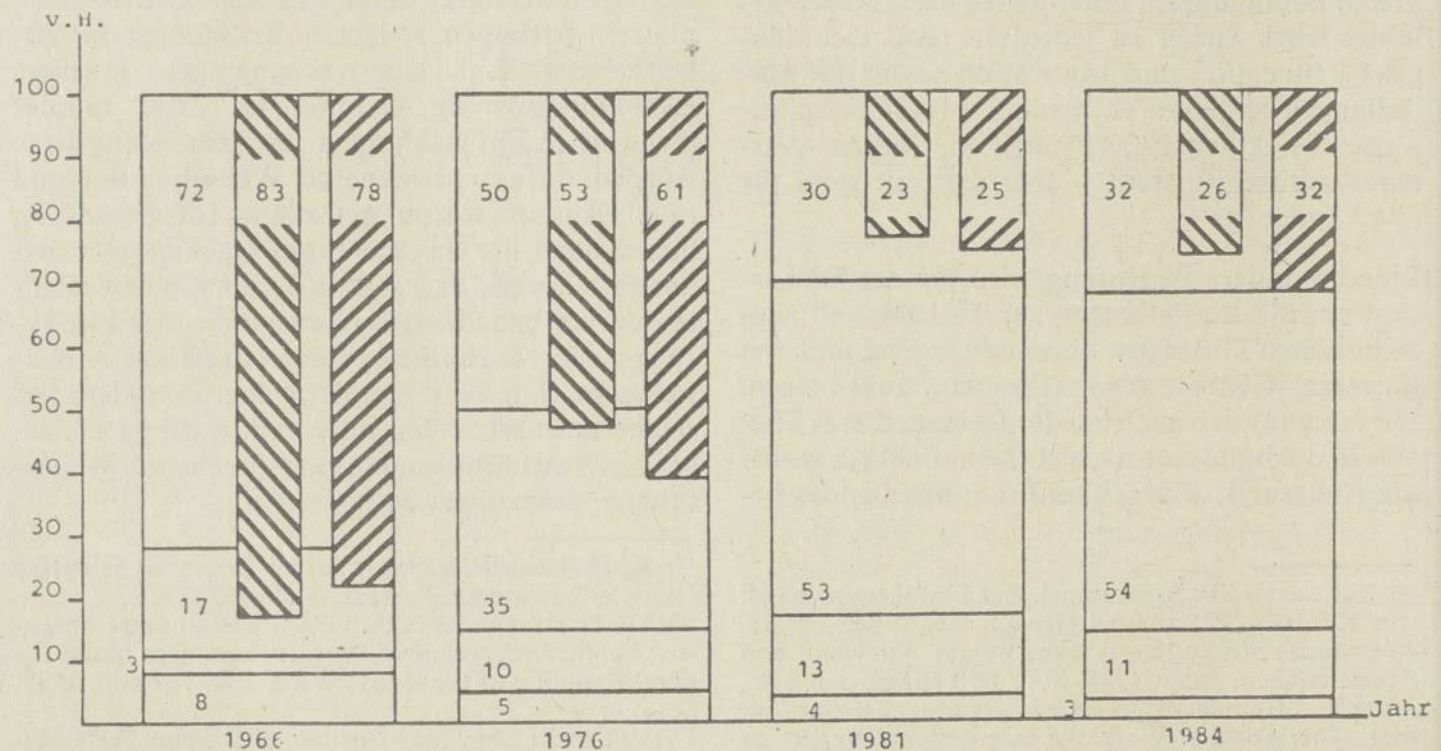
Im Jahre 1954 wollten 8 v. H. der noch nicht berufstätigen Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren einen technischen Beruf ergreifen¹⁹⁾; 1964 waren es 4 v. H. der gleichen Befragtenkategorie mit der Neigung zu einem technischen bzw. naturwissenschaftlich ausgerichteten Beruf²⁰⁾. Interesse an Technik und technischen Fragen bekundeten 1965 rund 26 v. H. der

dazu z. B.: G. M. Pion/M. W. Lipsey, Public Attitudes Toward Science and Technology: What have the Surveys told us?, in: Public Opinion Quarterly, 45 [1981] 3, S. 305 und S. 310).

¹⁹⁾ Vgl. EMNID, Jugend zwischen 15 und 24. 2. Untersuchung zur Situation der deutschen Jugend im Bundesgebiet, Bielefeld 1955, S. 195.

²⁰⁾ Vgl. EMNID, Junge Menschen 1964. Lebensbereiche, Denkweisen, Gesellungsformen. Tabellarischer Bericht zur Untersuchung „Die Generation der Unbefangenen“, Typoskript, Bielefeld 1966, S. 22.

Abbildung 1: Technik: Eher ein Segen — eher ein Fluch? *) (Angaben in v. H.)



*) Die Frageformulierung lautete: „Glauben Sie, daß die Technik alles in allem eher ein Segen oder eher ein Fluch für die Menschheit ist?“

Quellen: INIFES, eigene Zusammenstellung nach:

Für 1966—1981: Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden Württemberg, Presse- und Öffentlichkeitsreferat (Hrsg.), Institut für Demoskopie Allensbach (Durchführung), Kritik an der Technik und die Zukunft einer Industrienation, Villingen-Schwenningen 1982, S. 99.

Für 1984: Institut für Demoskopie Allensbach, Technikakzeptanz. Eine Sekundäranalyse im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie, Allensbach 1985, Anhangtabelle A7.

Legende:		
Eher Segen	Eher Segen	Eher Segen
Teils-teils	16—20 Jahre	21—29 Jahre
Eher Fluch		
Kein Urteil		

14—21jährigen²¹⁾; 1980 waren es 21 v. H. der 14—24jährigen²²⁾. Eine analoge Frage im Jahre 1983 beantworteten 49 v. H. der 14—21jährigen Jugendlichen positiv²³⁾, bei der Gruppe der 15—24jährigen waren dies 1984 28 v. H.²⁴⁾. Aus diesen Angaben kann ein erstes Fazit gezogen werden: Es gab also wohl nie ein nachhaltig und kontinuierlich sinkendes Technikinteresse Jugendlicher.

Eine weitere Zeitreihe bildet die wohl allseits bekannte „Segen-Fluch“-Frage des Instituts für Demoskopie Allensbach (vgl. dazu Abbildung 1).

Einige sich aus den Antworten darauf ergebende Tendenzen lassen sich kurz wie folgt fassen²⁵⁾:

²¹⁾ Eigene Berechnungen nach: EMNID, Jugend: Bildung und Freizeit 1965.

²²⁾ Vgl. EMNID, Jugend, Bildung und Freizeit 1980, Bielefeld 1980, Tabelle 36.

²³⁾ Eigene Berechnungen nach: GMD/INFRATEST Sozialforschung, Öffentliche Verwaltung und Computer 1983.

²⁴⁾ Vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Psydata (Durchführung), Jugendliche + Erwachsene '85: Generationen im Vergleich, Bd. 5, Opladen 1985, S. 203.

²⁵⁾ Zur Kritik an dieser Art von Fragestellung („Schwarz-Weiß-Indikator“) vgl. z. B.: B. von Rosen-

— Die Zustimmung zur Antwortkategorie „Segen“ ist bis 1981 kontinuierlich abgesunken und 1984 wieder leicht angestiegen²⁶⁾.

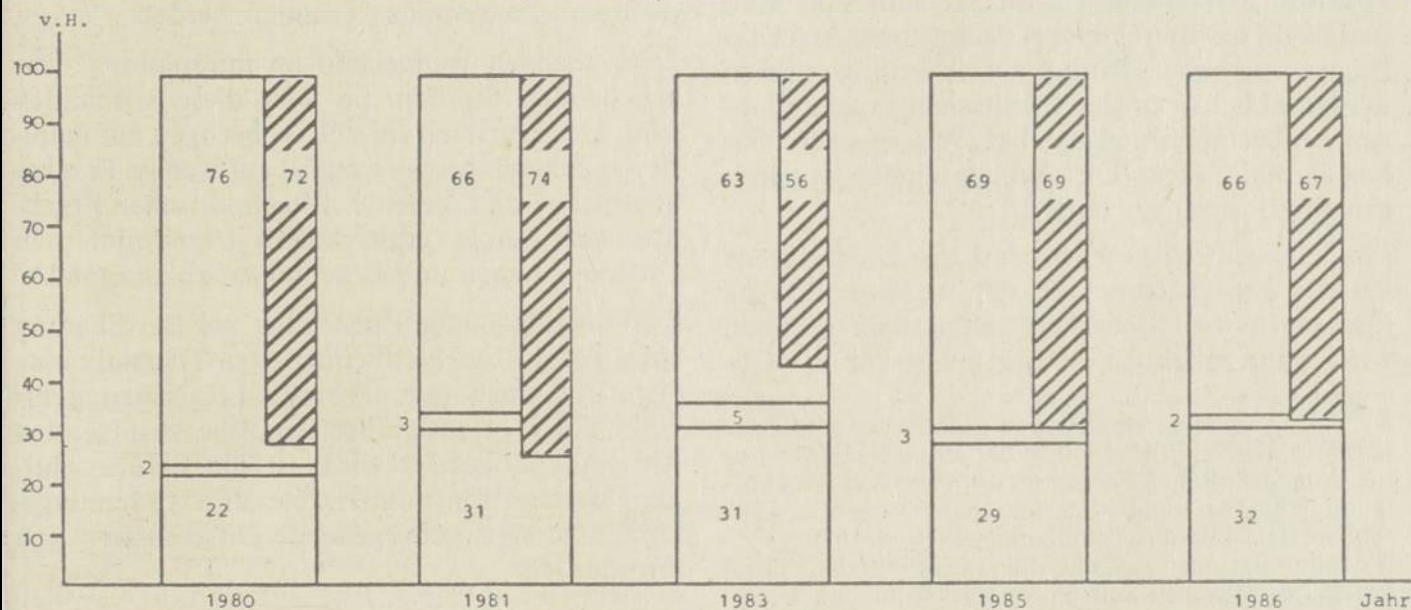
— Die Befürworter von „Fluch“ sind zwar von 1966 auf 1976 deutlich angestiegen, seither aber verändert sich ihre Zahl nur mehr geringfügig.

— Kontinuierlich angestiegen, und hier vor allem bei den unter 30jährigen, ist hingegen die Zahl derjenigen, die eine ambivalente Meinung vertreten. Sie liegt seit 1980 bei über 50 v. H. Dies

blatt, Technikfeindlichkeit? Einstellungen zur Technik in einer technisierten Gesellschaft — Versuch einer Vermeidung demoskopischer Fehlschlüsse, in: F. Gehrman, (Anm. 14), S. 24 ff.

²⁶⁾ Eine leichte Trendwende (oder nur ein Zyklus?) in solchen sehr globalen bilanzierenden Items der Einstellung zur Technik wurde übereinstimmend ca. 1982 bzw. 1983 auch von vielen anderen deutschen Meinungsforschungsinstituten registriert. Vgl. dazu: D. Jaufmann/F. Kilzer/E. Kistler/M. Pfaff, Technikakzeptanz bei Jugendlichen im intergenerationalen, internationalen und intertemporalen Vergleich, Referat beim INIFES-Symposium „Jugend und Technik im Bild der Umfrageforschung“ am 16. 1. 1986 in Bad Homburg und die dortigen Referate der Verantwortlichen führender deutscher Meinungsforschungsinstitute (erscheinen im Tagungsband).

Abbildung 2: Generelle Beurteilung des technischen Fortschritts*) (Angabe in v. H.)



*) Die Fragestellung lautete: „Glauben Sie überhaupt, daß der technische Fortschritt, zum Beispiel bei Computern, Bildschirmen, Mikroprozessoren, alles in allem eher zum Vorteil oder zum Nachteil der Menschheit ist?“

Quellen: INIFES, eigene Zusammenstellung nach:

Für 1980: EMNID-Institut, Zukunftserwartungen und Zukunftsverhalten 1980 — Oktober, Bielefeld 1980, Tab. 62, n = 1103.

Für 1981: EMNID-Institut, Zukunftserwartungen und Zukunftsverhalten 1981 — Oktober, Bielefeld 1981, Tab. 62, n = 1009.

Für 1983: EMNID-Institut, Zukunftserwartungen und Zukunftsverhalten 1983, Bielefeld 1983, Tab. 62, n = 1006.

Für 1985: EMNID-Institut, Zukunftserwartungen und Zukunftsverhalten 1985, Bielefeld 1985, Tab. 62, n = 1020.

Für 1986: EMNID-Institut, Einschaltung in die Befragung vom 26. 6.—7. 7. 1986, Tab. 2, n = 998.

Eher Vorteil	Vorteil 14—29 Jahre
Keine Angabe	
Eher Nachteil	

verwundert kaum, da Technik in jedem Bereich sowohl positiv als auch negativ erlebt werden kann (Beispiel Arbeitswelt: physische Erleichterung versus Rationalisierung) und der Umgang und die Erfahrung mit „Technik“ mit der Zeit sicherlich zugenommen hat.

Eine ähnliche Fragestellung wurde, ebenfalls über Zeit, von EMNID erhoben. Gefragt wurde danach, ob der technische Fortschritt alles in allem eher zum Vorteil oder zum Nachteil der Menschheit ist. Die Ergebnisse spiegelt Abbildung 2 wider.

— Die Zustimmung („Vorteil“) der Befragten ist bei allen Erhebungen sehr hoch und liegt stets deutlich über 50 v. H.

— Wie bei anderen Meinungsumfragen zeigt sich auch hier beim Übergang von 1980 auf 1981 ein ausgeprägter Bruch bei den Insgesamtwerten. Innerhalb der einzelnen Altersgruppen ist dieser Bruch ebenfalls feststellbar, allerdings von der Richtung her uneinheitlich.

Für eine erste und tendenzielle Einschätzung der Bilanzurteile in der Bundesrepublik Deutschland sollen diese Zahlen genügen²⁷⁾.

2. Internationaler Vergleich

Wie bereits kurz angesprochen, weisen die beiden Begriffe „Wissenschaft“ und „Technik“ im Meinungsbild der Befragten bei demoskopischen Umfragen eine hohe Affinität auf. Allerdings sind in der Regel bei ansonsten identischen Fragestellungen die Zustimmungsraten bei „Wissenschaft“ höher als bei „Technik“; „Wissenschaft“ ist somit gemeinhin positiver besetzt.

Länderspezifisch gesehen sind die Unterschiede bei der Einschätzung, ob der wissenschaftliche Fortschritt den Menschen helfen oder schaden wird, ganz erheblich²⁸⁾. Ergebnisse für die Ge-

²⁷⁾ Vgl. zu weiteren empirischen Einzeldaten und Zeitreihen: INIFES, Einstellungen der jüngeren Generationen zum technischen Fortschritt — Wandel und Stabilität im Zeitablauf und im internationalen Vergleich, Zwischenbericht Phase A, Stadtbergen 1986, S. 10 ff.

²⁸⁾ Mitunter finden sich allerdings auch innerhalb eines Landes zur gleichen Zeit relativ stark voneinander abweichende Ergebnisse bei unterschiedlichen Umfragen. So waren z. B. in den USA im Jahre 1983 lt. einer Umfrage 73 v. H. der Befragten der Ansicht, daß insgesamt gesehen Wissenschaft und Technik mehr Vorteile als Nachteile stiften (vgl. National Science Board [Ed.], Science Indicators. The 1985 Report, Washington, D. C. 1985, S. 153). Laut einer anderen Quelle lag dieser Anteil im gleichen Jahr aber bei 83 v. H. (vgl. A. Trafford u. a., Living Dangerously, in: U. S. News & World Report, 100 [1986] 19, S. 19).

samtbevölkerung einer ganzen Reihe von Ländern zeigt Abbildung 3; Basis ist die sogenannte „Internationale Wertestudie“²⁹⁾.

In aller Kürze schlaglichtartig einige Tendenzen:

— Hohe Zustimmungsraten weisen Großbritannien, Australien, die USA und insbesondere Kuwait auf.

— Ein hoher Anteil an Ambivalenten findet sich vor allem in Japan und Belgien.

— Der niedrigste Zustimmungswert und die stärkste Ablehnung finden sich in den Niederlanden.

— Es gibt über die verschiedenen Länder hinweg keinerlei eindeutige und einheitliche Tendenzen in der Differenzierung nach Altersgruppen.

— Eine spezifisch deutsche Skepsis gegenüber „Wissenschaft“ ist auch anhand dieser Studie nicht erkennbar.

Fassen wir die bisherigen Ausführungen zusammen, so läßt sich zumindest folgendes festhalten:

1. Singuläre Umfrageergebnisse sind bei dieser Thematik nicht ausreichend und verstellen in der Regel den Blick für die Realität. Zur Beurteilung sind Meinungsforschungsdaten verschiedener Institute heranzuziehen. Diese sollten nach Möglichkeit über einen längeren Zeitraum, also zu mehreren Zeitpunkten, erhoben werden.

2. Es mangelt weitgehend an international vergleichenden Studien. So weit diese vorhanden sind, konzentrieren sie sich — bezogen auf empirische Erhebungen — zumeist auf wenige Fragenkomplexe und Elemente. Die empirischen Ergebnisse sind durch Vergleiche mit je landesinternen Untersuchungen und Ergebnissen zu „härten“.

Daß die allgemeine Einstellung der Bevölkerung eines Landes zur hier behandelten Thematik eine erste und auch nur generelle Einschätzung erlaubt, dürfte offensichtlich sein. Wie im folgenden Abschnitt aufgezeigt wird, ist die Berücksichtigung weiterer Einflußfaktoren auf das Meinungsklima und sind weitergehende Differenzierungen erforderlich.

²⁹⁾ Die hier nur kurz und sehr ausschnitthaft vorgestellten Ergebnisse aus dieser großen internationalen Vergleichsstudie basieren neben einer Reihe von Einzelangaben der jeweils erhebenden Institute vor allem auf einer Sonderauswertung, die uns freundlicherweise Prof. de Moor zur Verfügung stellte, sowie dem ausführlichen japanischen Sieben-Länder-Vergleichsbericht. Die Feldarbeiten fanden in den meisten Ländern im Jahre 1981 statt.

Abbildung 3: „Glauben Sie, daß der Wissenschaftliche Fortschritt auf lange Sicht den Menschen helfen oder schaden wird?“ (Angaben in v. H.)

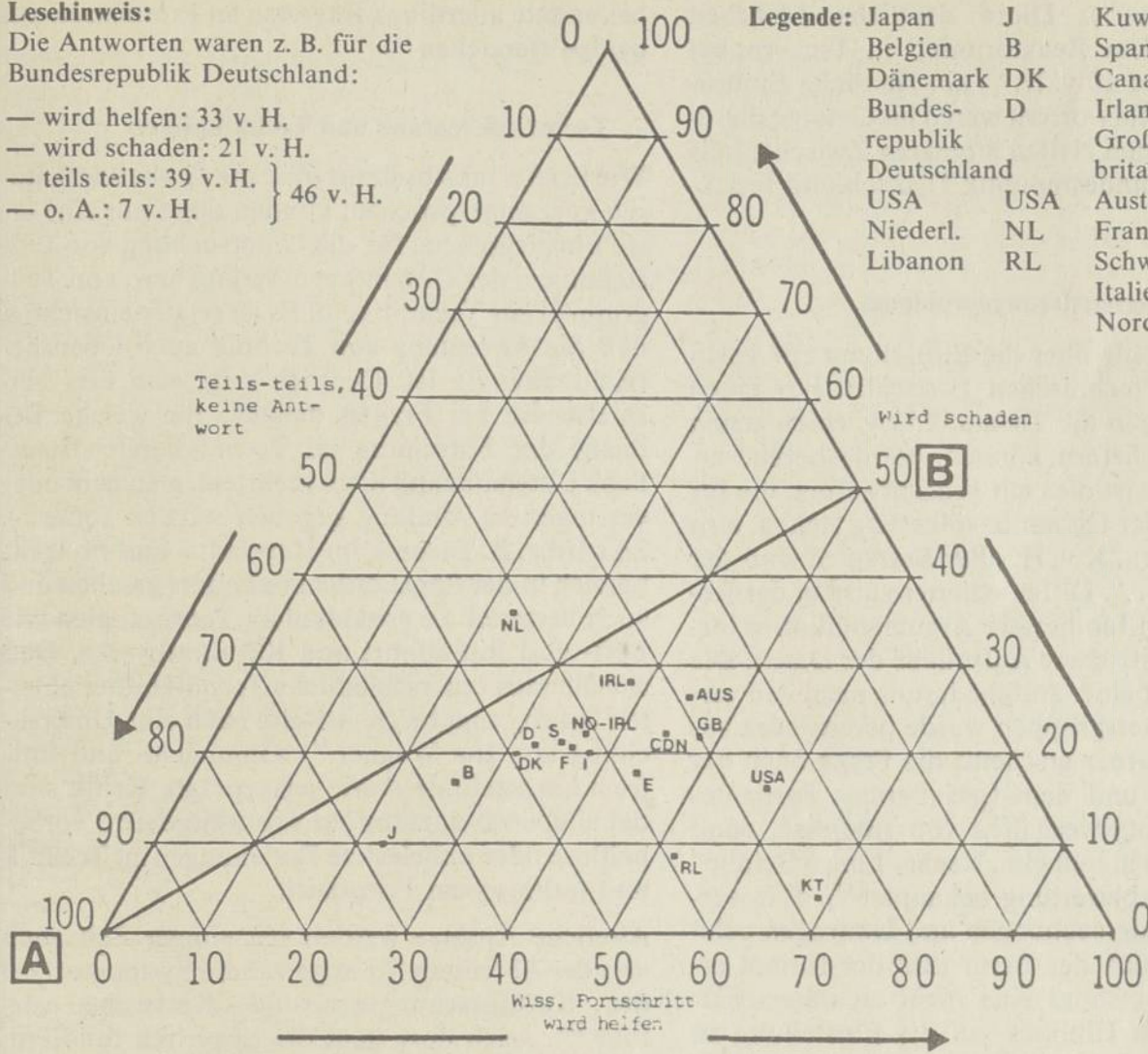
Lesehinweis:

Die Antworten waren z. B. für die Bundesrepublik Deutschland:

- wird helfen: 33 v. H.
- wird schaden: 21 v. H.
- teils teils: 39 v. H. } 46 v. H.
- o. A.: 7 v. H.

Legende:

Japan	J	Kuweit	KT
Belgien	B	Spanien	E
Dänemark	DK	Canada	CDN
Bundesrepublik	D	Irland	IRL
Deutschland		Großbritannien	GB
USA	USA	Australien	AUS
Niederl.	NL	Frankreich	F
Libanon	RL	Schweden	S
		Italien	I
		Nordirland	NO-IRL



Quelle: INIFES, eigene Darstellung auf der Basis der internationalen Wertestudie.

IV. Aspekte einer notwendigen Differenzierung

1. Die Ereignisabhängigkeit von Umfragedaten: Die Bedeutung einer Ereigniszeitachse

Es ist offensichtlich, daß die Einstellungen zur Technik durch „externe Ereignisse“ wesentlich mitgeprägt werden. Unter solchen intervenierenden — positiven oder negativen — Ereignissen ragen insbesondere solche im Bereich der Großtechnologie bzw. spektakulärer Technologien heraus. Werden die Ergebnisse der Meinungsforschung nicht mit einer „Ereigniszeitachse“ unterlegt, so besteht bei der Interpretation der Daten durchaus die Gefahr der Bildung von Artefakten (inhaltlich falschen Schlußfolgerungen). Es ist also stets darauf zu achten, in welchem Kontext eine demoskopische Erhebung erfolgt ist. Ob ein je spezifisches Ereignis die künftige Einstellung der Öffentlichkeit überhaupt oder aber nur zy-

klich beeinflußt hat, läßt sich letzten Endes aber nur über einen längeren Zeitraum relativ deutlich feststellen.

Der Einfluß spektakulärer Ereignisse auf das öffentliche Meinungsklima läßt sich insbesondere am Beispiel der Atomkraft verdeutlichen: So war beispielsweise vor dem Zwischenfall im Three-Miles-Island-Reaktor in Harrisburg im Jahre 1979 eine deutliche Mehrheit in Österreich für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf. Eine ebenso deutliche Mehrheit war nach dem Unfall dagegen³⁰). Ab dem Beginn des Jahres

³⁰) Vgl. dazu: o. V., SWS-Meinungsprofile: Zwentendorf nach Zwentendorf — Die fortgesetzte „Atomspaltung“, in: Journal für angewandte Sozialforschung, 20 (1980) 3/4, S. 67 ff.

1985 waren — nach verschiedenen Schwankungen — wieder über 50 v. H. der Befragten für eine Inbetriebnahme³¹⁾. Diese deutliche Mehrheit sackte nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl auf knapp über 10 v. H.³²⁾ ab. Ähnliche Einbrüche bei den Befürwortern waren im Gefolge dieses bisher schwersten zivilen atomaren Zwischenfalls auch in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen³³⁾.

2. Gruppendifferenzierungsprobleme

Daß Bilanzurteile über die Einstellung zur Technik und zum technischen Fortschritt nur einen ersten Einstieg in die Thematik bzw. einen ersten Anhaltspunkt liefern können, wurde bereits erwähnt. Ebenso ist dies mit Prozentwerten, die für die Angaben der Gesamtbevölkerung stehen, also z. B. dergestalt: „X v. H. aller Befragten sind der Ansicht, daß ...“. Differenziertere und in der Regel damit auch fundiertere Argumentation erfordert auch spezifischere Aufbrüche der Daten. Die Notwendigkeit einer Aufgliederung nach den verschiedenen Altersgruppen wurde bereits kurz angesprochen. Ferner erscheint die Frage nach der Parteilaffinität und dem (geäußerten) Partizipations- und Protestverhalten von Interesse, denn vielfach wird generell ein „Rechts-Links-Gefälle“ in der Technikbewertung behauptet³⁴⁾. Wie verschiedenste Untersuchungen und Umfragen belegen, spielen auch der Beruf und der formal erreichte Bildungsstand eine nicht zu unterschätzende Rolle im Hinblick auf die Einstellung zu gewissen Bereichen und Themen.

Als interessant und wichtig ist darüber hinaus die Frage zu beachten, ob es geschlechtsspezifische Unterschiede in der Beurteilung von Technik und verschiedenen Ebenen/Bereichen davon gibt. So wird z. B. in der letzten Shell-Jugendstudie zwischen eher jungenspezifischer „harter“ Technik

und eher Mädchenspezifischer „weichen“ Technikbereichen unterschieden³⁵⁾. Nahezu die Hälfte bekundete allerdings Interesse an Produktion aus beiden Bereichen³⁶⁾.

3. Technikakzeptanz und Technikbilder

Wie bereits im Abschnitt über die Globalindikatoren kurz angesprochen, können diese nur eine erste Einstiegsebene für die Untersuchung von Einstellungen der Gesamtbevölkerung bzw. von Teilgruppen zur Technik sein. Es ist relativ einsichtig, daß die Akzeptanz von Technik auch lebensbereichsabhängig ist. Deutlich zeigt sich dies beispielsweise bei Fragen danach, für welche Bereiche der Forschung im Technikbereich staatliche Unterstützung in vermehrtem, gleichem oder verringertem Umfang gegeben werden sollte³⁷⁾. So wird z. B. Technik im Haushalts- und Freizeitbereich in der Regel durchaus anders gesehen und auch bewertet als spektakuläre Technologien wie Luft- und Raumfahrt und Kernkraftwerke. Daß sich hieraus unterschiedliche Technikbilder ableiten lassen, zeigt beispielsweise auch eine Untersuchung von Ina Wagner³⁸⁾. Ohnmacht- und Entfremdungsgefühle sowie ausgeprägte Kritik sind dabei ebenso anzutreffen wie weitgehend vorbehaltlose oder unbelastete Beziehungen zu Technik und technischem Fortschritt.

Ähnliche Ansätze werden seit einiger Zeit auch von der Abteilung für angewandte Systemanalyse des Kernforschungszentrums Karlsruhe verfolgt³⁹⁾. Auch dort steht die empirisch fundierte Herausdestillierung technikbezogener Orientierungsmuster im Mittelpunkt, allerdings im Vergleich der Einstellungen jüngerer und älterer Bürger.

Im folgenden wollen wir beispielhafte Ergebnisse aus den beiden Bereichen „Technik und Arbeitswelt“ und „Gentechnologie“ vorstellen.

³¹⁾ Vgl. o. V., SWS-Meinungsprofile: Dauerbrenner Zwentendorf, in: Journal für Sozialforschung, 26 (1986) 3, S. 351.

³²⁾ Vgl. ebenda.

³³⁾ Vgl. dazu z. B.: o. V., Stirbt die FDP den Strahlentod?, in: DER SPIEGEL, 40 (1986) 22, S. 46; o. V., Rotgrüne Mehrheit bei Wählern unter 40, in: DER SPIEGEL, 40 (1986) 27, S. 43; o. V., Politbarometer, in: DIE ZEIT, 41 (1986) 24, S. 8, und 41 (1986) 30, S. 34.

³⁴⁾ So z. B. in einem Acht-Länder-Vergleich für die Bundesrepublik Deutschland (vgl. dazu: The Atlantic Institute For International Affairs, The Impact of Technological Change in the Industrial Democracies. Public Attitudes Toward Information Technology, Paris 1985, S. 22). Dem widersprechen aber Ergebnisse unserer eigenen Berechnungen (vgl. INIFES [Anm. 27], S. 49 ff.).

³⁵⁾ Vgl. A. Fischer, Technik, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Psydata (Durchführung), Jugendliche + Erwachsene '85: Generationen im Vergleich, Bd. 2, Opladen 1985, S. 58.

³⁶⁾ Vgl. ders., Technikbilder Jugendlicher, hekt. Ms. (Beitrag zum Symposium „Jugend und Technik“, [Anm. 26] S. 4).

³⁷⁾ Vgl. dazu z. B.: The Field Institute, The California Poll, Codebook, San Francisco (Cal.) 1983, S. 77 ff.

³⁸⁾ Vgl. I. Wagner, Technikkritik im Weltbild Jugendlicher, in: Journal für Sozialforschung, 22 (1982) 3, S. 397 ff.

³⁹⁾ Vgl. dazu z. B.: F. Gloede/H. Bücken-Gärtner, Technischeinstellungen und Technikbilder bei jüngeren und älteren Bürgern, hekt. Ms. (Beitrag zum Symposium „Jugend und Technik“ [Anm. 26]).

V. Beispiel: Technik und Arbeitswelt

Wohl weniger spektakulär als z. B. das Thema Kernkraft, aber zumindest inzwischen nachhaltiger, fundamentaler, wird in der öffentlichen und veröffentlichten Diskussion wie in demoskopischen Umfragen das Thema „Auswirkungen der technischen Entwicklung auf die Arbeitswelt“ behandelt. Dies liegt weniger an der langen Tradition dieses Themas⁴⁰⁾, als an der hautnah praktischen Erfahrung, die sich mit der Technisierung der Arbeitswelt ergibt. Es beruht aber vor allem darauf, daß die zunehmende Technisierung der Arbeitswelt — eine neue industrielle Revolution — in die Phase einer nahezu weltweiten säkularen wirtschaftlichen Strukturkrise fällt.

1. Bedeutung des Problems aus der Sicht der Befragten

In einer Umfrage von BASIS-RESEARCH vom Herbst 1985 wurde eine listengestützte Frage nach den Erwartungen des einzelnen vom technischen

Fortschritt gestellt. Die folgende Tabelle 1 von Insgesamtwerten und altersgruppenspezifischen Zustimmungswerten macht deutlich, daß arbeitsweltbezogene Themen, zumindest von der Höhe der Nennungsprozente her, als die am wichtigsten (als bedeutendste) zu erwartende Auswirkungen des technischen Fortschritts aufscheinen. 86 v. H. erwarten eine Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern (am wenigsten davon die über 60jährigen); 76 v. H. erwarten den Verlust von Arbeitsplätzen (am meisten die unter 20jährigen, am wenigsten die 30—39jährigen); 74 v. H. erwarten Erleichterungen in Beruf und Ausbildung (am wenigsten die 20—29jährigen). Die allgemeine Erwartung des Verlustes von Arbeitsplätzen ist weiterhin z. B. deutlich unterdurchschnittlich bei Männern, Personen mit geringer Schulbildung, Selbständigen und Leitenden sowie Befragten aus der höchsten Einkommensgruppe (Haushaltsnettoeinkommen \geq 3 500 DM/mtl.).

Tabelle 1: Erwartungen vom technischen Fortschritt 1985 *) (Angaben in v. H.)

	Insgesamt	Alter				
		14—19	20—29	30—39	40—59	über 60 Jahre
Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit	86	84	88	84	89	82
Verlust von Arbeitsplätzen	76	79	77	71	76	77
Erleichterung in Beruf/Ausbildung	74	75	69	76	75	72
Mehr Freizeit	71	70	73	73	72	65
Verbesserung des Lebens	66	66	60	76	68	61
Höherer Wohlstand	53	61	56	57	50	47

*) Die Frageformulierung lautete: „Was erwarten Sie in Zukunft vom weiteren technischen Fortschritt? Hier auf dieser Liste stehen einige Äußerungen dazu, welchen davon können Sie zustimmen und welchen nicht?“

Quelle: BASIS-RESEARCH, Trendmonitor, September/Oktober 1985, Tabelle 37A.

Vergleicht man diese aktuelle Befragung mit älteren Daten des gleichen Instituts, so zeigt sich folgendes: Obwohl die Listenvorlagen nicht ganz identisch und vor allem nicht gleich lang waren, ist feststellbar, daß die Erwartung des Verlusts von Arbeitsplätzen seit 1980 bzw. vor allem von 1984 auf 1985 leicht zugenommen hat.

Bestehen nun Ähnlichkeiten zwischen den Ergebnissen dieser und weiterer Umfragen anderer Meinungsforschungsinstitute? Daß von einer vollen Vergleichbarkeit nicht gesprochen, diese auch nicht erwartet werden kann, ist aus methodischen

Gründen und von der unterschiedlichen Frageformulierung her offensichtlich. Eine Gegenüberstellung, die hier weder im zahlenmäßigen noch im methodischen Detail wiedergegeben werden kann⁴¹⁾, erbrachte folgende Ergebnisse:

1. Die BASIS-RESEARCH-Umfrage liegt mit ihren Zahlen zwar im oberen Bereich der vorliegenden Erhebungsergebnisse, paßt aber voll dazu. Zwischen 70 und 80 v. H. der bundesrepublikanischen Bevölkerung befürchten bei direkter Zu-

⁴⁰⁾ Das Thema ist literarisch faßbar von Goethe über Hauptmann bis zum japanischen Wallraff, Satoshi Kamata.

⁴¹⁾ Vgl. dazu: INIFES (Anm. 27), S. 36 f. Eine ausführlichere Gegenüberstellung verschiedenster Umfragen zu diesem Thema erscheint demnächst in der Nr. 19 der „ZA-Information“ des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung, Köln.

stimmungsabfrage eine solche Gefahr. Auch unterschiedliche Formulierungen, Fragebögenkontexte, Hauseffekte etc. lassen an diesem erstaunlich homogenen Bild nicht rütteln.

2. Bei indirekter oder dreipoliger Abfrage bzw. bei expliziter Vorgabe einer Kategorie „teils/teils“ liegen die entsprechenden Werte (konsistent!) bei rund 40—50 v. H.

3. Es gibt also, so ist zu folgern, schon von der Anlage her zum gleichen Gegenstand Umfragen mit verschiedenen Ergebnissen, die das politische und publizistisch willkürliche — bzw. gezielte — Herausgreifen einzelner Zahlen bzw. Studien arg relativieren, ja im Prinzip in Frage stellen.

4. Dennoch kann aus dem Vergleich verschiedenster Umfragen für die Jahre seit 1980 — auch bei vorsichtigster Interpretation — von einer steigenden Tendenz, d. h. einem Trend der zunehmenden Befürchtung arbeitsplatzvernichtender Effekte der technischen Entwicklung gesprochen werden. Sowohl sind die Zeitreihenergebnisse über die Institute vergleichbar, als auch weitgehend die Aufbrüche der Daten nach weiteren Kriterien in der Ergebnisstruktur ähnlich. Dieses Ergebnis macht das publizistische Aufeinanderlosdreschen von Interessengruppen mit „ihren“ jeweiligen Umfragen(-Instituten) noch dubioser und legt es nahe, in solchen öffentlichen Debatten verstärkt auf die Effekte der Frageformulierungen zu achten, die verschiedenen Umfragezahlen zugrunde liegen.

5. Stellt man den Zeitreihen aus den verschiedenen Erhebungen die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik gegenüber, so zeigt sich eine gewisse Ähnlichkeit im Trendverlauf.

Die folgende Abbildung 4 stellt — hier wiederum auf der Grundlage von BASIS-RESEARCH-Daten — für 1984 die altersgruppenspezifischen Befürchtungen zum Thema den Arbeitslosenquoten für die einzelnen Altersgruppen gegenüber. Zunächst bestätigt sich auch hier die aus anderem Zusammenhang — z. B. Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Situation — bekannte Tatsache, daß die eigenen individuellen Zukunftserwartungen deutlich weniger oft als negativ bezeichnet werden als die Einschätzung der allgemeinen Entwicklung. Die Kurven a und auch b (Arbeitslosigkeit allgemein und Angst vor Automatisierung) liegen deutlich über den Kurven c und d (Abbau der Beschäftigtenzahl im eigenen Betrieb und individuelle Bedrohung durch Rationalisierung).

Am geringsten ist die Angst vor Arbeitslosigkeit bzw. die Angst vor Automatisierung bei den unter 20jährigen und verständlicherweise bei den über

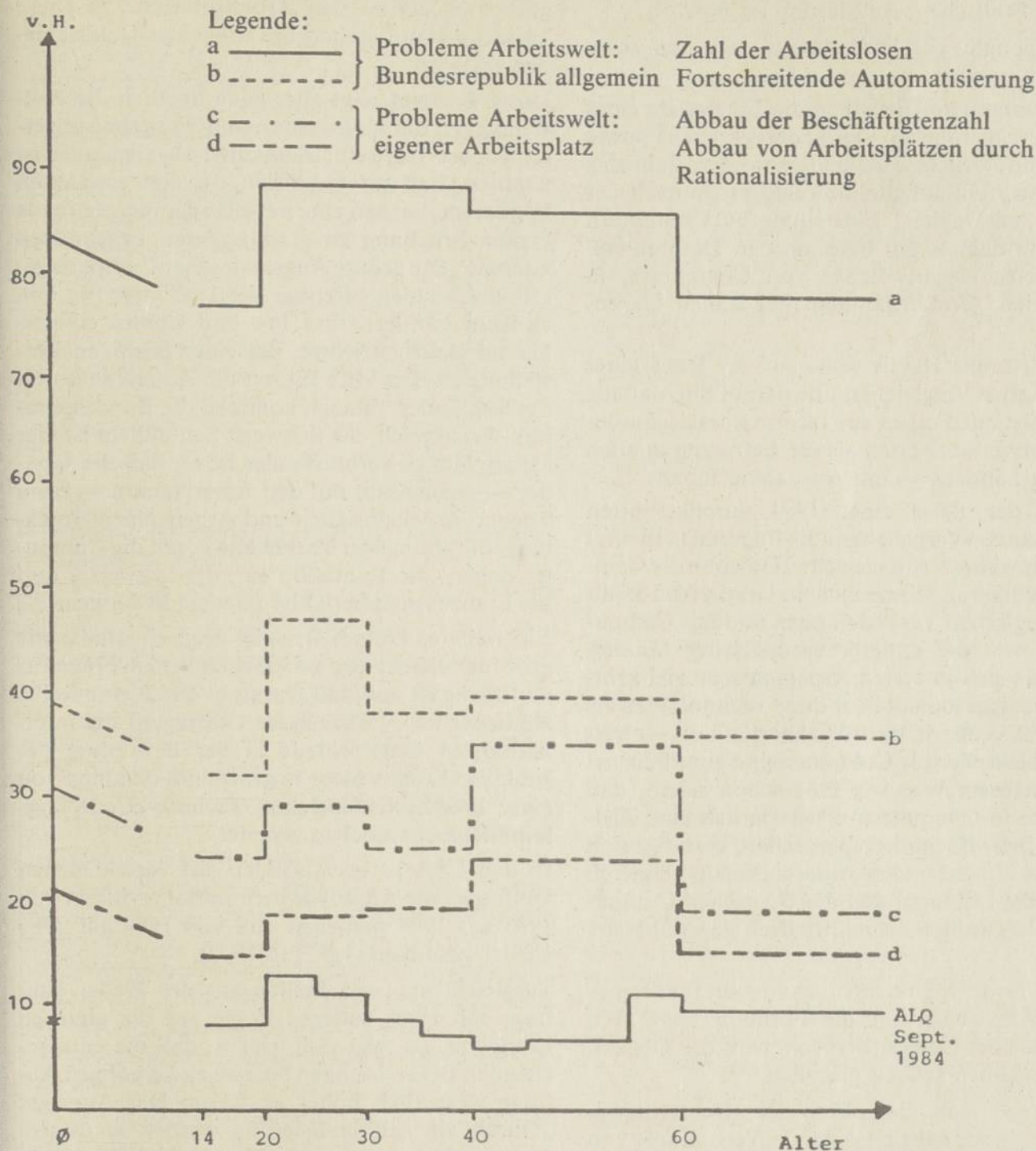
60jährigen. Am besorgtesten, bezogen auf die gesamte Arbeitswelt, zeigen sich die 20—30jährigen (die 1984 auch die höchsten Arbeitslosenquoten hatten). Die Ängste sinken hinsichtlich der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung mit zunehmendem Alter (Stand der beruflichen Etablierung) danach etwas ab, während der Abbau der Beschäftigtenzahl und ein rationalisierungsbedingter Abbau speziell am eigenen Arbeitsplatz von den 40—60jährigen wieder zunehmend als Problem angesehen werden.

Erklärungsmuster — unter Einbeziehung einer Reihe weiterer Indikatoren aus anderen Umfragen (die übrigens ähnliche Strukturen aufzeigen) — wie eine stärkere gesellschaftliche Orientierung der jüngeren Befragten oder der Zusammenhang mit früherer Erfahrung von Arbeitslosigkeit müssen weitergehenden Analysen vorbehalten bleiben. Legt man neben diese Häufigkeitsgraphik jedoch — wie in Abbildung 4 geschehen — die tatsächliche Arbeitslosenquote, so zeigt sich erneut auf den ersten Blick, daß solche objektiven Indikatoren durchaus einen Erklärungswert haben könnten.

2. Die internationale Perspektive

Noch wichtiger als bei einem nationalen Vergleich ist die Beachtung der exakten Frageformulierung und der Anlage der jeweiligen Erhebung bei internationalen Vergleichen. Zusätzlich sind dabei die je unterschiedlichen Situationen, länderspezifischen Gegebenheiten und die jeweiligen Diskussionen des Themas Technikakzeptanz zu berücksichtigen. Die Klage über die spezifisch deutsche Technik- und speziell Computerfeindlichkeit ist — wie bereits erwähnt — altbekannt und weit verbreitet. So schreibt etwa der Chefredakteur der „Mikrocomputerwelt“ im Herbst 1984 unter dem Titel „Dabei sein ist alles“: „Was Computer angeht, haben wir geistig gerade das Zeitalter der Hexenverbrennung hinter uns. Wir behalten uns aber vor, in der EDV eine Erfindung des Teufels zu sehen. Wir — das sind nach den Ergebnissen der jüngsten Meinungsumfragen immerhin mehr als zwei Drittel aller Bundesbürger. Und die müssen es wohl wissen. Der Computer vernichtet Arbeitsplätze am laufenden Band und zerstört zwischenmenschliche Beziehungen. Das haben unsere vielen (wenn auch meist arbeitslosen) Soziologen oft und lange genug gepredigt. Und was den nationalen Stolz in Sachen deutscher Erfinder angeht, haben wir mit Wilhelm Leibnitz, dem deutschstämmigen Hermann Hollerith und Konrad Zuse wohl schon genug für die Computerindustrie getan . . . In keinem anderen europäischen Land ist die Abneigung gegen alles, was mit Com-

Abbildung 4: Arbeitsmarktbefürchtungen nach Alter *) 1984 (Angaben in v. H.)



*) Die Frageformulierungen lauteten: „Ich habe hier einige Kärtchen, auf denen verschiedene Problembereiche aufgeführt sind, die sich auf unsere Arbeits- und Berufswelt mehr oder weniger belastend auswirken können. Bitte sagen Sie mir, inwieweit ihrer Ansicht nach diese Dinge für den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik ein bzw. kein Problem darstellen, zunächst einmal ungeachtet der Frage, inwieweit Ihre persönliche Situation davon betroffen ist. Sie können hierbei wählen zwischen den Abstufungen: stellt nach meiner Ansicht für den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik 1 = ganz sicher ein Problem dar / 2 = wahrscheinlich ein Problem dar / 3 = wahrscheinlich kein Problem dar / 4 = ganz sicher kein Problem dar.“ Hier: „Ganz sicher ein Problem dar“; a: „Die Zahl der Arbeitslosen“, b: „Fortschreitende Automatisierung und Technisierung (Rationalisierung)“.

„Wir haben bereits über verschiedene Problembereiche hinsichtlich der Arbeitswelt in der Bundesrepublik gesprochen. Ich möchte Ihnen jetzt eine ähnliche Frage zu der Situation an Ihrer derzeitigen bzw. letzten Arbeitsplatz stellen. Bitte sagen Sie mir anhand dieser Kärtchen, inwieweit Ihrer Ansicht nach die dort aufgeführten Aspekte in dem Betrieb, in dem Sie arbeiten bzw. zuletzt gearbeitet haben ein bzw. kein Problem darstellen. Sie können hierbei wählen zwischen den Abstufungen: stellt nach meiner Ansicht an meinem (ehemaligen) Arbeitsplatz 1 = ganz sicher ein Problem dar / 2 = wahrscheinlich ein Problem dar / 3 = wahrscheinlich kein Problem dar / 4 = ganz sicher kein Problem dar. Bitte sortieren Sie entsprechend Ihrer Meinung alle Kärtchen auf dieser Sortiervorlage ein.“ Hier: „Ganz sicher ein Problem dar“; a: „Abbau der Beschäftigtenzahl“, b: „Abbau von Arbeitsplätzen durch Automatisierung und Technisierung“.

Quelle: BASIS-RESEARCH, Trendmonitor Januar.

puter zu tun hat, auch nur annähernd so groß wie bei den Deutschen. Aufklärung tut not.“⁴²⁾

Internationale Vergleichsstudien scheinen seine These zu belegen:

— So verbreitete IBM 1984 die Ergebnisse eines 1982 durchgeführten Vierländervergleichs sowie ergänzende deutsche Zahlen für andere Jahre⁴³⁾. Die Antworten auf die indirekte Frage nach der jeweils „nationalen“ Einstellung zu Computern indizierte damals ein besonders in Deutschland verbreitetes Negativ-Image von Computern, in Frankreich, Großbritannien und Italien Gegenteiliges.

— Auch Louis Harris weist auf der Basis einer Acht-Länder-Vergleichsstudie darauf hin, daß die Deutschen auf Fragen zur Informationstechnologie negativer antworten als die Befragten in allen anderen Ländern — mit Ausnahme Japans⁴⁴⁾.

— Auf der Basis einer 1984 durchgeführten Neun-Länder-Vergleichsstudie folgert das Institut für Demoskopie Allensbach: „Obwohl die deutsche Bevölkerung in ähnlichem Grad vertraut mit technologischen Veränderungen und mit Computern ist wie die anderer europäischer Länder, äußert sie sich in vielen Aspekten sehr viel kritischer, weniger lobend über diese Technologien als die Bevölkerung in den Nachbarländern — weit aufgeschlossener für Computer sind zum Beispiel die Franzosen. Was wir 1981 schon sahen, daß Deutsche in Computern offensichtlich eine Ziel-scheibe ihrer Technikskepsis sehen, bestätigt sich also 1984 erneut; und der internationale Vergleich erlaubt die Deutung, daß die Deutschen Computern außergewöhnlich mißtrauisch gegenüberstehen.“⁴⁵⁾

— 1985 findet man dann vom Institut für Demoskopie Allensbach gar die Formulierung: „Wo Deutsche über Computer reden, wird das Denken im allgemeinen schnell grämlich.“⁴⁶⁾

Hinterfragt man den Vergleich Deutschland-Frankreich, so ist die tatsächliche Verbreitung von elektronischen Medien in beiden Ländern zu berücksichtigen⁴⁷⁾. In Frankreich spielt die Informationstechnologie im Haushalt eine viel größere Rolle als am Arbeitsplatz, denn: „Frankreich ist 1986 das einzige Land in der Welt, wo die Zahl

der interaktiven Terminals in den Haushalten größer ist als an den Arbeitsplätzen.“⁴⁸⁾ Diese Tatsache könnte sehr wohl einiges an Unterschieden erklären.

Unser Beispiel zeigt aber auch deutlich die Notwendigkeit der Konfrontation der Ergebnisse verschiedener Institute: Zusätzlich zu erwähnen ist nämlich, daß im Gegensatz zu den erwähnten Ländervergleichen eine neue länderübergreifende Gallup-Erhebung zu ganz anderen Ergebnissen kommt: „Die größte Angst vor einer Computergesellschaft haben offenbar die Franzosen; in den anderen Ländern sind Pro und Contra einigermaßen gleichgewichtet. Bei einer positiven Einstellung zu den MCs führen die Amerikaner und die Engländer, danach kommen die Bundesrepublik, Frankreich, die Schweiz; Schlußlicht ist hier Japan. Um so verblüffender ist es, daß die Japaner — gemeinsam mit den Amerikanern — beim Thema ‚Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzvernichtung‘ die geringsten Vorbehalte gegen die Computer haben; die Bundesbürger, die Schweizer und die Franzosen äußern hier schwere Bedenken.“⁴⁹⁾

Ein weiteres kleines Beispiel zeigt ebenfalls, wie groß der Effekt der unterschiedlichen Frageformulierung ist und daß (bestätigt durch eine Reihe ähnlicher uns vorliegender Umfragen) die internationalen Unterschiede in der Bewertung des Jobkiller-Effekts nicht so groß sind, daß man von einer spezifisch deutschen Technik-/Computerfeindlichkeit sprechen könnte.

In den USA ist nach Zahlen aus verschiedenen Umfragen die Angst vor dem Jobkiller-Effekt von 1983 auf 1984 gestiegen und von 1984 auf 1985 wieder gesunken (vgl. Tabelle 2).

Vergleicht man die Zahlen aus der 1984er Umfrage mit einer anderen Frage aus der gleichen Erhebung, so zeigt sich wieder, daß die entsprechenden Befürchtungen bei einer zweipoligen Abfrage wesentlich höher ausfallen. Der Aussage: „Durch die Automatisierung werden in diesem Land in den nächsten fünf Jahren viele Hunderttausende von Fabrikarbeitern ihren Arbeitsplatz verlieren“, stimmten 71 v. H. zu⁵⁰⁾.

⁴²⁾ N. Strauch, Dabei sein ist alles, in: *Microcomputerwelt*, (1984) 8, S. 6.

⁴³⁾ Vgl. IBM, *Computer-Image 1984*, Stuttgart 1984, S. 7.

⁴⁴⁾ The Atlantic Institute For International Affairs (Anm. 34), S. 22.

⁴⁵⁾ Institut für Demoskopie Allensbach, *Technikakzeptanz. Eine Sekundäranalyse im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie*, Allensbach 1985, S. 67.

⁴⁶⁾ Dieselben, *Allensbacher Berichte*, (1985) 36, S. 1.

⁴⁷⁾ Vgl. o.V., *Frankreichs Teletel läuft Btx davon*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28. 8. 1986, S. 23.

⁴⁸⁾ O. V., Who ist affected by technological change? Union survey, in: ILO, *Social and labour bulletin*, (1985) 1, S. 32.

⁴⁹⁾ W. Naumann, *Computer — Herausforderung für Beilage zu „Kleiner Wirtschaftsspiegel“*, (1986) 1, S. 7. Allerdings ist dies eine sehr verkürzte und z. T. falsche Wiedergabe des Originalberichts. Vgl. hierzu: EMNID, *Einstellungen zum Micro-Computer: 6 Länder im Vergleich — 1985 —*, Bielefeld 1985.

⁵⁰⁾ Vgl. National Science Board (Anm. 28), S. 149. Es ist darauf hinzuweisen, daß diese offizielle Quelle einen seltsamen Druckfehler enthält. Dort ist von „vielen Hunderten“, im Originalfragebogen von L. Harris Inc. (Seite 8, Karte 2, Statement 7) ist von „vielen Hunderttausenden von Fabrikarbeitern“ die Rede.

Tabelle 2: Die Angst vor dem „Jobkiller Technik“ in den USA*) (Angaben in v. H.)

Die wissenschaftliche und technische Entwicklung	1983	1984	1985
... führt zu Arbeitslosigkeit	40	45	35
... bringt auf lange Sicht mehr Arbeitsplätze	42	35	45
... weiß nicht	19	20	20

*) Die Frageformulierung lautete: „Manche Leute sagen, daß die wissenschaftliche und technische Entwick-

lung zu Arbeitslosigkeit führt, da Jobs durch Maschinen ersetzt werden. Andere sagen, daß zwar Arbeitsplätze in bestimmten Bereichen verlorengehen, daß die wissenschaftliche und technische Entwicklung aber auf lange Sicht die Gesamtzahl an Arbeitsplätzen erhöht. Welche Ansicht kommt Ihrer Meinung nach der Wahrheit am nächsten?“.

Quelle: National Science Board (Ed.), Science Indicators. The 1985 Report, Washington, D. C. 1985, S. 149.

Alle diese Zahlen sind den Ergebnissen der verschiedenen deutschen Erhebungen durchaus vergleichbar⁵¹⁾. Von einer „spezifisch deutschen Technikfeindlichkeit“ kann also in diesem spezifischen Themenbereich nicht so ohne weiteres gesprochen werden.

VI. Beispiel: Gentechnologie

1. Fehlende Akzeptanz — Ein Argument gegen gesetzliche Regeln?

Eine der wohl umstrittensten neueren⁵²⁾ technologischen Entwicklungen sind jene diagnostischen und therapeutischen Verfahren, die im allgemeinen Sprachgebrauch unter „Gentechnologie“ zusammengefaßt werden. Für Politiker wie Bürger, teilweise auch für die Genforscher selbst, ist es ein echtes Problem, daß die Diskussion „... auf der Schwelle zwischen Realität und Utopie geführt werden muß. Allerdings hat gerade die Entwicklung der Gentechnologie in den letzten 20 Jahren gezeigt, daß das, was heute Utopie scheint, morgen machbar und übermorgen vollzogen ist“⁵³⁾. In einer solchen Situation — auch aufgrund der komplexen Materie — kann vermutet werden, daß in der Öffentlichkeit große Ambivalenzen, ja oft „keine Meinung“ in Umfragen anzutreffen sind. Dies scheint sich auf den ersten Blick auch zu bestätigen.

In der praktisch-politischen Diskussion spielt aber die breite (als Technikfeindlichkeit gedeutete) Skepsis, Ablehnung, ja sogar Angst in der

Bevölkerung gegenüber den Entwicklungen in der Gentechnologie nun eine besondere Rolle. So argumentiert etwa der Genetiker Professor Doerfler, Mitglied der sogenannten „Benda-Kommission“, in seinem Minderheitenvotum zum Bericht der Arbeitsgruppe „In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Genterapie“, daß gerade diese Ängste der Öffentlichkeit der Festlegung von Spielregeln für dieses Forschungsgebiet durch den Staat (inklusive strafrechtlich sanktionierter gesellschaftlicher Definition der „Grenzen der Forschung“) entgegenstünden. Man möge nicht angesichts einer von einer inkompetenten Journallie verunsicherten Öffentlichkeit, deren Verständnis wegen fehlender naturwissenschaftlicher Ausbildung sowieso zur Urteilsbildung nicht ausreiche, plötzlich Grenzen für eine Disziplin benennen wollen, deren Entwicklungsmöglichkeiten noch gar nicht absehbar sind. Außerdem wäre das Ganze Sache der eigenen Standeskommissionen — und von Laien, wie z. B. Juristen, nicht beurteilbar⁵⁴⁾.

Wichtiger als sich z. B. mit dieser doch etwas weiten Interpretation der Freiheit von Forschung in diesem Sondervotum auseinanderzusetzen, erscheint es, sich die Einstellungsdaten zur Gentechnologie einmal näher zu betrachten. Dabei ist zu beachten, daß die Risikoeinschätzungen technischer Entwicklungen bei der Bevölkerung höher sind als z. B. bei Politikern, Managern oder Wissenschaftlern. Tabelle 3 zeigt, daß die Risiken des technischen Fortschritts von „Elitegruppen“ generell als geringer erachtet werden als von der Bevölkerung.

⁵¹⁾ Vgl. zu weiterführenden Aspekten: D. Jaufmann/E. Kistler, Sind wir „Computermuffel“ — oder: Gibt es eine spezifisch deutsche Computerfeindlichkeit?, in: R. Fauser/N. Schreiber (Hrsg.), Sozialwissenschaftliche Überlegungen, empirische Untersuchungen und Unterrichtskonzepte zur informationstechnischen Bildung, Konstanz 1986, S. 35 ff.

⁵²⁾ Zu einer Auseinandersetzung mit der frühen Diskussion um die Gentechnologie mit interessanten Literaturangaben vgl.: T. Löbsack, Die Biologie und der liebe Gott — Aspekte einer zukunftsreichen Wissenschaft, München 1968.

⁵³⁾ M. Schaal, Medizin und Macht der Technik, Gen- und Reproduktionstechnologie: Wird der Mensch machbar?, in: H.-H. Hartwich (Hrsg.), Politik und die Macht der Technik, Opladen 1986, S. 361.

⁵⁴⁾ Vgl. Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), In-vitro-Fertilisation, Genomanalyse und Genterapie, Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe des BMFT und des BMJ, München 1985, S. 52 ff.

Tabelle 3: Risikogewichtung des technischen Fortschritts aus der Sicht von Bevölkerung und „Elitegruppen“ 1984 *) (v. H.-Werte der Zustimmung zu zwei alternativen Statements)

	Bevölkerung ab 16 Jahre insgesamt	Wähler der				„Elitegruppen“		
		CDU/ CSU	SPD	FDP	Grünen	Politi- ker	Journa- listen	Wissen- schaftler
Meinung a: Risikobereitschaft	41	50	41	53	16	64	64	94
Meinung b: Risikoaversion	43	35	45	36	78	23	20	3
Unentschieden/ Keine Antwort	16	15	14	11	6	13	16	3
	100	100	100	100	100	100	100	100

*) Die Frageformulierung lautete: „Hier unterhalten sich zwei über ‚technischen Fortschritt‘. Welcher der beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der obere oder der untere?“ (Vorlage eines Bildblattes): Meinung a: „Meiner Meinung nach müssen wir bereit sein, bestimmte Risiken bei der Anwendung von technischen Entwicklungen in Kauf zu nehmen, Risiken sind nie ganz auszuschließen.“ Meinung b: „Das sehe ich anders. Wenn es auch nur ein geringes Risiko für den Menschen gibt, dann sollte man auf technische Entwicklung lieber verzichten.“

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Technikakzeptanz. Eine Sekundäranalyse im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie, Allensbach 1985, Tabelle 20 f.

Ähnliche Ergebnisse wie diese, eigentlich aus dem Umfeld der Kernenergie Diskussion stammenden Zahlen, liegen auch aus anderen Ländern vor⁵⁵). Daß diese Divergenzen aber angesichts der Nähe des Themas Gentechnologie zu uralten Alpträumen der Menschheit (Chimären, Homunkuli etc.) und der frischen Erinnerungen an die Schrecken eugenischer Wahnsinnstaten auch bei den Forschern bezüglich der Beurteilung der Gentechnologie nicht so ausgeprägt sein sollten, wäre zu erwarten. Darüber sollten auch naßforschende Hinweise aus der Zukunft, beispielsweise extrakorporale Befruchtung sei für Fische der normale Vorgang⁵⁶), nicht hinwegtäuschen. Gleichermäßen wohl wenig hilfreich ist die lakonische Bemerkung des „Economist“, der Meinungsforschungsdaten über die mehrheitliche Ablehnung der Briten gegenüber Versuchen zur Erzeugung von artübergreifenden Hybriden mit dem Satz kommentierte: „Was ist so schlimm an Maultieren“⁵⁷).

2. Einige internationale Daten zur Akzeptanz der Gentechnologie

Schon vor bald zehn Jahren wurde in einer internationalen Vergleichsstudie im Auftrag der EG die Frage nach der Beurteilung genetischer Experimente — neben anderen Technologien — ge-

⁵⁵) Vgl. z. B.: L. Harris and Associates (Eds.), *The Road after 1984 — The Impact of Technology on Society*, New York 1983, S. 137 ff.

⁵⁶) So der Gynäkologe Prof. Semm laut: *DER SPIEGEL*, 40 (1986) 3, S. 171.

⁵⁷) O. V., *Luddite or like it?*, in: *The Economist* vom 14. 9. 1985, S. 98.

stellt. Tabelle 4 gibt die entsprechenden Ergebnisse wieder. Es zeigt sich, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, nach den Dänen, dieser technischen Entwicklung von allen Vergleichsländern am skeptischsten gegenüberstand (22 v. H. dafür, 45 v. H. dagegen). Auch die Anschlußfrage, ob man denn bei einer Vernachlässigung der Möglichkeiten der Genforschung wichtige Chancen vererbe, stieß auf weniger Zustimmung — bei jeweils sehr hohem Anteil von Unentschlossenen.

Bevor im folgenden einiges an Aussagen über die Meinung der deutschen Bevölkerung zu diesem Themenkomplex untersucht werden soll, seien zunächst einige neuere Daten aus anderen Ländern vorgestellt — Ländern, deren angewandte Forschung auf diesem Gebiet sicher nicht hinter dem deutschen Stand zurückbleibt.

— In Großbritannien, einem Mutterland der Genforschung, hielten nach einer Umfrage von 1985⁵⁸) 51 v. H. der Befragten Retortenbabys als für ein andernfalls kinderloses Paar für wünschenswert (dagegen waren 25 v. H. der Befragten). 17 v. H. (!) waren dort dafür, der Medizinfor- schung die Benutzung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken zu erlauben (58 v. H. waren dagegen). Die negativste Beurteilung aus einer langen Liste von verschiedenen Bereichen von Forschung und Technik erhielten weitere For-

⁵⁸) Vgl. Market & Opinion Research International Limited, *Public Attitudes to New Technology*, London 1985, S. 7 f.

Tabelle 4: Einstellungen zur Gentechnologie *) im europäischen Vergleich 1978 (Angaben in v. H.)

Dieses Forschungsgebiet ...	EG	B	DK	D	F	IRL	I	L	N	UK
... ist den Einsatz wert	33	38	13	22	29	41	49	37	36	32
... ist uninteressant	19	20	10	16	22	20	19	31	17	21
... birgt Gefahren, die man nicht akzeptieren kann	35	22	61	45	37	22	22	18	41	36
... weiß nicht/keine Antwort	13	20	16	17	12	17	10	14	6	11
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

*) Die Frageformulierung lautete: „Mich interessiert jetzt noch Ihre Meinung zu einigen möglichen Forschungsprojekten bzw. Forschungszielen. Um Forschungsvorhaben erfolgreich abzuschließen, bedarf es eines hohen Einsatzes an wissenschaftlichen Anstrengungen, Zeit und Geld. Andererseits beinhalten Forschungsprojekte auch gewisse Risiken. Sagen Sie mir bitte zu jedem Projekt, ob es Ihrer Meinung nach den Einsatz wert ist — ob es uninteressant ist — oder ob es Gefahren in sich birgt, die man nicht akzeptieren kann.“ Hier: „Experimente mit der Übertragung von Erbanlagen, die es ermöglichen können, Eigenschaften und Fähigkeiten von Lebewesen zu verbessern.“

Quelle: Eigene Berechnungen nach: Eurobarometer 10 A.

schungen zur Kreuzung von verschiedenen Tieren (7 v. H. waren dafür, 68 v. H. dagegen)⁵⁹⁾.

— Australien ist eines derjenigen englischsprachigen Länder, in denen anhand verschiedener Umfragedaten ein für technische Entwicklungen oft sogar vorbehaltloses Meinungsklima herrscht. Aber es zeigt sich, daß auch dort eine Differenzierung der Ansichten zu den Möglichkeiten der Verwendung extrakorporal erzeugter Zygoten (befruchtete Eizellen) herrscht. Zur Erfüllung des Kinderwunsches von Paaren mit anderweitig nicht realisierbarem Kinderwunsch stimmten 1984 knapp dreiviertel aller Befragten der Reagenzglasbefruchtung zu (ähnlich auch in anderen Umfragen in Vorjahren). Einer Tiefkühlkonservierung zur späteren Implantation stimmten 45 v. H. zu (39 v. H. waren dagegen); eine Vorratshaltung von Zygoten für Experimente lehnten 54 v. H. ab (32 v. H. waren dafür)⁶⁰⁾.

— Aus den USA liegen Informationen vor, die zunächst das oben zitierte Argument von der sich zu sehr in Unkenntnis befindlichen Öffentlichkeit stützen⁶¹⁾. Auch die Tatsache, daß das National Institute of Health seine Richtlinien für die Genforschung wieder aufgeweicht hat, ist bei der Diskussion um Grenzziehungen für die Genforschung zu beachten. Weiterhin hielten z. B. 1983 67 v. H. der erwachsenen US-Bürger die Gentechnologie für eine Entwicklung, die die Lebensqualität steigern könne, und nur 16 v. H. hielten dagegen (zum Vergleich: Computer 88:9; Laser

76:13; Automatisierung 64:28; Atomenergie 48:44)⁶²⁾.

Andererseits zeigte sich aber auch: „Bei der Untersuchung der Bereitschaft der Öffentlichkeit, Beschränkungen für die Forschung zu erlassen, stellte sich heraus, daß die Amerikaner in den meisten Bereichen nicht bereit waren, Verboten zuzustimmen. Nur im Bereich der Schaffung neuer Arten war die Sorge viel größer. Eine große Mehrheit war bereit, Forschungen zur Schaffung neuer Arten oder zur Eröffnung der Möglichkeit für Eltern, das Geschlecht ihres Kindes bei der Befruchtung festzulegen, zu verbieten.“⁶³⁾

Auffällig ist, daß in den USA bei der „attentive public“, also den Technikinteressierten und besser informierten Befragten, die Zustimmung zu Verboten solchen wissenschaftlichen Bemühens, vor allem hinsichtlich der Forschung nach Möglichkeiten zur Festlegung des Geschlechts von Kindern, deutlich geringer ist als in der Gesamtbevölkerung, die zu 62 v. H. entsprechende Gesetze forderte.

65 v. H. der erwachsenen Amerikaner hielten aber 1979 ein Verbot von artübergreifenden Hybridversuchen („Schaffung neuer Formen des Lebens [Arten]“) für notwendig⁶⁴⁾. 1977 befürworteten 84 v. H. in einer anderen Befragung von 26—36jährigen ein Verbot der Klonierung beim Menschen, 73 v. H. forderten ein Verbot der Reortenzzeugung beim Menschen, und immerhin noch über 60 v. H. bei Fröschen und Hunden⁶⁵⁾.

⁵⁹⁾ Daneben — es sei anekdotisch angemerkt — waren nach dieser Umfrage in Großbritannien nur 9 v. H. für (und 63 v. H. gegen) weitere Versuche der synthetischen Nahrungsmittelproduktion eingestellt!

⁶⁰⁾ Vgl. P. Stubbs, Public Acceptance of New Technology in Australia, hekt. Ms., Manchester 1984, S. 26.

⁶¹⁾ Vgl. National Science Board (Anm. 28), S. 148.

⁶²⁾ Vgl. ebenda.

⁶³⁾ Ebenda, S. 152.

⁶⁴⁾ Vgl. ebenda, S. 301.

⁶⁵⁾ Vgl. J. D. Miller, Attitudes Toward Genetic Modification Research: An Analysis of the Views of the Sputnik Generation, in: Science, Technology & Human Values, 7 (1982) 39, S. 38.

Dabei hat vor allem das Geschlecht (Frauen sehen die Gentechnologie — übrigens in allen Ländern außer Deutschland — negativer als Männer) einen Einfluß auf die Einstellungsdaten⁶⁶⁾.

— Eine große international vergleichende Studie (erstellt im Gefolge des Versailler Wirtschaftsgipfels) berichtet für Japan⁶⁷⁾, daß die Japaner zur Reagenzglasbefruchtung ebenfalls kritisch stehen und daß diese kritische Haltung sich im Laufe der Zeit und nach der ersten erfolgreichen In-vitro-Fertilisation in Japan 1982 verstärkt hat. 1984 hielten nach einer weiteren Umfrage allerdings 62 v. H. der befragten Frauen im gebärfähigen Alter eine Reagenzglasbefruchtung (ob homolog, d. h. mit dem Samen des Ehemannes, oder heterolog, d. h. fremder Samenspender, wurde nicht gefragt!) für eine gute Sache für Ehepaare mit unerfülltem Kinderwunsch.

Betrachtet man ein breiteres Feld japanischen Originalmaterials, so wird einiges deutlicher. Hier sei nur eine von mehreren in die gleiche Richtung weisenden Umfragen aus dem Jahr 1985 aus dem Original zitiert⁶⁸⁾: Nur 18,4 v. H. der befragten über 20jährigen Gesamtbevölkerung hielten, vor die „fiktive“ Alternative eines unerfüllten Kindeswunsches gestellt, das Reagenzglas für eine Alternative. Etwa die Hälfte würde dieses fiktive Ereignis der Umwelt aber aus Scham nicht mitteilen wollen, ein Viertel sogar „keinesfalls“ später einmal einem fiktiven Kind. Über 70 v. H. lehnen nach dieser Quelle die heterologe In-vitro-Fertilisation ab, nur knapp ein Viertel befürwortet „im Notfall“ die homologe Lösung. Lediglich 6 v. H. halten diese Technik wegen „des Fortschritts der Wissenschaft“ für vertretenswert. 60 v. H. sind, „abgesehen von wirklich notwendigen Fällen“, gegen die Anwendung.

Resümiert man diese Zahlen — die jeweils national für weitere Umfragedaten stehen —, so kann man folgendes feststellen: International ist die Skepsis vor „der“ Gentechnologie groß, sie ist auch gestiegen! Frauen sehen diesen Entwicklungsweg der Technik insgesamt skeptischer. Die Kritik, die Zustimmung zu, ja Forderung nach Regulativen ist überall weit verbreitet.

3. Die Akzeptanz der Gentechnologie in der Bundesrepublik Deutschland

Wie sieht die Einstellung zur Gentechnologie — auch wieder aus der Sicht von Umfragedaten be-

⁶⁶⁾ Vgl. ebenda, S. 41.

⁶⁷⁾ Vgl. J. A. Bryan-Brown (Anm. 18), S. 49 f.

⁶⁸⁾ Vgl. The Prime Minister's Office, Office of Public Relations (Ed.), Zenkoku Seron Chosa no Genkyo 1984, Tokyo 1984, S. 493 f.

trachtet — in der Bundesrepublik Deutschland aus? Zunächst ist es erstaunlich, daß es hierzulande in der Umfrageforschung bisher nur relativ wenig Befragungen zu diesem Problem gibt. Für die Bundesrepublik sind hier vor allem zwei Studien von Infratest anzuführen.

Tabelle 5: Die „Grenzen“ der Gentechnologie aus der Sicht der Bevölkerung *) 1985 (Angaben in v. H.)

Die Gentechnologie wird auch vor Experimenten mit Menschen nicht Halt machen	eher ja	eher nein	weiß nicht
Insgesamt	58	19	23
Männer			
— insgesamt	58	21	21
14—29 Jahre	52	26	22
30—59 Jahre	61	19	19
über 60 Jahre	59	17	25
Frauen			
— insgesamt	58	17	25
14—29 Jahre	63	19	18
30—59 Jahre	62	18	20
über 60 Jahre	46	15	40

*) Die Frageformulierung lautete: „Nun lese ich Ihnen eine Reihe von Befürchtungen vor, die sich an die Entwicklung von Wissenschaft und Technik knüpfen. Sagen Sie mir bitte wieder zu jedem Punkt, ob Sie glauben, daß das in den nächsten 20 Jahren eintreten wird oder nicht.“ Hier: „Die Gentechnologie wird auch vor Experimenten mit Menschen nicht Halt machen.“

Quelle: Infratest Sozialforschung, Einstellungen zu Forschung und Technik, Welle 1, November 1985, München 1985, S. 27.

Nach einer Untersuchung vom November 1985 befürchten (vgl. Tabelle 5) 58 v. H. aller über 14jährigen: „Die Gentechnologie wird auch vor Experimenten mit Menschen nicht halt machen.“ Geschlechtsspezifische Unterschiede gibt es nicht. Auffällig an den Zahlen dieser Studie ist, daß die Häufigkeit der Nennung dieser Befürchtung nicht mit dem subjektiven Interesse an der technischen Entwicklung zusammenhängt⁶⁹⁾ und daß sie bei allgemein skeptischer Grundhaltung zu Wissenschaft und Technik nur leicht niedriger ist als bei den „Optimisten“ unter den Befragten. „Fortschrittsoptimisten und -pessimisten unterscheiden sich in diesem Punkt nur wenig — ein Hinweis darauf, daß das öffentliche Bewußsein zu dieser

⁶⁹⁾ Vgl. INFRATEST Sozialforschung, Einstellungen zu Forschung und Technik, Welle 1, November 1985, München 1985, S. 67.

Frage noch relativ wenig entwickelt ist.“⁷⁰⁾ Die hohe Zahl an „Ich-weiß-nicht-Antworten“ deutet in die gleiche Richtung.

Auch in einer Infratest-Studie von 1984 war ähnliches zu beobachten; hinsichtlich anderen den Befragten zur Beurteilung vorgelegten technischen Entwicklungen gab es keine annähernd so hohe Nennungen in der Kategorie „unentschieden — ich weiß nicht“. Deutlich wurde aber auch dort

Tabelle 6: Einstellung zur Gentechnologie *) 1984 (Angaben in v. H.)

Entwicklung der Gentechnologie, also der Möglichkeit, die Erbanlagen des Menschen zu beeinflussen	bin dafür	bin dagegen
Geschlecht		
Männer	5	54
Frauen	4	56
Alter		
14—17 Jahre	8	32
18—24 Jahre	4	62
25—34 Jahre	4	63
35—44 Jahre	4	60
45—59 Jahre	5	53
60 Jahre und älter		
Schulabschluß		
Volksschule ohne Lehre	6	43
Volksschule mit Lehre	4	56
Mittlerer Abschluß	4	60
Abitur	5	63
Parteipräferenz		
CDU/CSU	4	53
SPD	5	55
FDP	7	59
Grüne	1	72

*) Die Frageformulierung lautete: „Auf diesen Kärtchen stehen verschiedene Vorhaben und Projekte. Verteilen Sie bitte die Kärtchen auf diese Felder, je nachdem, ob Sie persönlich für dieses Vorhaben sind, ob Sie einige Bedenken haben oder ob Sie dagegen sind.“ Hier: „Entwicklung der Gentechnologie, also der Möglichkeit, die Erbanlagen des Menschen zu beeinflussen.“

Quelle: H. Becker, Bürger in der modernen Informationsgesellschaft. Einstellungen zu Technik und zum Datenschutz, in: Hessische Staatskanzlei (Hrsg.), Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat, Gutachten, Wiesbaden 1984, S. 380.

⁷⁰⁾ Ebenda, S. 8. Daß das EMNID-Institut in seinen Studien „Zukunftserwartungen und Zukunftsverhalten“ 1983 und 1985 zu wesentlich weniger „Nicht-Antwortenden“ kommt, liegt an den drei Antwortkategorien dieser Umfragen. Ansonsten sind gerade hinsichtlich der Ablehnung von Eingriffen in Keimbahnen und In-vitro-Fertilisation auch die EMNID-Zahlen mit den vorgestellten INFRATEST-Ergebnissen in Einklang!

die große Ablehnung von Versuchen, „die Erbanlagen des Menschen zu beeinflussen“ (vgl. Tabelle 6).

Insgesamt kann eine international verbreitete kritische Grundeinstellung zur „Gentechnologie“ — als undifferenziertem Themenfeld — festgestellt werden. Unbestreitbar zeigt sich in allen Ländern ein relativ hoher Anteil von Unentschiedenen und nicht Antwortenden in den entsprechenden Umfragen, der auf fehlendes Verständnis — respektive ein Informationsdefizit — schließen läßt. Betrachtet man die Umfragen aus den verschiedenen Ländern aber näher, so wird deutlich, daß in diesem Bereich vom Publikum auch durchaus differenzierte Erwartungen an und erwünschte Grenzziehungen für Wissenschaft und Forschung bestehen.

Diese scheinen — im Gegensatz zu anderen Technologiebereichen — jedoch in der Bewertung von Grundlagenforschung (d. h. „Wissenschaft“ im populären Verständnis) versus „angewandter Forschung/Technik“ eher unter umgekehrtem Vorzeichen zu stehen. Die Hoffnung auf eine Verhinderung oder zumindest Früherkennung von Erbkrankheiten etc., zum Teil auch noch die Eröffnung der Chance der Erfüllung eines Kinderwunsches auf dem Weg der In-vitro-Fertilisation, werden breit akzeptiert und mitgetragen. Experimente mit Embryonen, Eingriffe in die Keimbahn des Menschen, Klonierung und Hybridbildung werden weitestgehend abgelehnt — nicht nur bei Menschen, sondern auch (allgemein) bei Tieren. Es zeigt sich weiterhin, daß die Akzeptanz der Gentechnologie — als Gesamtbild der verschiedenen Indikatoren resümiert — mit zunehmender „Nähe zur Technik“ (attentiveness) zwar leicht steigt, dennoch aber mit ansteigendem Bildungsgrad sinkt und bei Frauen — außer in Deutschland, wo keine Unterschiede feststellbar sind — geringer ist als bei Männern.

Die konkrete Einstellung der Bürger zur Gentechnologie kann also insofern nicht nur auf ein un- oder fehlinformiertes Publikum reduziert werden. Es kann auch nicht von einem Meinungsklima gesprochen werden, das wegen Uninformiertheit der Bürger im Umkehrschluß Regulative verbietet, um ja die „Freiheit der Forschung“ zu erhalten. Viel eher dürften — was in einer Demokratie zu bedenken wäre — die Befürchtungen der Bevölkerung gegenüber der Gentechnologie so groß sein, daß Regulative wie die jüngste 5. Änderung der sogenannten Genrichtlinien — und weit über Laborsicherheitsbestimmungen hinaus! — in der Bevölkerung Rückhalt haben.

Sicher: „Die Leute wollen die Vorteile ohne die Kosten — d. h. medizinische Fortschritte ohne

Versuche mit Tieren oder Embryonen“⁷¹⁾. Aber kann man wirklich, wie jüngst in der Kontroverse zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und einem hohen katholischen Würdenträger beim Thema Kernkraft geschehen⁷²⁾, jemandem — und gerade der Meinung der Bevölkerung — ernsthafte moralische Kompetenz zubilligen und gleichzeitig wegen fachlicher Inkompetenz die Stimme verbieten? Technologiefolgenabschätzung den Experten, den Wissenschaftlern selbst zu überlassen, ist nicht nur unlogisch, sondern in einer Demokratie auch zu wenig.

Die oft zu hörende unverhohlene Aussage, die Genforschung „sei schon weiter“ als publik wäre, ist genausowenig eine Problemlösung wie das Pochen auf die grenzenlose Freiheit der Wissen-

schaft durch die Genforscher. Wenn dann noch in einer Publikumszeitschrift berichtet wird, daß sich nach dem weitgehenden Rückzug der Kliniken aus der heterologen In-vitro-Fertilisation im Gefolge des BGH-Urteils vom 7. August 1983 „... für etliche Frauenärzte ... mit dem zunehmenden Verlangen vieler Paare nach ‚Fremdbesamung‘ eine außerordentlich lukrative Einnahmequelle erschlossen“⁷³⁾ hat, so werden die Vorbehalte in der Bevölkerung noch verständlicher. Das gilt auch hinsichtlich der Frage nach der Wirksamkeit der Empfehlung des 88. Deutschen Ärztetages 1985 zum Standesrecht, der ‚In-vitro-Fertilisation und Embryo-Transfer grundsätzlich nur bei bestehender Ehepartnerschaft im homologen System‘ für vertretbar hielt⁷⁴⁾.

VII. Fazit

Resümierend läßt sich feststellen, daß die Aussage, die Bundesdeutschen seien im internationalen Vergleich spezifisch oder überhaupt technikfeindlich, in dieser Deutlichkeit nicht gerechtfertigt ist⁷⁵⁾. Ferner kann festgestellt werden, daß die Einstellungen zu verschiedenen Technikbereichen und auch -wirkungen erheblich differieren und weitergehende gruppen-, alters- und geschlechtsspezifische Auswertungen interessante Strukturen aufweisen.

Übereinstimmend wird seit 1982 bzw. 1983 von den bundesdeutschen Umfrageinstituten eine Tendenz zu einer positiveren Sichtweise zumindest auf der Ebene der Globalindikatoren registriert. Eine banale, aber nichtsdestotrotz wichtige und häufig mißachtete Regel lautet: Um Aussagen über die Entwicklung oder Veränderung des Meinungsklimas machen zu können, bedarf es abgesehen von der Notwendigkeit, immer verschiedene Studien heranzuziehen, auch mehrerer Meßpunkte im zeitlichen Verlauf, also einer Zeitreihe. Daß ein zunehmender Teil der Bundesdeutschen im Laufe der zeitlichen Entwicklung die Technik weder eindeutig als einen Fluch noch als einen

Segen bezeichnen möchte, erlaubt es unseres Erachtens nicht, von einer zunehmenden Technikfeindlichkeit der Bevölkerung zu sprechen. Diese Muster sind auch zu einfach. Das eigentlich Interessante ist die Zunahme der Teils-teils-Antworten, da sie eine differenzierte Sichtweise der Bürger signalisiert. So können z. B. neue Technologien am Arbeitsplatz die Arbeit erleichtern, aber auch die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen bedeuten.

Diese differenzierte Betrachtung des Bereichs Technik/technischer Fortschritt und von Einstellungsdaten dazu ist zukünftig in noch stärkerem Maße erforderlich, da viele Dimensionen in der Diskussion bisher nicht oder kaum berührt wurden. So stellt die Evangelische Kirche Deutschlands zu Recht fest: „Die neuen Techniken wurden bisher jedoch zu einseitig allein aus technischer und wirtschaftlicher Sicht gesehen. Anthropologische, kulturelle und soziale Fragen, die durch die neuen Techniken aufgeworfen werden, wurden dagegen zu wenig bedacht. Es besteht die Gefahr, daß unter solch einseitiger Sicht technische und wirtschaftliche Fakten geschaffen und die notwendigen Gestaltungsaufgaben erst dann aufgegriffen werden, wenn entscheidende Weichenstellungen schon getroffen sind.“⁷⁶⁾

Hinzu kommt, daß bei der Diskussion um Technikakzeptanz zutiefst demokratietheoretische Fragen berührt werden: „Akzeptanz des technischen Fortschritts erweist sich als ein Problem der Ab-

⁷¹⁾ O. V., Luddite or like it? (Anm. 57), S. 98.

⁷²⁾ Vgl. o. V., Strauß spricht dem Kardinal Kompetenz ab, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. 9. 1986, S. 8.

⁷³⁾ O. V., Der Mann ist unfruchtbar. Die Frau wünscht sich ein Kind — Dieses Paar wurde trotzdem eine Familie, in: Eltern, (1986) 10, S. 71.

⁷⁴⁾ Vgl. Bundesminister für Forschung und Technologie (Anm. 54), S. 16.

⁷⁵⁾ Gleiches gilt wohl auch für die jüngeren Generationen in der Bundesrepublik (vgl. dazu z. B.: R. Geißler, Technikfeindlich und leistungsscheu? Zum Einstellungswandel der Jugend, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/85, S. 28 ff.).

⁷⁶⁾ Kirchenamt im Auftrage des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.), Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken, Gütersloh 1985, S. 9.

stimmung von Sachkompetenz und dem Anspruch freiheitlich-demokratischer Ordnung, Gemeinwohl nach Mehrheitsentscheidung der Bürger zu bestimmen. Dabei versagt die Wissenschaft, insbesondere die Wirtschaftswissenschaft, weil sie sich Wissen über Gemeinwohl und Wege dahin aufgrund von „Sachgesetzen“ anmaßt. Die Politik versagt, weil sie dazu neigt, aus der wissenschaftlichen Sachkompetenz oder aus Prinzipien, ... Entscheidungen für Gemeinwohl abzuleiten, die letztlich in demokratischen Entscheidungsprozessen fallen. Bei ihrer Mißachtung entstehen Akzeptanzprobleme ... Es bedarf der ständigen Rückkoppelung zwischen Bürger und Experten. Moderner technischer Fortschritt ist ein umfassendes wirtschaftlich-technisches und politisches Organisationsproblem. Bei seiner Lösung beanspruchen die Bürger in der freiheitlich-demokratischen Ordnung letzte Entscheidungskompetenz.“⁷⁷⁾

Wichtig erscheint somit auch die Erarbeitung und Gewinnung von Orientierungswissen durch und

⁷⁷⁾ R. Blum, Akzeptanz des technischen Fortschritts — Wissenschafts- und Politikversagen —, Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg, Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe Nr. 27, Augsburg 1985, S. 54.

im Sinne von Technologiefolgeabschätzung und Wirkungsforschung⁷⁸⁾. Ein Schritt in die richtige Richtung kann hier sicherlich die Einrichtung einer Enquête-Kommission beim Deutschen Bundestag sein, die zu inhaltlichen und organisatorischen Aspekten dieser Thematik Überlegungen anstellen soll⁷⁹⁾. Einen wichtigen Beitrag dazu kann ferner eine vergleichende Umfrageforschung liefern, die über die gängige Praxis des sich selektiv auf nur einzelne Erhebungen Stützens hinausgeht. Deutlich wird hier auch, daß, wenn es um neue Techniken und ihre Einführung, ja bereits Entwicklung geht, nicht nur die Techniker etwas zu sagen haben dürfen. Auch die Sozialwissenschaften können und müssen hierzu ihren Beitrag leisten; das mindeste dabei ist, daß sie im oben genannten Sinne helfen, die Rückkoppelung vom Bürger zu den Experten in ehrlicher Art und Weise zu ermöglichen.

⁷⁸⁾ So auch Forschungsminister Riesenhuber (vgl. H. Riesenhuber, Neue Akzente in der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Sonde, 17 [1984] 1, S. 4 ff.).

⁷⁹⁾ Erste Ergebnisse, insbesondere zur Institutionalisierung einer Beratungskapazität für Technikfolgen-Abschätzung und -Bewertung beim Deutschen Bundestag, enthält der erste Bericht der Kommission (vgl. BTDr.S. 10/5844 vom 14. 7. 1986).

Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase: Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/86, S. 3—19

Wahlen sind institutionell hochdramatisierte und folgenreiche Elemente des politischen Prozesses in demokratisch verfaßten Gesellschaften. Daher kann nicht überraschen, daß politische Wahlen von Anbeginn an das Interesse der Öffentlichkeit, aber auch das der Wissenschaft auf sich gezogen haben. Die nicht zuletzt darin begründete beachtliche Kontinuität der Wahlforschung gestattet es in zunehmenden Maße, Wahlen nicht mehr isoliert, sondern als Zäsuren im fortlaufenden politischen Prozeß zu untersuchen und damit besser als bei einer Konzentration auf eine bestimmte Wahl zu verstehen.

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist die bevorstehende Bundestagswahl am 25. Januar 1987 und die Analyse der Ausgangsbedingungen für die Wahlentscheidung der Bürger kurz vor Beginn der „heißen Phase“ des Wahlkampfes. Ausgangspunkt der Überlegungen ist die Feststellung, daß trotz insgesamt abnehmender Bindung der Wähler an die politischen Parteien der überwiegende Teil der Wählerschaft nach wie vor über festliegende Parteipräferenzen verfügt und damit die Breite möglicher Wahlergebnisse erheblich begrenzt wird. Der Einfluß insbesondere politischer Sachfragen auf die Wahlentscheidung nimmt jedoch zu; im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 erweisen sich Arbeitslosigkeit, Umwelt und Friedenssicherung als die dominanten, fast alle Wähler berührenden Problembereiche. Bezogen auf den Ausgangspunkt Bundestagswahl 1983 ergibt sich hier eine überraschende Ausgewogenheit der Kompetenzzuschreibung zwischen den beiden politischen Lagern SPD-DIE GRÜNEN und CDU/CSU-FDP. Die Ergebnisse der Landtagswahlen zwischen 1983 und 1986 belegen nach Ansicht der Verfasser, daß die Strategie der SPD, durch Übernahme der politischen Themen der GRÜNEN diese unter die für den Einzug in den Bundestag erforderlichen 5% der Zweitstimmen zu drücken und auf diese Weise — wenn nicht überhaupt — die absolute Mehrheit der Mandate zu erlangen, keine Erfolgchance besitzt. Vielmehr sprechen die vorliegenden Erkenntnisse für ein Wahlergebnis am 25. Januar 1987, das den Status quo in bezug auf die Stärke der beiden politischen Lager fortschreiben wird.

Rolf Stadié: Grunddaten zum politischen Verhalten älterer Menschen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/86, S. 21—34

Bei der Analyse einiger Grunddaten zum politischen Verhalten älterer Menschen zeigt sich, daß die ältere Generation sich hinsichtlich ihres sozial-kulturellen Hintergrundes von anderen Bevölkerungsgruppen unterscheidet. Die ältere Bevölkerung weist u. a. einen hohen Frauenanteil, niedrige formale schulische Qualifikationen, geringere Gewerkschaftsorientierung und stärkere Kirchenverbundenheit auf. Politik spielt für die älteren Menschen durchaus keine untergeordnete Rolle: Ihre Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen ist außerordentlich hoch, das politische Interesse nur unwesentlich geringer als in anderen Bevölkerungsgruppen und die Bereitschaft zu mehr politischem Engagement groß.

Mit dem politischen System in der Bundesrepublik ist man im Großen und Ganzen zufrieden. Aber im Alter scheint ein ausgeprägter Wunsch nach Sicherheit und einer klaren politischen Welt zu bestehen. Auch ist die Konfliktbereitschaft unter älteren Menschen geringer ausgeprägt.

Beim Wahlverhalten zeigen sich seit Jahrzehnten mehrheitlich konservative Parteineigungen, was man auf eine starke Verbreitung ‚eher‘ konservativer Werthaltungen zurückführen kann. Bei den politischen Sachthemen, die es aus der Sicht der Befragten zu lösen gibt, zeigen sich die älteren Menschen vor allem sicherheitsorientiert: Sicherung des Friedens, der Renten und der Arbeitsplätze, Sicherheit vor Verbrechen und die Preisstabilität stehen in der Rangfolge der Nennungshäufigkeiten obenan.

Dieter Jaufmann/Ernst Kistler: Technikfreundlich? — Technikfeindlich? Empirische Ergebnisse im nationalen und internationalen Vergleich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/86, S. 35—53

In der Bundesrepublik Deutschland — und ähnlich auch in anderen Ländern — wurde und wird in Politik und Medien beklagt, das eigene Land verliere an Zukunftschancen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit, da eine spezifische Technikfeindlichkeit um sich greife. Insbesondere der Jugend sagt man immer noch eine derartige Einstellung nach, obwohl von verschiedener Seite seit ca. 1982/83 ein Wandel des Meinungsklimas festgestellt wird.

Der Beitrag zeigt anhand beispielhafter Bereiche (Einstellung zur Technik generell, zu den Arbeitsplatzeffekten der technischen Entwicklung und zur Gentechnologie), daß im nationalen Zeitreihenvergleich zwischen verschiedenen Meinungsforschungsinstituten und in der internationalen Gegenüberstellung von Umfragedaten kein Beleg für eine besondere Technikfeindlichkeit der Deutschen zu finden war und ist. Dabei wird jenseits einiger feststellbarer Widersprüche zwischen den Ergebnissen aus verschiedenen Umfragen deutlich, daß eine Differenzierung gerade nach einzelnen Bereichen von „Technik“ und nach z. B. soziodemographischen Einflußfaktoren nötig ist. Die unterschiedlichen Frageformulierungen in verschiedenen Umfragen einerseits und die durch spektakuläre Ereignisse im Zusammenhang mit technischen Entwicklungen oder Veränderungen in anderen Umfeldbedingungen ausgehenden Einflüsse auf Einstellungsdaten verbieten das häufig geübte Herausgreifen nur einzelner Indikatoren/Umfragen, gerade auch in internationalen Vergleichsstudien.

So zeigt sich nicht nur, daß auf der Ebene von global bilanzierenden Urteilen über „Technik“ und „Wissenschaft“ keine deutsche Sondersituation besteht, sondern daß dies auch in speziellen Bereichen von technischen Entwicklungen feststellbar ist. Die Angst der Deutschen vor den arbeitsplatzvernichtenden Effekten von Technik/Automatisierung/Computern ist zwar groß und stieg in den letzten Jahren noch an. Diese Tatsache ist aber über verschiedene internationale und jeweils nationale Umfrageergebnisse hinweg betrachtet nicht atypisch. Ein direkter Zusammenhang mit objektiven Gegebenheiten (z. B. Entwicklung der Arbeitslosigkeit) ist anzunehmen.

Auch bezüglich der Entwicklung der Gentechnologie ist keine deutsche Sondersituation gegeben. Die Informiertheit der Bevölkerung über die technischen Entwicklungen in diesem Bereich von Wissenschaft und angewandter Forschung läßt sicher überall zu wünschen übrig. Hier wie in anderen Industrieländern gibt es aber auch große Mehrheiten, die gezielt Grenzen für die „Freiheit der Forschung“ bei bestimmten Anwendungen (z. B. heterologe Reagenzglasbefruchtung, Eingriffe in menschliche und tierische Keimbahnen) sehen und auch gezogen haben wollen.

Die Durchsetzung von technischen Innovationen hängt — so scheint es — nicht nur auf dem „Markt“ (auch) von der Reaktion der Bevölkerung ab. Umgekehrt sind bei der Definition der „Grenzen von Forschung und Technik“ — zumindest in einer Demokratie — der Wille und die Einstellungen der Bürger keine ignorierbare Größe.